IMT Nuremberg Archives

H –3291

International Court of Justice

H3291 – 0001

H3291 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 21 July 1948

I certify that Document Number 3254-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-704 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Fibergall
Fred FIBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3291 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3254-PS No. USA - 704 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 6 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H3291 - 0004

DOCUMENT No. PS - 3254
OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

(Handschriftliches Document!)

Seyss Inquart

Die oesterreichische Frage 1934-1938

54 Seiten

Um für die Ausführungen in dieser Schrift besseres Verständnis zu finden, verweise ich vor allem auf meine unter einem vorgelegte Denkschrift "Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" im folgenden kurz Denkschrift genannt. In dieser habe ich die historischen Grundlagen der Anschlussidee (Dsch. S. 3-6), die psychologischen Voraussetzungen und Bereitschaften der Deutschen in Oesterreich für den Anschluss (Dsch S. 8-15) und die Entwicklungen und Spannungen, die sich aus der Unterbindung des Anschlusswillens ergaben (Dsch S. 7-9), dargelegt. Ich habe überdies die Gründe und Folgen geschildert, die zum Zusammenstoss zwischen dem autoritären Dollfussregime und der sozialdemokratischen Partei führten (Dsch. S. 17-18), sowie die Verhältnisse, die zum Juliputsch 1934 drängten, kurz gestreift (Dsch. S. 18 u. 19).

Dem Juliputsch lag - wie ich aus späteren gelegentlichen Ausführungen entnahm, man sprach über diesen Misserfolg nicht gerne - offenbar die Absicht zugrunde, sich der oesterreichischen Regierung während eines Ministerrates zu bemächtigen, zur Abdankung zu zwingen und eine

H3291 - 0005

DOCUMENT No. - PS - 3254 - cont'd

(Seite 1 des Originals Forts.)

Regierung Rüsteten mit überwiegend nat.soz. Einheit

(Seite 2 des Originals)

durchzusetzen. Eine Mordabsicht gegen Dollfuss konnte in diesem Plan nicht gelegen sein. Ich hatte 8 Tage vor dem Putsch eine Unterredung mit Dollfuss. Ich kannte ihn aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der wir beide als aus dem Feld zurückgekehrte Offiziere an Bestrebungen mitwirkten, die oesterreichischen Christlichsozialen und Nationalen auf einer Plattform zu einigen. Seither hatte ich mich um Politik nicht gekümmert, war aber Leitungsmitglied einer überparteilichen Anschlussorganisation "oesterr.deutscher Volksbund", dessen Obmann mein Kriegskamerad und Freund D. Neubacher war. Die Verfechtung der Anschlussidee durch die Nationalsozialisten und der reichsfeindliche Kurs - so wurde er jedenfalls in nationalen Kreisen aufgefacht - der oesterr. Regierung liess mich mit der nat.soz.Partei sympathisieren. Ich unterstützte sie mit Geld (20S monatlich und einmal 100S) trat ihr aber nicht bei, weil ich die Bindung als Parteimitglied nicht auf mich nehmen wollte. Ich war niemals Mitglied einer Partei, als Staatsrat gehörte ich der ratesländischen Front an, mit 13. März 1938 wurde ich in der N.S.D.A.P. aufgenommen. Zu führenden Männern der

H3291 - 0006

(Seite 3 des Originals)

nat.soz.politischen Organisation hatte ich keine Beziehungen, ich kannte von meinem Beruf (Rechtsanwalt) hier Dr. Wächter u. Dr. Ettinghausen usw. Dollfuss hatte mich kommen lassen, um die Frage einer Aktivierung der bürgerlichen Nationalen offenbar als eine Art Gegengericht gegen die Nationalsozialisten zu besprechen. Ich musste Dollfuß sagen, dass die alten nationalen Politiker keine Anhängerschaft mehr hätten, sozusagen alles richte sich nach den Nazis; es wäre zu empfehlen, sich mit Hitler ins Einvernehmen zu setzen. Ein brauchbares Übereinkommen mit diesem biete allein Gewähr, ins nationale oder nat.soz. Lager Ordnung zu bringen. Dollfuss war bedenklich, stellte weitere Besprechungen in Aussicht, doch dazu kam es nicht. Ich reist in Sommerurlaub in meine Heimat (Stanmern bei Iglau) und erhielt übern Rundfunk die Nachrichten vom Bundeskanzlerputsch. Zwei Tage später fuhr ich nach Wien.

Die Auswirkung des Putsches war die vollkommene Katastrophe im nat.soz, Lager. Die Parteimitglieder nicht nur die Führer waren, soweit sie nicht geflüchtet waren, verhaftet worden, die Beschlagnahme des Vermögens angekündigt, der bis zu militärischen Aktionen reichende

H3291 - 0007

(Seite 4 des Originals)

Aufstand in Steiermark, Kärnten und Oberoesterreich hatte Opfer gekostet, die politische Führung durch die Nazi schwerstens kompromittiert und vor allem aussenpolitisch eine höchst gefährlich scheinende Situation entstanden. Die Anschlussrede hatte jedenfalls einen gewaltigen Rückschlag erlitten. Über diese Drohung war ich nur mit Dr. Neubacher einig und wir hatten den Wunsch zur Entspannung beizutragen. Aus dieser Situation heraus fühlte ich mich gedrängt, mich über die Anschlussfrage hinaus mit Politik zu beschäftigen. ? Damals ist Ing. Rheintaller Bauernführer in Oberoesterreich mit einer Befriedungsaktion aufgetreten. Er soll, uns gegen die Partei im Reich abgedeckt zu sein, eine mittelbare Zustimmung Hess erhalten haben. Rheintaller wurde, wie ich glaube, von Dr. Schuschnigg, der inzwischen Bundeskanzler geworden war, empfangen. Mit Rheintaller arbeitete der ehemalige nationale Landtagsabgeordnete Langgath in Linz zusammen. Dr. Neubacher und ich nahmen mit diesen Kreis die Fühlung auf und trafen noch einige andere Männer, deren Namen mir entfallen sind, sie spielten später keine besondere Rolle. Nach einiger Zeit stiess der Linzer Rechtsanwaltsanwärter Dr. Kaltenbrunner zu diesen Kreis.

H3291 - 0008

(Seite 4 des Originals Forts.)

Von ihm hiess es, er wäre SS Mann gewesen. Die haupttätigkeit bestand darin, ein Hilfswerk für die bedürftigen Familien der verhafteten oder verurteilten

(Seite 5 des Originals)

Nazi in die Wege zu leiten. Die Regierung duldete, schliesslich genehmigte dieses Werk, obwohl sie wusste, dass die Gelder hauptsächlich aus dem Reich kamen, weil wie Zernatto, oder spätere Generalsekretär der vaterl. Front mir sagte, man hier wisse, wo die Gelder hinkommen, und eine solche Hilfsaktion psychologisch und daher politisch ausserordentlich entspannend wirke. Zu Langoth, dem Leiter, hatte man Vertrauen, mit Recht. Politisch handelte es sich darum, für die national- das war in diesem Zeitpunkt schon nationalsozialistisch eingestellte Bevölkerung Oesterreichs eine Betätigungsmöglichkeit und Plattform zu schaffen Dr. Schuschnigg schon nicht abgeneigt, da er offenbar die schmale Basis der vaterl. Front zwischen rot (Soz.dem.)und braun (Nazi) fühlte und die Hast- und Spannungsmomente seit Febr u. Juli 1934. Auch begann die aussenpolitische Abdeckung (Italien) schwächer zu werden. Damals trat der Direktor des Mili-

H3291 - 0009

(Seite 5 des Originals Forts.)

tärarchiv Oberst v. Gleise Horstenau als Mittler in Erscheinung. Er verhinderte die Auflösung einer Reihe nationaler Vereine z.B. Deutscher Klub eine mehr geschäftliche Angelegenheit unter Dult v. Bardolff, zugleich Vorsitzender des Deutschen Volksrates, einer Dachorganisation für die nicht parteimässigen nationalen Vereine z.B. Schulvereine, Gesangsvereine etc.. Das Problem bestand daraus,

(Seite 6 des Originals)

dass Nationalen bzw. Nationalsozialisten in Oesterreich eine politische Betätigungsmöglichkeit zu geben, ohne dass derselbe sofort in organisatorische Abhängigkeit von der Reichspartei geriet. Dass ideenmässige Verbindungen vorhanden blieben, konnte eher in Kauf genommen werden, da dies bei den Sozialdemokraten usw. auch der Fall gewesen war. Dr. Schuschnigg konnte sich wie auch später nicht dazu entschliessen. Vielleicht sah er als parteimässig und politisch Aussenstehender auch die Resanz der Reichspartei besser. Mit eintretender Beruhigung sammelten sich die oesterr. Nationalsozialisten wieder in einer illegalen Partei, die Organisation wurde nach alten Muster recht und schlecht aufgezogen, wer aus dem Reich kam wurde als besonders wissend und autorisiert

H3291 - 0010

(Seite 6 des Originals Forts.)

angesehen. Das Hilfswerk Langoth blieb ausserhalb der Parteiorganisation. Aber auch in Nazikreisen gab es Männer, die die absolute Abhängigkeit vom Reich als politisch falsch betrachteten und eine selbständige oesterr. Partei anstrebten. Hierzu gehörte vor allem Dr. Ramir aus Kärnten, unter dessen Einfluss der spätere, inzwischen ? verstorbene Gauleiter Klausner, auch Globotschnik tat mit, ob innerlich überzeugt ist fraglich, und andere. Dr. Neubacher beschäftigte sich stärker mit Politik und trat mit den eigentlichen Parteikreisen in Verbindung, hier hatte sich inzwischen der frühere Gauleiter von Niederoesterreich Hptm. Leopold - als Oberstl. im Osten gefallen - zum Landesleiter der oesterr. illigalen Partei durchgesetzt.

(Seite 7 des Originals)

Die oesterr. Regierung liess mit der Zeit die wiederstandene nat.soz. Parteiführung verhaften, auch Neubacher wurde verhaftet. Ich selbst trat mit der Partei nicht in Verbindung, weil ich diesen Weg für aussichtslos und nicht richtig hielt. So wurde die Spannung wieder grösser, ähnelte der Situation vor dem Juli 1934, allerdings ohne die innenpolitischen Gefahren, da die oesterr. Nazi für terroristische Aktionen nicht mehr zu haben waren, wohl

H3291 -0011

(Seite 7 des Originals Forts.)

auch dank des zunehmenden Einflusses der Männer wie Klausner, Ramin u.s.w. Doch hatte sich die aussenpolitische Situation geändert. Schuschnigg fühlte das Bedürfnis das Verhältnis zum Reich zu normalisieren. Hierzu musste er auch innenpolitisch entgegenkommen. Er hatte bestimmt mit grossen Schwierigkeiten bei den radikalen Führern der vaterl. Front zu tun. Dies zu verstehen, muss der oesterreichische " Klerikalismuss " kurz erläutert werden. Die oesterr. Bevölkerung unterschied zwischen der religiösen Glaubensausübung in der katholischen Kirche und der Beherrschung des öffentlichen Lebens durch die Kirche. Diese Unterscheidung geht auf eine Jahrhunderte alte Erfahrung zurück. Anfang des 17. Jahrhunderts war Oesterreich zu 80% protestantisch. Es wurde durch Ferdinand d. II. mit Hilfe der Jesuiten unter Anwendung äusserster staatlicher Machtmittel rekatholiniert.

(Seite 8 des Originals)

Tausende von Familien mussten auswandern. Um uns auf einige wichtige Episoden zu verweisen. Kaiser Josef II. 1780-1790, " entklerikalisierte " das Land - als Parallelerscheinung zur beginnenden französischen Entwicklung -

H3291 - 0012

(Seite 8 des Originals Forts.)

und schloss hunderte von Klöstern. Im Jahre 1854 herschte wieder ein ausgesprochen christliches Regime. Die Ehegesetzgebung und Rechtssprechung war der Kriche überlassen. In den 70 Jahren kam die liberale Aera mit den modernen Schulgesetzen u.s.w. Das Dollfussrégime und die vaterländische Front wurde als klerikale Reaktion empfunden, worauf auch das Konkordat rücksichtlich der Eherechtsfragen usw. hinwies. Kämpfe zwischen klerikalen Parteien und Gegenbewegungen wurden, auch wenn geistliche Würdenträger einbezogen wurden, nicht als Glaubensangelegenheiten sondern als rein politische Auseinandersetzung betrachtet, Deshalb befanden sich auf Seite der Nazi viele gläubige Katholiken, obwohl der höhere Klerus immer schärfer Stellung gegen den Nationalsozialismus nahm. In der vaterländischen Front und auf Dr. Schuschnigg als Staatsmann übten die klerikalen Kreise zweifellos einen grossen Druck aus, um jedes Entge-

(Seite 9 des Originals)

genkommen gegenüber den Nazis zu verhindern. Inzwischen war H.v.Papen in Tätigkeit getreten, er versuchte sicher alles, um das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich zu normalisieren. Da er nicht das Vertrauen der radikalen (?) nat.soz. Führer im Reich hatte, tat er sich schwer und war innenpolitisch zurückhaltend, Ich weiss

H3291-0013

(Seite 9 des Originals Forts.)

nicht, ob ich mit ihm vor dem Juli 1936 zusammengekommen bin. Ich hielt im wesentlichen mit Glaise-Horstenau Verbindung. Dieser teilte mir im Juli 1936 mit, dass ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossen wurde, der innenpolitisch eine Entspannung - Amnestienbringen würde und die Herausziehung der nationalen Oposition - offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten - zur Mitarbeit ankündigt. Dr. Schuschnigg rechne auch mit meiner Mitarbeit. Den Wortlaut des Vertrages vom 11. Juli 1936 setze ich als bekannt voraus.

Abgesehen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen, ferner Amnestiezusagen u.s.w. enthält er den Satz (aus dem Gedächtnis zitiert), "Der Bundeskanzler nimmt in Aussicht die nationale Opposition zur Mitarbeit heranzuziehen ". Dieser Satz war der Kardinalpunkt der oesterr. Innenpolitik bis zum Abkommen vom 12. Febr. 1938. Bundeskanzler Schuschnigg hat in dieser Zeit verschiedener Männer aus der nationalen Opposition empfangen, radikale

(Seite 10 des Originals)

Vertreter z.B. Hptm. Leopold - man nannte sie in vaterländischen Kreisen die "Unentwegten" und sog., "Besonnene Nationale" Zu letzteren wurde ich gezählt. Über die Auslegung des oben zitierten Satzes entstand im

H3291 - 0014

(Seite 10 des Originals Forts.)

nat.soz.Lager eine grundsätzliche Meinungsdifferenz. Die Radikalen vertraten den Standpunkt, die oesterr. Regierung müsse die alte N.S.D.A.P. wieder zulassen, die sich inzwischen wieder aufzubauen begann. Die " Besonnenen " zu denen ich Dr. Ranier Klausner etc. in unterschiedlicher Einstellung zähle, waren der Meinung, dass die Organisation und Form der Betätigung mit Schuschnigg abgestimmt werden der von ihm akzeptiert werden müsse, dass sie aber jedenfalls in einer vom Reich organisatorisch selbständigen Weise zu erfolgen habe. Auch andere offizielle oesterr. Politiker befassten sich mit der Frage der nat. Opposition und ich habe Gründe zur Annahme, dass einzelne z.B. Neustädter Stürmer den Radikalen gewissen Hoffnungen machten, um sich gegenüber dem klerikalen Block der vaterländischen Front einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Der oesterr. Heimatschutz war nach und nach bedeutungslos geworden. In meinen Unterredungen mit Schuschnigg - öfters traf ich mit dem Gen.Sekr. der vaterl. Front Zernatto zusammen, denn lebhafte, geistreiche manchmal vielleicht sogar etwas leichte Art der Konversation Schwierigkeiten leichter überwinden liess - habe ich mit mir selbst zunehmender

H3291 - 0015

(Seite 10 des Originals Forts.)

Deutlichkeit den Standpunkt vertreten,

(Seite 11 des Originals)

dass die Losung nur darin gesucht werdan könne, dass den oesterr. Nationalsozialisten ihre nat.soz. Betätigung in legalen den oesterr. Verhältnissen entsprechenden Formen und Methoden auszuüben erkannt werden und ein Anteil an der Regierung zukommen müsse, dafür müsse Hitler die Selbständigkeit dieser polit.Bewegung garantieren ungeachtet der ideologischen Führung durch ihn als Gründer der Bewegung. Hingegen werde Oesterreich in das engste völkerrechtlich mögliche Verhältnis zum Reich treten. Der Anschluss war also ein aktueller Programmpunkt und vielleicht zurückgestellt. Mir und meinen Mitarbeiterkreis - und ich glaube auch H.v.Papen - nämlich weder notwendig noch wichtig zu sein, den Anschluss zu machen. Wir waren fest überzeugt, sobald eine Bereinigung der innenpolitischen Schwierigkeiten und eine aussenpolitische Spannung eingetreten ist, entwickelt sich der Anschluss schrittweise von selbst, politische und staatsrechtliche Vereinbarungen werden nachher nur mehr einen bereits eingetretenen Zustand festzustellen haben. Nachrichten aus

H3291 - 0016

(Seite 11 des Originals Forts.)

dem Ausland, deuteten an, dass gegen diese Losung kein Einwand zu erwarten sei, im Gegenteil, dass man froh sein werde, diese leidige Frage schmerzlos beseitigt zu wissen. Allerdings rückblickend kann heute gesagt werden,

(Seite 12 des Originals)

alle die dieser Meinung waren, rechneten mit einer evoletivmaren Entwicklung des Nationalismus aus seiner damaligen "Sturm- und Drangperiode" heraus und dass mit Erfüllung der nationalen Forderungen - Gleichberechtigung und Zusammenschluss der Deutschen - sich der Nationalsozialismus im Aufbau des inneren Reiches auswerten werde. Von heute gesehen, wäre dieser Zeitpunkt etwa im Jahre 1939 eingetreten gewesen. Auch Schuschnigg neigte dieser Ansicht zu. Er bekannte sich zur grossdeutschen Sache, müsse aber den Anschluss bei diesem nat.soz.Regime ablehnen. Als ich darauf erwiderte, dass er sonst wohl auf den Anschluss verzichtet, entgegnete er mir sehr bestimmt: " man kann doch auf eine evolutionistische Entrichtung des Nationalsozialismus nehmen." Ich selbst war von dem zwingenden Gebot des Zusammenhaltes aller Deutschen so überzeugt, dass sich diese Frage innerpolitisch gesehen, niemals von jeweiligen politischen System in Deutschland oder

H3291 - 0017

(Seite 12 des Originals)(Forts.)

Oesterreich abhängig machen kann. Scheint es, das System nicht richtig zu sein, so darf kein Deutscher ein Aussenbetrachter bleiben, sondern muss sich in die Auseinandersetzung hineinstellen. Ähnliches schrieb übrigens der oest.soz.dem. Führer Dr. Julius Deutsch, als Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, in der öst. Arbeiterzeitung unter den Titel "Dennoch!" H. v. Papen mit dem ich jetzt öfters, vielleicht alle 6 bis 8 Wochen zusammen kam ,

(Seite 13 des Originals)

äusserte sich vorsichtig. Ich hatte den Eindruck, er wolle sich nicht festlegen, bevor er nicht die Ansicht Berlins kennengelernt habe. Die Radikalen nahmen gegen meiner Politik scharf Stellung. Abgesehen davon, dass sie dieselbe als gegen den Führerwillen gerichtet erklärten, versuchten sie Diffamierungen auf ihre Art. Sie verbreiteten z.B. dass ich ein Zögling des Jesuitenkollegs "SHella matutina" in Vorarlberg gewesen wäre - dort hat Schuschnigg studiert - und dass ich mit Schuschnigg unter einer Decke spielend, nationale Interessen verraten wolle. Im Reich scheine insoferne eine Klärung eingetre-

H3291 - 0018

(Seite 13 des Originals Forts.)

ten zu sein, als ..Sek. Keppler beauftragt wurde, alle Oesterreich betreffenden Fragen zu führen. Andere Parteistellen liessen sich durch diese Betreuung allerdings nicht sehr stören. In Oesterreich hatte die "illegale Landesleitung" des Hptm. Leopold in Wien erster Bezirk Teinfaltstrasse zwei Stockwerke gemietet und amtierte dort. Die oesterr. Polizei war offenbar zufrieden diese Tätigkeit gut kontrollieren zu können. Der "einfache Mann" sah darin ein Zeichen dafür, dass doch noch die Lösung mit der N.S.D.A.P. kommen werde und war weniger geneigt, sich politischen Erwägungen zugänglich zu zeigen. Zernatto drang in mich, stärker hervorzutreten. Da er einsah, dass ich im Rahmen der vaterl. Front bei den Nazis keinen Erfolg haben werde, kamen wir zu dem von Dr. Schuschnigg genehmigten Plan: Ich werde zum Staatsrat ernannt mit dem Auftrag, die Bedingungen der Heranziehung der nationalen Opposition zu prüfen und bezügliche Vorschläge zu machen, während ein Insbrucker Bekannter Schuschniggs Dr. Gombaur in der vaterl. Front ein volkspolitisches Referat zur Vorbereitung der Mitarbeit der Nationalen in der Front erhalten sollte.

H3291 - 0019

(Seite 14 des Originals)

Ich hatte sofort den Wunsch geäussert, nun selbst ins Reich zu fahren, um durch Fühlungnahme mit nachgebenden Männern festzustellen, wie weit meine Pläne Aussicht auf Zustimmung finden. Keppler vermittelt - unter Zustimmung Schuschniggs - einen Besuch bei Hess und Goering. Ich trug diesen beiden meine Ansichten vor. Eindringlich betonte ich, dass es sich nicht um Parteifolge handeln dürfe. Diese zurückstellend, werden die oesterr. Nationalsozialisten sich betätigen können und Oesterreich zu einer wichtigen Hilfestellung für das Reich werden, wobei die Doppelpartnerschaft international viele Vorteile bieten könne. Hess bestellte mich nochmals. Ich nehme an, dass er in der Zwischenzeit mit dem Führer gesprochen hatte. Hess war sehr teilnehmend und herzlich, sagte aber etwas wörtlich: "Sie haben gewiss gute Absichten, ich werde Ihre Arbeit mit Interesse verfolgen, ich bedaure dass Sie kein alter Kämpfer sind." Über die Bedeutung des letzten Jahres war ich im Unklaren, erst erschien es mir eine Anerkennung zu sein, vielleicht wollte aber Hess zum Ausdruck bringen, dass ein alter Kämpfer nicht mit so "halben Sachen" gekommen wäre. Der Besuch bei Göring war uns äusserlich eindrucksvoll, inhaltlich ist mir fast nichts in Erinnerung geblieben, ausser der Annahme, dass Göring für politisches Handeln grundsätzlich mehr Interesse habe, dass ich aber zu wenig mit-

H3291 - 0020

(Seite 14 des Originals Forts.)

bringe. Göring hatte übrigens, wie ich glaube, damals bereits eine direkte Beziehung zum oesterr. Staatssek. d. Äussern Guido Schmid. Nicht sehr ermutigt, aber doch ohne Ablehnung durch das Reich begann ich meine Tätigkeit, sofort Gegenstand heftiger Angriffe aus dem radikalen Flügel der vaterl. Front und seitens der radikalen Nazi, die nach meinem Besuch bei Hess und Göring mehr gegen meine Mitarbeiter als gegen mich vorgingen. Vor allem wurde ich zur Klagemauer für alle Nazi, die eine Beschwerde hatten. Hier Hier schaltete ich das volkspolitische Referat mit zum Teil recht geschickten Vertrötern in den Bundesländern nicht ohne Erfolg.

H3291 - 0021

(Seite 15 des Originals)

Erfolg ein. Ich gewann aber doch den Eindruck, dass die Verwaltung und Exekutive angetrieben durch die vaterl. Front unter Ausnutzung der nach wie vor fortgesetzten illegalen naemlich ausgesprochen parteimaessigen Betaetigung der oesterr. Nazi alles was auf einer Seite erreicht wurde mehrfach wieder durch Verbote, Verhaftungen und Entlassungen ausglich. Versuche, durch Abhaltung der im Vertrag v. 11. VII, 36 vorgesehenen Kommissionen Entspannungen zu schaffen, hatten kaum Erfolg, obwohl mir Schuschnigg, nachdem die Verhandlungen fast ergebnislos blieben, auf eine letzte Vorsprache beachtlich entgegenkam. Zu dem Kreis meiner Mitarbeiter war in dieser Zeit auch D.Jury getreten, der von der illegalen Arbeit Leopolds bestimmt Abstand nahm. Die Situation wurde durch die obengeschilderten Verhaeltnisse eher schlechter als besser. Es wurde mir klar, dass nur eine entschiedene Absage Hitlers an die "Illegale" Besserung bringen koennte, wofuer die erlaubte Betaetigung der Nationalsozialisten im Rahmen, der mit Schuschnigg zu vereinbaren war, gegeben werden musste. Als Ende 1937 auch die an und fuer sich aussichtslose legitimistische Bewegung offiziell stark gefoerdert wurde, zog ich mich zurueck und erklaerte meinen Standpunkt in einem Brief an Schuschnigg oder

(Seite 15 des Originals, Forts.)

Zernatto, den Staatsratssitzungen blieb ich fern und fuhr auf Einladung des Reichssportfuehrer Deham nur nach Garmisch. Die Fahrt teilte ich Zernatto mit. In Garmisch traf ich ohne Verabredung v. Papen. Wir klagten uns im Tauwetter gegenseitig unser Leid. Ich setzte nochmals meinen Standpunkt auseinander und meinte, dass bei dieser Gelegenheit, eine entsprechende Veranlassung im Ministerium erreicht werden muesste, um den Methoden der Verwaltungspraxis begegnen zu koennen. Es durfte von Innenministerium gesprochen worden sein, bestimmt nicht

(Seite 16 des Originsl)

von meiner Person. V.Pagen zeigte sich diesmal aufgeschlossen. Ich glaube er sprach davon, ueber diese Dinge mit Hitler zu reden. Ich bin 8 Tage nach dieser Besprechung, inzwischen nach Wien zurueckgekehrt, nach Zell am See gefahren. Von dort wurde ich-wie ich glaube- von Zernatto nach Wien gerufen. Gleichzeitig wurde mir von nat.soz.Seite - moeglicherweise durch Keppler - mitgeteilt, dass eine Unterredung Schuschnigg-Hitler in Berchtesgaden bevorstehe. Jedenfalls hatte ich die Nachricht von reichsdeutscher Seite, bevor Zernatto oder Schuschnigg sie mir gaben. In Wien hatte ich am Tage der Ab-

H3291 - 0022

H3291 - 0023

(Seite 16 des Originals, Forts.)

reise eine lange Aussprache mit Zernatto, zu der spaeter Schuschnigg kam, ueber Einzelheiten einer innenpolitischen Regelung. Etwa 2/3 meiner Vorschlaege wurden akzeptiert, die wichtigsten, die auf Hitler Eindruck machen sollten - Betaetigung fuer Nationalsozialisten und Beteiligung an Verwaltung und Staatsfuehrung, aber nicht. Ich nahm an, dass sich Schuschnigg dies fuer Berchtesgaden vorbehalten wollte. Ueber das Ergebnis meiner Aussprache orientierte ich in grossen Zuegen D.Ramir u.d D.Jury, moeglicherweise ist es auf diese Weise nach Berchtesgaden gekommen. Ich weiss nicht, ob es Interesse erreicht hat. Am 12. Feber war Schuschnigg mit Schmidt bei Hitler. An Einzelheiten ist mir nichts mehr bekannt als inzwischen im In- und Ausland verbreitet wurde. Jedenfalls wurden Schuschnigg auch die Moeglichkeiten militaerischer Aktionen demonstriert, wie er mir mitgeteilt hat. Es war fuer ihn bestimmt ein harter Tag.

Am 13. Feber

H3291 - 0024

(Seite 17 des Originals)

Am 13. Feber orientiert mich Staatssekr. Schmid in Gegenwart Zernattos ueber die Vereinbarungen von Berchtesgaden. Ich setze den Wortlaut als bekannt voraus. Mir ist es nicht mehr woertlich gegenwaertig. Neben einer allgemeinen Amnestie und Wiedergutmachung war die Heranziehung der nationalen Opposition neuerlich und deutlicher ausgesagt und gewissermassen als Garantie meiner Ernennung zum Innen- u. Sicherheitsminister vorgesehen. Ich habe sowohl mit Schuschnigg, Zernatto und v. Papen ueber die Notwendigkeit so einer Regelung gesprochen, aber niemals ueber meine Kandidaten hierfuer. Allerdings, wenn sie tatsaechlich erfolgen sollte, so war meine Betrauung naheliegend. Wie man mir sagte, hat meinen Namen nicht Hitler genannt, sondern Schuschnigg auf Hitlers Frage, wen Schuschnigg in Aussicht fuer den Ministerposten nehme. Ich habe in der Folge Wert daraufgelegt, dass der bisherige Staatssekr. f.d. Sicherheitswesen Strubl, obwohl ein rotes Tuch fuer die Nazi, im Amt bleibt, um eine erfahrene fachmaennische Leitung zu haben. Ich habe Strubl sogar in mein Ministerium vom 11. Maerz mitgenommen. Von ebensolcher Wichtigkeit fuer mich war die weitere Bestimmung, dass ich als Verbindungsmann zwischen der oesterr. Regierung, der nationalen Opposition und der Reichsregierung fungieren sollte.

H3291-0025

(Seite 17 des Originals, Forts.)

Aussenminister Schmidt - hierzu jetzt ernannt- lehnte jedenfalls jede Befassung mit diesen Fragen ab. Ich selbst war aber durch diese Funktion in meiner Handlungsfaehigkeit sehr eingeschraenkt. Ich hatte, wenn etwas vorfiel zuerst die verschiedenen Gruppen zu orientieren und konnte deren Stellungnahme

H3291 - 0026

(Seite 18 des Originals)

durch eine eigene Festlegung nicht prajudizieren. So fuehlte ich mich am 11. Maerz tatsaechlich eine Zeit lang nur als eine Art "Telefonfraeulein" zwischen Berlin und Wien.

Eine Schlussbemerkung vorwegnehmend stelle ich fest: Das Abkommen vom 12. Feber und meine Ernennung zum Innenminister konnten von der "nationalen Opposition" - und das waren damals unbestrittenermassen nur noch Nationalsozialisten - nur dahin aufgefasst werden, dass ihr nunmehr die politische Betaetigung erlaubt werden wuerde. Die Bereinigung dieser oppositionellen Haltung war ja doch der Zweck aller dieser man kann sagen langjaehrigen Bemuehungen. Wenn gesagt werden sollte, dass ich mich bemueht habe, den Nationalsozialisten in einer anderen Form wieder die Betaetigungsmoeglichkeit zu geben, so ist dies richtig. Das habe ich aber immer offen und deutlich ausgesprochen und schon Dollfuss darauf aufmerksam gemacht, dass er sich mit den Nazis auseinandersetzen muesse, denn Nationale im alten, buergerlichen Sinne waren kein politischer Faktor mehr. Wenn man behaupten wollte, ich haette die Nazipartei in ihrer spezifischen Form, Organisation und Reichsabhaengigkeit wiedererstehen lassen wollen, so ist dies falsch. Gerade das wollte ich verhindern. Dazu war noetig neue, politisch einsichtsvolle Maenner als Fuehrer zu finden und schliesslich Hitler zu bewegen, dass er als Parteifuehrer eine entsprechende Erklaerung abgibt. Ich glaubte diese Maenner gefunden zu haben und bin heute noch ueberzeugt, dass ein Grossteil derselben die Sache ehrlich gemeint haben z.B. Dr.Lurg, Dr.Kamer, Ing. Rheintaller, selbstverstaendlich auch

H3291 - 0027

(Seite 18 des Originals-Forts.)

Dr. Neubacher. Aber alle waren sich darueber im Klaren, dass

(Seite 19 des Originals)

ohne eine Weisung Hitlers als Fuehrer der Bewegung, die Sache nicht gemacht werden konnte. Zum Teil fuehlten sich die Maenner innerlich wahrscheinlich auch eidlich an Hitler gebunden, zum Teil erkannten sie es als aussichtslos, bei der nat.soz. Gefolgschaft Hitlers in Oesterreich ansonsten [illegible] irgendeinen Erfolg haben zu koennen. Worauf es also bei allen Besprechungen mit Hitler ankommen musste, war, ihm als Bewegungsfuehrer mit entsprechenden Gegenleistungen zu veranlassen, die notwendige Erklaerung ueber die Selbstaendigkeit der oesterr. Nationalsozialisten abzugewinnen. Wäre dies gelungen, so glaube ich beinahe noch heute an einen Erfolg, denn die oesterr. Nationalsozialisten haetten sich fuer diesen politischen Weg gewinnen lassen. Denn sie die Moeglichkeit gehabt haetten, in legalen Formen die Ideen des Nationalsozialismus - aber ja nicht nur aus dem Rassenstandpunkt, Totalitaetsprinzip u.s.w. bestanden - zu verwirklichen zu versuchen, und zwar in einer fuer Oesterreich passenden Weise - und ueberdies reale Verantwortungen zu tragen gehabt haetten, dann haette sich vor allem die ewige Unsicherheit vor Verhaftungen, Entlassungen, Beschlagnahme u.s.w. gelegt, die diese Leute fuer radikale Parolen so empfaenglich gemacht hatte. Diese Leute waren zum ueberwiegenden Teil wieder in eine - ich moechte sagen - oesterreichische buergerliche Kirche zurueckgekehrt, die sie nach den Erfahrungen der eben vergangenen Jahre fuer politische Abenteuer

H3291 - 0028

(Seite 19 des Originals-Forts.)

nicht wieder so leicht aufgegeben haetten, wenn der Einfluss der Reichspartei ausgeschaltet gewesen waere.

(Seite 20 des Originals)

Dies zu erreichen, war mein Ziel. Ich glaube, dass gerade daruber in Berchtesgaden nicht gesprochen worden ist. Hitler wird es begreiflich vermieden oder verredet haben und Schuschnigg glaubte sich wahrscheinlich etwas zu vergeben, wenn er mit dem reichsdeutschen also auslaendischen Staatsfuehrer ueber oesterr. innerpolitische Fragen verhandelt haette. Aber in dieser Situation hilft es doch nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Die Lage war einmal so im Lager der nationalen Opposition. Wenn man auf dieser Linie eine Befriedung will, so musste dieser Weg beschritten werden, sonst waere es besser gewesen, ueberhaupt nichts anzufangen und den Versuch zu machen, mit den wieder zur Betaetigung zuzulassenden Sozialdemokraten in's Reine zu kommen. Dieser Versuch hatte allerdings nach der damaligen innen- und aussenpolitischen Lage kein langes Leben gehabt. So hat Schuschnigg nur halbe Schritte getan, er liess sich ohne wirklich politische Gegenleistungen, Einzelheiten z.B. Amnestie, Wiedergutmachung, Fragen des Hakenkreuzes usw. abringen, die in dieser Situation nur Auftrieb fuer die radikale Propaganda waren. Er oeffnete Schleussen, ohne fuer eine entsprechende Steuerung den ablaufenden Fluten gesorgt zu haben. Wenn zugleich mit oder in diesem Abkommen bestimmte Betaetigungsmoeglichkeiten, Organisationsformen, Beschraenkungen in der Realisierung

H3291 - 0329

(Seite 20 des Originals-Forts.)

des Parteiprogramms, Ausschaltung des Totalitaetsprinzips und ver-
(Seite 21 d. Originals)
antwortliche Selbststaendigkeit der oesterr. Nationalsozial.
Fuehrung, festgelegt und von Hitler bestaetigt worden waren,
dann waeren bei Vermeidung politischer Fehler die Dinge zu meistern
gewesen - wenn Hitler gewollt haette. Aber vor diese Entscheidung
wurde Hitler durch Schuschnigg nicht gestellt. Als ich sie spaeter
anbahnte, platzte die vaterlaendische Front mit ihrem Abstim-
mungsplan dazwischen, der Hitler die Gelegenheit bot, aus den
Bindungen des Uebereinkommens vom 12. Feber herauszusteigen.
Wenn gesagt werden sollte, dass meine politische Linie und deren
teilweise Realisierung zu dem schliesslichen Resultat des 11. Maerz
gefuehrt haetten, so ist dies nur sehr bedingt richtig. Mitveran-
lassend war mein Handeln gewiss, aber was tatsaechlich auch seitens
der oesterr. Staatsfuehrung gemacht wurde, war nicht die Durch-
fuehrung meiner Idee. Im uebrigen liegen die Gruende fuer die
Entwicklung zum 11. Maerz viel tiefer. Diese war unvermeidlich, wenn
sich meine Ideen nicht realisieren liessen. Ich habe hiefuer et-
wa im Jahre 1942 eine ausdrueckliche Bestaetigung erhalten. Ein
Bekannter liess mich in einen Bericht Einblick nehmen, den der
Chef der Sicherheitspolizei und S.D. Ende 1937 verfasst und
ueber Himmler an Hitler vorgelegt hat. Heidrich schildert die
oesterr. Situation und kommt zum Schluss, dass sie ausweglos
zum Zusammenbruch des "oesterr. Systems" fuehren werde. Das
Einzige, was den Plaenen der nat.soz. Bewegung, Partei oder

H3291 - 0030

(Seite 21 des Originals-Forts.)

Reichsfuehrung - ich weiss den Ausdruck nicht mehr - gefaehrlich werden koenne, sei die Politik des Staatsrates Swessinquart! Dieser sei auf die oesterr. Geistesheltung abgestellt und mit der Zeit geeignet

(Seite 22 des Originals)

eignet, der nat.soz. Bewegung in Oesterreich einen eigenen, von der Reichspartei verschiedenen Charakter zu geben und den revolutionären Impuls zu nehmen.

Als ich mit Schmid und in der Folge Schuschnigg die Ergebnisse von Berchtesgaden und deren Durchfuehrung besprach, habe ich sofort erklaert, dass ich mir vor Ausuebung meiner Funktion in einer persoenlichen Unterredung mit Hitler die Gewissheit verschaffen muesste, wie weit dieser mit meinen Plaenen einverstanden und bereit sei, grundsaetzliche Erklaerungen abzugeben. Schuschnigg erklaerte sich mit meinem Vorschlag einer Reise nach Berlin sofort einverstanden, sie wurde glaublich ueber Staatssekr.Keppler und das oesterr. Aussenministerium vorbereitet, jedenfalls bin ich mit Diplomatenpass gefahren. In diesen und den folgenden Besprechungen mit Schuschnigg, Zernatto, Schmid, Skubl und vielleicht auch anderen oesterr. Politikern, ich glaube auch mit dem oberoesterr. Landeshptm. Gleissner, entwickelte ich meine Plaene nach Massgabe der in mir selbst zunehmenden Deutlichkeit wie folgt. Fuer die Betaetigung der oesterr. Nationalsozialisten sollte in der vaterlaendischen Front - ich glaubte damals dass es noch in der Front, worauf Schuschnigg besonderen Wert legte, getan werde - das volkspolitische Referat zu einer Art Hauptabtlg. "nationale Gemeinschaft" unter Fuehrung Dr.Jurys, der in den Staatsrat zu berufen ist, ausgebaut werden. Schuschnigg plante parallel eine "legitimistische Arbeitsgemeinschaft" einrichten zu sollen, wogegen ich nichts einwandte. In dieser nationalen Gemeinschaft sollen die oesterr. Nazi aufgefangen werden. In den Wirtschaftsrat sollte Dr. Fischboeck-

H3291 - 0031

H3291 - 0032

(Seite 22 des Originals - Forts.)

ein persoenlicher Bekannter von mir, der nie bei der Partei war und gar kein richtig gehender "Nazi" ist - berufen worden, um dort die natsoz. Zielsetzung zu vertreten, und in den Landwirtschaftsrat Ing. Rheintaller zum gleichen Zweck. Jede politische Betaetigung ausserhalb dieser Organisationen bleibt

(Seite 23 des Originals)

verboten und wird polizeilich verfolgt. Klausner, der von den oesterr. Nationalsozialisten als eine Art Parteifuehrer betrachtet wurde - soweit sie nicht noch auf dem radikalen Standpunkt standen - sollte, wenn die organisatorischen Vorarbeiten soweit gediehen sind - in fuehrende Stellung kommen. Der politische Sekretaer Klausners war Dr. Rainer. Die politische Fuehrung der oesterr. Nationalsozialisten haette ausschliesslich durch diese Maenner zu erfolgen, die fuer ihre Taetigkeit der oesterr. Staatsfuehrung verantwortlich sind. In geeigneter Form ist das Kraefteverhaeltnis der einzelnen nun legalen politischen Gruppen festzustellen und demgemaess die Verteilung der Funktionen im oeffentl. Leben vorzunehmen. Politischer Fuehrer und Bundeskanzler bleibt auf jeden Fall Schuschnigg. Dieses System der Zusammenarbeit muesse eine gewisse Zeit - ich sprach von 3-5 Jahren - durchgefuehrt werden. Dann koenne eine neuerliche Regelung nach Feststellung des Kraefteverhaeltnisses getroffen werden, aber auch dann duerfe das Totalitaetsprinzip nicht zur Anwendung kommen, sondern jede legale politische Gruppe in Oesterreich sei entsprechend ihres Kraefteverhaeltnisses an der Macht und dem oeffentlichen Leben zu beteiligen. Ich erklaerte ganz offen,

(Seite 23 des Originals - Forts.)

dass ich annehme dass sich die Nationalsozialisten durch ihre Arbeit das Vertrauen der grossen Mehrheit des Volkes erringen werden, doch inzwischen das Reich aus den Sturm- und Drangjahren herausgekommen sein werde und dass das Ausland die politische Entwicklung als eine innerooesterreichische Angelegenheit ohne kritischen Charakter ansehen werde. Ich sei der Meinung, dass dann auch der Zeitpunkt

(Seite 24 des Originals)

gekommen sein werde, staatsrechtliche Fragen (z.B. Anschluss) nach Massgabe des bekundeten Willens der oesterreichischen Bevoelkerung zu loesen. Das Ergebnis meiner Vorschlaege ging allerdings darauf hinaus, die Totalitaet der vaterlaendischen Front, das war in Wirklichkeit des oesterreichischen Klerikalismus, abzubauen. Denn so sehr gegen die Totalitaet des Naziregimes im Reich losgezogen wurde, die Totalitaet des Klrikalismus in Oesterreich war noch viel groesser und unberechtigter, denn die "Klerikalen", die in Wirklichkeit die vaterlaendische Front fuehrten, verfuegten bestimmt ueber nicht mehr als 20% der oesterr. Bevoelkerung als ihre Gefolgschaft, schrieben aber den uebrigen 80% die politische Betaetigung vor. Es ist klar, dass sich die radikalen Frontfuehrer auf's Aeusserste gegen diese "Redemokratisierung" ihrer Machtpositionen wehrten und mit allen moeglichen politischen und weltanschaulichen Argumenten auf Schuschnigg einwirkten.

Bei der Darlegung der weiteren Entwicklung muss ich noch ein Ereignis aus der Zeit vor dem 12. Feber nachholen, das die von mir geplante Loesung erleichtern konnte. Eines nachts wurde

H3291-0033

(Seite 24 des Originals - Forts.)

ich von Schuschnigg gebeten, sofort zu ihm zu kommen. In seinem Arbeitszimmer waren Glaise-Horstenau, Zernatto, Skubl und glaublich Schmid versammelt. Skubl und glaublich Schmid versammelt. Skubl berichtete,er haette einen "Putschplan" der illegalen Landesleitung des Hptm. Leopolds in die Haende bekommen und die gesammte Landesleitung verhaftet. Der Plan selbst war nicht sehr ernst, offenbar ohne Realisierungsver-
(Seite 25 des Originals)
suche. Ich hatte den Eindruck, dass diese Gruppe ihre Felle davonschwimmen sah und nun allerlei phantastischen Gedankenspielereien nachging. Zu einem Putsch waere es bestimmt nicht gekommen. Es wurde nun beraten, was man mit diesen Leuten machen solle. Zu beruecksichtigen war, dass diese "Landesleitung" monatelang mit Duldung der Regierung ihre Taetigkeit in aller Oeffentlichkeit ausgeuebt hatte, so dass dieser Vorfall einen Schatten auf die Aufmerksamkeit der Regierung werfen konnte, und dass das Verhaeltnis zum Reich wieder gespannt war und durch einen "Nazihochverratsprozess" sicher eine weitere Belastung erfahren haette. Da ich von allen Anwesenden die lockersten Beziehungen zur "Landesleitung" hatte, beteiligte ich mich wenig. Ich glaube, dass Skubl vorschlug, zu versuchen die Leute ins Reich abzuschieben und dass Glaise-Horstenau die bezuegliche Vermittlung uebernahm. Jedenfalls waren damit die Fuehrer der "Radikalen" bei guter Gelegenheit ausgeschaltet.

Ich bin am 17. Feber morgens in Berlin angekommen und von St.Sek.Keppler abgeholt worden. Dieser brachte mich zuerst zu Himmler, was in dem mir vorgelegten Programm nicht vorgesehen war. Der Besuch dauerte 15 Minuten. Himmler versuchte

H3291 - 0034

(Seite 25 des Originals-Forts.)

polizeiliche Fachfragen anzuschneiden, die ich mangels Orientierung - ich war am Tag vorher zum Minister ernannt worden - nicht besprechen konnte. Schliesslich riet er mir, in meine Telefonzentrale nur verlassliches Personal zu setzen, welchen Rat ich nicht befolgte, da ich alles beim

(Seite 26 des Originals)

alten liess. Ich hatte niemals Bedenken dagegen, dass meine Telefongespraeche abgehoert wurden. Sie wurden auch noch abgehoert, als ich Minister war, das soll aber anderen Kollegen auch so gegangen sein. Ich glaube Himmler wollte mich vor allem einmal persoenlich sehen. Ich fuhr daraufhin zur Reichskanzlei, wo ich mit dem ueblichen Zeremomill empfangen wurde. Waehrend meiner 2 Stunden und 10 Minuten waehrenden Besprechung mit Hitler, warteten der Reichsaussenminister Ribbentrop u. St.S. Keppler im Vorzimmer. Hitler hat sie nicht hereingerufen. Ich gruesste Hitler mit dem deutschen Gruss und fuegte sofort die Erklaerung bei: Er solle sich nicht wundern, wenn ich als oesterr. Minister ihm mit dem Hitlergruss begruesste. Ich sehe in ihm den Fuehrer des deutschen Volkes aus aus den Diskriminierungen der Friedensvertraege. Ich sei aber auch oesterr. Minister und als solcher der oesterr. Staatsfuehrung verantwortlich. Ueber die Hauptpunkte des weiteren Gespraechs habe ich eine Aktennotiz verfasst, von der eine Abschrift in meiner bei der Verhaftung mir abge-

H3291 - 0035

H3291 - 0036

nommenem Aktenmappe liegt. Ich habe Hitler die Lage in Oesterreich seit Juli 1934 geschildert, insbesond. die verderbliche Wirkung der illegalen vom Reich aus gesteuerten Politik und zwar fuer die oesterr. Nationalsozialisten, fuer die aussenpolitische Stellung des Reiches und schliesslich fuer die Anschlussidee. Schliesslich habe ich Hitler mit eindringlichen Worten gebeten, die Parteipolitik zurueecktreten zu lassen und einer Loesung im gesamtdeutschen Interesse zuzustimmen. Ich trug nun mein oben wiederholt dargelegtes Programm vor. Als wich-

(Seite 27 des Originals)

tigste Frage habe ich die Legalitaet der natsoz. Betaetigung im Rahmen der in Oesterreich bestehenden Moeglichkeiten vor und betonte die Notwendigkeit der selbstaendigen Fuehrung unabhaengig von der Rechtspartei und verantwortlich in Oesterreich. Dass jeder Nationalsozialist in ihm (Hitler) den Gruender und Fuehrer der politischen Idee sehe, sei Tatsache. Aber die Durchfuehrung muesse sich nach den Gegebenheiten in Oesterreich richten. Ich fuehrte meine Ansicht ueber das Totalitaetsprinzip, den sog. Kulturkampf aus und sagte, dass sich das Programm der 25 Punkte nicht schematisch durchfuehren lasse. Ich verwies zweimal darauf, dass ich Nationalsozialisten, die sich illegal betaetigen wuerden, als Sicherheitsminister einsperren muesste. Beidemale stimmte Hitler zu. Ich trug die Bedeutung vor, die ein engstes Zusammengehen Oesterreichs mit dem Reich auf wirtschaftlichem, militaerischem und aussenpolitschem Gebiet haben muesse und auf den Vorteil der Vertretung der deutschen Sache durch zwei Stellen. Schliesslich erklaerte

-

H3291-0037

(Seite 27 des Originals - Forts.)

ich, dass ich mich nicht dazu hergeben koenne, der Fuehrer eines troyanischen Pferdes zu sein. Ich bat Hitler meinen Vorschlaegen zuzustimmen und sobald die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen sind, eine entsprechende Erklaerung abzugeben. Hitler stimmte schliesslich allen Ausfuehrungen bei, er liess einige Zweifel durchblicken, ob ich in Oesterreich mit meinen Plaenen durchkommen werde. Von Schuschnigg sprach er hoeflich aber reserviert. Er erwaehnte - wie ich mich erinnern

H3291 - 0038

(Seite 28 des Originals)

glaube, dass er zu dem Stapellauf eines Kreutzers im Sommer dieses Jahres Bundeskanzler Schuschnigg u. Reichsverweser Horty einladen wolle. Aber den Namen sei er sich noch im Unklaren, Tegetthof gehe wegen Italien nicht, besser werde wohl Prinz Eugen sein. Er sagte auch, dass es auf die 25 Punkte des Parteiprogrammes nicht ankomme, man muesse von der volksdeutschen Idee zur gesamtdeutschen kommen. Dann erzaehlte er sehr ausfuehrlich ueber seine verschiedenen Plaene z.B. Autobahnen, Elbebruecke in Hamburg u.s.w.. Ich hatte schliesslich das Gefuehl, dass Hitler meine Vorschlaege nicht ablehne, aber die Moeglichkeiten der Realisierung pruefen bzw. abwarten wollte. Es schien mir nun wichtig zu sein, so rasch als moeglichst die organisatorischen Voraussetzungen zu treffen, um zum Ergebnis, oder Festlegung des neuen Stabes, zu kommen. Ueber die Realisierung des Ausschusses wurde nicht anders gesprochen, als sich aus meinen obigen Ausfuehrungen ergibt. Ich besuchte in Berlin noch Reichsminister Frick, Gespraeche ohne Bedeutung, und Reichsminister Ribbentrop, den ich ersuchte, dafuer zu sorgen, dass die zu erwartenden Reden im freundlichen Ton gehalten werden. Am naechsten Abend fuhr ich nach Wien zurueck.

In Wien nahm ich Fuehlung mit Zernatto und begab ich zu Schuschnigg. Ich berichtete in aller Ausfuehrlichkeit

H3291-0039

(Seite 29 des Originals)

und bat nun, sich zu entschliessen. In den naechsten Tagen war ich teilweise mit der Uebernahme meines Ressorts beschaeftigt, die Fuehrung der polizeilichen Dinge ueberliess ich Strubl, der mir allabendlich berichtete und liess durch meine nat. soz. Mitarbeiter in einigen Orten z.B. Graz, Linz etc. die Nationalsozialisten zusammenrufen, um ihnen meine Plaene und das Gespraech mit Hitler mitzuteilen. Diese Aktion erfolgte im Einvernehmen mit Zernatto, die Linzer Rede wurde im Rundfunk uebertragen. Vorher hatte ich schon ueber den Rundfunk gesprochen und betont, dass sich in Oesterreich niemand als besserer Nationalist fuehlen solle, was nationale Politik sei, bestimme in Zukunft ich. Das politische Leben stand einerseits im Zeichen der niemals mit dem Hackenkreuz auftauchenden Nazi, die noch keine durchgreifende Fuehrung hatten, soweit nicht die fruehere illegale Fuehrung sich bemerkbar machte, und der Reaktion gegen das Berchtesgadener Uebereinkommen in den nationalen Kreisen der vaterlaendischen Front, zu deren Fuehrer ich vor allem den Buergermeister von Wien Schmitz rechnete. Inzwischen kamen die Reden. Hitler sprach von den unertraeglichen Verfolgungen der Deutschen in den Nachbarlaendern ob der Betaetigung ihrer deutschen Gesinnung, fand aber fuer die Zukunft freundlichere Worte,

H3291 - 0040

(Seite 29 des Originals, Forts.)

Schuschnigg sprach vom harten Tag in Berchtesgaden und gab vor allem die Parole: "bis hierher und nicht weiter". Ich erwaehne, dass mir Schuschnigg Teile aus seinem Entwurf vorher vorgelesen hatte. Dieser Satz wurde mir nicht vorgelesen.

(Seite (30 des Originals)

Mit diesem Satz war eigentlich eine oeffentliche Absage an meinsProgramm erfolgt und ich musste der nationalen Oeffentlichkeit gegenueber als Schwaetzer darstehen, dessen Worte nicht mehr ernst genommen wurden. Die Nationalsozialisten hoerten von da ab tatsaechlich wieder auf die radikalen Leute der Illegalitaet, hatten aber jetzt durch das Berchtesgadener Uebereinkommen die Erlaubnis der oeffentlichen Betaetigung ihrer Gesinnung zumindest des oeffentlichen Bekennens zu derselben. Dieses nahm immer demonstrativere Formen an. Ich habe Schuschnigg auf diese Umstaende eindringlich aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, dass ich als Sicherheitsminister wohl gegen Einzelne, die illegal handeln, vorgehen will, dass ich aber schon im Hinblick auf die mir im Uebereinkommen vom 12. Feber zugeschriebene Rolle, gegen Nationalsozialisten, die im obigen Sinne ihre Gesinnung demonstrieren, nicht vorgehen

H3291 - 0041

(Seite 30 des Originals, Forts.)

koennc. Ich habe in einem Falle ausdruecklich auf die Notwendigkeit meines Ruecktrittes verwiesen. Schuschnigg war sich der Zuspitzung der Lage besonders nach meinem Besuch in Graz der durch die Veranlassung zu diesem Besuch vollkommen bewusst. Ich sagte ihm, dass es so nicht weitergehen werde. Nach der grundsaetzlichen Bereitwilligkeit Hitlers mussten nun schnellstens die Schritte fuer die Endregelung insbes. auch auf zwischenstaatlichem Gebiet unternommen werden. Schuschnigg verwies auf die Schwierigkeiten im eigenen Lager, von meinem Ruecktritt koenne keine Rede sein, erbegruesst auch meine Haltung als Innenminister, wir wuessten schon, wie wir

(Seite 31 des Originals)

miteinander durchkaemen. In der Richtung der Realisierung meiner Plaene geschah nichts, obwohl ich dauernd auch Zernatto und Schmid aufmerksam machte. Wohl erfolgten die Ernennungen D.Jurys, D.Dirchbocks und Ing. Rheintallers, die nun begannen den Wertungskreis aufzubauen, aber natuerlich den schwersten Widerstaenden aus vaterlaendischen Kreisen gegenueberstanden. Eines Abends wurde ich zu Schuschnigg in die vaterlaendische

H3291 - 0042

(Seite 31 des Originals, Forts.)

Front gerufen - ich glaube es war der 8. Maerz, jedenfalls der Tag, an dem er nach Innsbruck fuhr, um am folgenden Tag den Abstimmungsplan fuer 13. Maerz zu verhindern -. Schuschnigg teilte mir den Plan mit, durch die vaterlaendische Front eine Abstimmung vornehmen zu lassen, wobei das Votum ungefaehr dem Wortlaut des Par. 1 der Bundesverfassung entsprach. Er ersuchte mich, bis zum naechsten Tag mittags Stillschweigen zu bewahren. Ich machte diese Zusage, obwohl sie gegen meine Aufgaben als Verbindungsmann war, und hielt sie. Der Plan war fuer mich zu ueberraschend und weittragend, um Stellung nehmen zu koennen. Ich frug Schuschnigg, ob die Absicht unabaenderlich sei, und als er dies bejahte, aeusserte ich schwere Bedenken, denn diese Abstimmung in dieser Form werde von den Nationalsozialisten als Affront aufgefasst werden. Schuschnigg widmete sich sodann den Besprechungen mit den Frontfuehrern, ich konnte nur Zernatto sprechen, dem ich meine zunehmenden Besorgnisse aeusserte. Zernatto war auch nicht gerade wohl bei der Sache. In den spaeteren Abendstunden begab ich mich in mein Amt - oder in meine Anwaltskanzlei - dort suchte mich Jury auf und teilte mir noch genauer den Abstimmungsplan mit, den er offenbar in der Front erfahren

H3291 - 0043

(Seite 31 des Originals, Forts.)

hatte. Ich erklaerte, ihm nichts sagen zu koennen,

(Seite 32 des Originals)

er moege morgen mittags kommen. Glaublich am naechsten Tag und zwar bevor Jury zu mir kam, schrieb ich an Schuschnigg einen Brief, ich glaube ich habe auch Zernatto geschrieben - in dem ich meine Stellungnahme zum Abstimmungsplan darlegte - obwohl ich damit die Stellung des Reiches und des oesterr. Nationalsozialisten praegnotizierte, aber die Sache war von aeusserster Wichtigkeit und Dringlichkeit - Ich verwies darauf, dass dieser Abstimmung genannte Vorgang in keiner Weise diesen Namen verdiene, denn die verfassungsmaessigen Bedingungen werden nicht gewahrt; die Abstimmung erfolgte nicht auf Grund der oeffentlichen Waehlerlisten, im ordentlichen Wahlverfahren und durch die oeffentliche Wahlkommissionen - vorgesehen war, dass alle oeffentlichen Aemter, also alle staatlichen und Gemeindebeamten und Angestellten, die Eisenbahn, Post, Telegraf, Strassenbahnen, usw. aber auch alle Privatbetriebe von einer bestimmten Groesse an, glaublich ueber 20 Koepfe Belegschaft, so abstimmen sollten, dass die Leute in der Reihe zu einem Tisch gefuehrt werden, wo sie ja oder nein zu sagen haetten; Freiheit, Geheimhaltung ja nicht einmal Abstimmungsbe-

H3291 - 0044

(Seite 32 des Originals, Forts.)

rechtigung waren damit garantiert - ferner koenne ein oestern. Bundesbuerger gar nicht mit "nein" abstimmen, da er sich damit der Verletzung des Staatsgrundgesetzes und der strafgerichtlichen Verfolgung aussetze, schliesslich fehle jede Moeglichkeit, die eigene politische Gesinnung zum Ausdruck zu bringen und die Abstimmung verfolge doch offenbar politische Zwecke. Ich schlug vor, die Abstimmung zu verschieben und vorerst meinen Plan zur Durchfuehrung zu bringen, dann würden wir unter allgemeiner Zustimmung ein einhelliges Votum zustandebringen, oder den Nationalsozialisten - vorausgesetzt ein ordentliches Wahlverfahren - die Moeglichkeit zu geben, in einem Zusatz oder auf aehnliche Weise ihre politische Einstellung zu bekennen.

(Seite 33 des Originals)

Ich habe einen Durchschlag dieses Briefes an Jury oder einen anderen nat. soz. Fuehrer gegeben mit der Bitte, ihn an Keppler bzw. Hitler weiterzuleiten. Der Brief war in verbindlicher Form abgefasst. Erstens entspricht dies meiner Art, zweitens hoffte ich doch. noch einen Weg aus der verfahrenen Situation zu finden. Sollte ich an Hitler auch noch direkt geschrieben haben, dann habe ich einen Durchsdhlag bestimmt an Schuschnigg oder Zernatto

H3291 - 0045

(Seite 33 des Originals, Forts.)

Gesandt. Ich habe meine Meinung in muendlichen und telefonischen Gespraechen mit Zernatto und Schmid unterstrichen. Beide vertroesteten mich auf die Rueckkehr Schuschniggs. Auch die natsoz. Fuehrer schienen mir etwas ratlos, neigten aber meinen Losungsvorschlaegen zu, jedenfalls hatte ich nicht den Eindruck einer Radikalisierung wohl aber einer Verbitterung. Und verbittert war auch ich. Ich, der jede Gelegenheit zu einer offenen Aussprache benützt hatte, fuehlte mich durch dieses Vorgehen getaeuscht. Auf meine persoenliche Einstellung zu Schuschnigg hatte dies keinen Einfluss, aber aus einem vorbehaltlosen Mitarbeiter wurde ich doch ein reservierter Politiker. Schuschnigg kam zurueck, aber ich bekam ihn kaum zu sehen. Er und die vaterlaendische Front hatten alle Haende voll mit den Abstimmungsvorbereitungen zu tun. Gegen Abend des 10. Maerz rief mich Schmid an, nachdem ich mich mit Strubl ueber die Lage ausgesprochen hatte. Dieser berichtete mir, dass die politische Spannung zunehme, auch in den Arbeitervierteln zeige sich Bewegung, doch koenne eine kommunistische Aktion nicht festgestellt werden. Er verwies darauf, dass die Nationalsozialisten Disziplin zeigen und sich den Anordnungen der Polizei fuegen. Es waere nirgends zu Zusammenstoessen gekommen.

H3291 - 0046

(Seite 34 des Originals)

Er versicherte mir, dass die oesterr. Polizei genuegend Erfahrung und Gewandheit habe, um Zusammenstoessen vorzubeugen. Ich genehmigte seine Massnahmen und gab ihm meine Zustimmung zu seinen Plaenen, erklaerte aber, dass ich beim ersten Zusammenstoss zwischen Exekutive und Nationalsozialisten zuruecktreten muesste. Er verstand dies so, dass ich solche Zusammenstoesse vermieden wissen moechte, dass ich vorkommendenfalls aber mich vom Sicherheitsressort zurueckziehen und ihm freie Hand geben wuerde.

Schmid erklaerte mir die Situation fuer bedenklich und zwar politisch nicht polizeilich. Ich stimmte zu. Er frug mich, ob ich mich nicht mit dem Kanzler aussprechen wollte. Ich erklaerte, seit Tagen darauf zu warten. Schmid vermittelte nun ein Gespraech mit Schuschnigg, an dem er teilnahm, ob Zernatto dabei war, weiss ich nicht. Ich trug Schuschnigg alle meine Bedenken und Vorschlaege vor, sagte ihm alles was ich aus dem Reich - fast nichts - und von den oesterr. Nationalsozialisten - sehr wenig - erfahren hatte. Schuschnigg trug nun offenbar selbst Bedenken, aussenpolitisch schien er sich sicherer zu fuehlen. Ich habe nachtraeglich - nicht amtlich - erfahren, dass der Buergermeister von Rom, Fuerst Colonna, in Wien gewesen sein und Schuschnigg in seiner Haltung

H3291-0047

(Seite 34 des Originals, Forts.)

bestaerkt haben soll. Ich schlug Schuschnigg vor, in einer Punktation meine Vorschlaege zu veroeffentlichen, sofort die Ernennung einiger Nationalsozialisten in das Ministerium - ich dachte an Dischboeck - obwohl er uns als Fachmann galt - Jury, Rheintaller - andere in die Landesregierungen u.s.w. vorzunehmen, worauf ich

(Seite 35 des Originals)

sicherlich mit Unterstuetzung der natsoz. Fuehrer, die Nationalsozialisten auffordern wuerde, sich an der Abstimmung mit "ja" zu beteiligen. Es sei denn, Schuschnigg verschiebe die Abstimmung zur Durchfuehrung von Wahlen im Sinne meiner Vorschlaege. Schuschnigg zeigte sich den Ernennungsvorschlaegen zugaenglich, bei den zwischenstaatlichen Fragen war er zurueckhaltend, da wollte er sich mit einer allgemeinen Erklaerung begnuegen, bei der Zulassung der nationalsozialistischen Betaetigung innerhalb der Front war er am meisten zurueckhaltend. Ich schlug daher eine schwarz-braune Koalition vor. Schuschnigg hielt die Frage offen, obwohl uns die fest auf den Naegeln brannte. Es war schon spaet geworden, als ich das Bundeshauptamt verliess und die Einladung erhielt, ins Hotel Regner zu kommen, wo Klausner mit einigen Nationalsozialisten waere. Etwa um 12 h kam ich ins Regner. In einem Zimmer waren etwa 12 Maen-

H3291 - 0048

(Seite 35 des Originals, Forts.)

ner darunter einige aus den Bundeslaendern; diejenigen, die ich kannte, gehoerten zu den Anhaengern der Richtung Klausner. Die Stimmung war spannungsvoll-erwartend. Klausner - auch Ramirr und Globotschnigg waren anwesend - wurde von mir ueber die letzte Aussprache mit Schuschnigg unterrichtet. Er teilte mir und den anderen mit, dass nach einer Nachricht aus Berlin die Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt waere und ein Kourier mit einem Brief Hitlers fuer mich unterwegs waere, der morgen frueh ankommen wuerde. Einzelheiten teilte er mir nicht mit, ich hatte den Eindruck, dass er die genaue Stellungnahme selbst nicht kannte, nur

(Seite 36 des Originals)

dass Berlin mit der Abstimmung nicht einverstanden sei. Er forderte die anwesenden Nationalsozialisten auf, fuer ihn am naechsten Tag erreichbar zu sein. Wir beschlossen, die Stellungnahme Berlins abzuwarten, da die Einzelheiten derselben massgeben sein werden. Ich begab mich nachhause. In den fruehen Morgenstunden wurde ich von Stuhl telefonisch angerufen. In den Wi. Neuesten Nachrichten - der nationalen Zeitung - sei ein Leitaufsatz D Jurys) erschienen, der eine scharfe Absage Jurys an die Abstimmung und der Aufforderung, sich nicht zu beteiligen, enthalte. Ich liess mir den Aufsatz, von

H3291 - 0049

(Seite 36 des Originals, Forts.)

dessen Plan und Inhalt ich nichts wusste - vorlesen. Ich war mit Strubl darueber einig, dass er keinen staatsfeindlichen wohl aber stark polemischen Charakter habe. Vom Sicherheitsstandpunkt sei kein Anlass zum Einschreiten. Strubl moege Schuschnigg verstaendigen, wenn dieser den Aufsatz fuer politisch untragbar halte, moege er die Zeitung beschlagnahmen lassen.

Es war der 11. Maerz. Ich zog mich an, um noch einige Zeit in den stillen Strassen Dornbachs spazieren zu gehen und mir in Ruhe die Lage zu ueberdenken. Etwa um 8h begab ich mich auf den Westbahnhof. Ich hatte erfahren, dass Glaise in Berlin gewesen waere und mit dem Fruehzug kommen werde. Ich hoffte von ihm Naheres zu erfahren. Da er mit dem Zug nicht gekommen war, fuhr ich zum Flugplatz. Glaise war mit einem Flugzeug angekommen. Man teilte mir mit, dass ein Kourier mit einem Brief Hitlers an mich zur deutschen Gesandtschaft gefahren sei. Ich hatte erfahren, dass v.Papen nach Berlin berufen worden waere und wollte auch vor dem Erhalt des Briefes in dieser Situation nicht mit einer reichsdeutschen Stelle in Verbindung treten. Ich bat Dr.Hueber, den Schwager Goerings', der gleichfalls mit dem Flugzeug gekommen war, den Brief zu holen. Er brachte

H3291 - 0050

(Seite 30 des Originals)

ihn mir. Ich und Glaise lasen ihn im Auto, Glaise berichtete mir, dass die Stimmung in Berlin sehr erregt sei, auch militaerische Dinge scheinen zu laufen. Der Brief enthielt im Wesentlichen meine seinerzeitige Stellungnahme an Schuschnigg und die Forderung, die Abstimmung auf 4 Wochen zu verschieben und dann in der von mir vorgeschlagenen Form - Entscheidungsmoeglichkeit fuer ein nationalsozialistisches Votum- vorzunehmen. Er enthielt einige Unrichtigkeiten, die sich aus mangelnder Orientierung erklaerten, ich stellte sie im Gespraech mit Schuschnigg richtig. Die Reichsregierung verlangte eine Entscheidung bis 12 h mittags. Ich begab mich mit Glaise zu Schuschnigg und teilte ihm den Inhalt des Schreibens mit, natuerlich auch die Tatsache desselben. Aus dem Schreiben war zu entnehmen, dass die Reichsregierung im Falle der Ablehnung das Uebereinkommensdes 12. Feber verlassen werde und sich in jeder Beziehung freie Hand vorbehalte. Es war wohl unmissverstaendlich auch auf militaerische Schritte hingewiesen. Das wurde im Gespraech mit Schuschnigg ausdruecklich festgestellt. Da inzwischen 12 h geworden war, bat ich Schuschnigg um eine Entscheidung bis 2 h nachmittags. Ich begab mich sodann mit Gleise ins Bureau des D Dickboch, woo-wie ich hoerte, Klausner auf mich wartete. Dort

H3291 - 0051

(Seite 37 des Originals, Forts.)

traf ich auch glaublich Ramirez, Globotschnigg und Jury. Ich teilte ihnen den Inhalt des Hitlerbriefes mit sowie das Gespraech mit Schuschnigg und den Termin um 2 h. Sodann bestaetigte ich Schuschnigg das am Vormittag gefuehrte Gespraech brieflich. Zu dieser Zeit begab ich mich mit Glaise zu Schuschnigg ins Bundeskanzleramt. Im Vorzimmer wurde ich aufgefordert ans Telefon zu kommen, Goering wolle mit mir sprechen. Dieser erkundigte

H3291 - 0052

(Seite 38 des Originals)

erkundigte sich nach der Lage. Ich antwortete, dass ich erst zu Schuschnigg gehe. Er bat um Aufruf. Schuschnigg lehnte ab. Ich gab dies nach Berlin durch. Ich habe noch oefters mit Berlin gesprochen, zumeist mit Goering. Dieses gab mir als Entscheidung der Reichsregierung durch, dass diese nunmehr den Ruecktritt Schuschniggs verlange. Ich gab dies an Schuschnigg weiter mit dem obengeschilderten Gefuehl, ein Telefonfraeulein zu sein. Nun wollte Schuschnigg auf die erste Forderung eingehen. Ich sprach darueber mit Schmidt und Fernatto. Ich hielt diesen Schritt fuer verspaetet, der Tonfall im Telefongespraech Goerings war zu deutlich. Tatsaechlich kam aus Berlin die Ablehnung und die Forderung, dass ich zum Bundeskanzler zu ernennen sei. Ich hatte in Beisein Glaise nun eine Unterredung mit Schuschnigg.
Sie hat uns alle sehr bewegt. Waren wir auch in den letzten Tagen politisch auseinander gekommen, die angewandte Methode passte uns allen nicht. Ich musste betonen, dass nach meinem Dafuerhalten, Berlin auf der Rueecktrittsforderung bestehen werde, Ahnungen eines neuen militaerischen Konflikts tauchten auf. Schuschnigg wollte hierzu keine Veranlassung bieten und erklaerte, dem Bundespraesident seine Demmision zu geben. Ich verspuerte unter solchen Umstaenden keine Lust, sein Nachfolger zu werden, und gab dem auch Ausdruck. Wir schieden mit Haendedruck. Ich selbst erklaerte, mich an den weiteren Verhandlungen, zumal es sich um meine Person drehe, nicht beteiligen zu wollen. Ich habe dies auch trotz wiederholter Aufforderung aus

H3291 - 0053

(Seite 38 des Originals, Forts.)

Berlin und durch die oesterr. Nationalsozialisten nicht getan, sondern das Bundeskanzleramt verlassen. Darob

(Seite 39 des Originals)

wurden mir spaeter schwere Vorwuerfe gemacht, besonders Buerkel nuetzte dies aus, uns die Notwendigkeit seiner Funktion als Reichskommissar fuer die Wiedervereinigung zu beguenstigen. Ich glaube dennoch richtig gehandelt zu haben. Ich ging durch die Strassen Wiens. Die Agitation fuer die kommende Abstimmung war im vollen Gang, auf den Gehsteigen viele Nationalsozialisten mit Hackenkreuz. Die Polizei hatte die Ordnung in der Hand. Ich trank in einem Cafehaus einen Kaffee und begab mich in meine Rechtsanwaltskanzlei. Hier wurde nur von Berlin mitgeteilt, ich solle ins Bundeskanzleramt gehen, die Sache betreiben. Ich lehnte ab. Lange Zeit spaeter wurde aus dem Bundeskanzleramt aufgerufen, Keppler waere im Flugzeug angekommen, ich solle doch hinkommen. Dieser Aufforderung folgte ich, Keppler zu orientieren. Seinen Vorschlag mit ihm zu Miklas zu gehen, lehnte ich ab. Ich hielt mich im Saeulensaal vor dem Arbeitszimmer Schuschniggs auf. Miklas zoegerte die Demission Schuschniggs anzunehmen. Das Angebot war aber inzwischen im Rundfunk bekannt gegeben worden. Jetzt kamen Schmid und Fernatto zu mir, wir unterhielten uns laenger und wiederholt ueber die Lage. Beide erklaerten, es sei ganz klar, dass Berlin Schlussmachen wolle und werde. Das "oesterreichische System" werde liquidiert werden, darueber seien sich alle auch Schuschnigg im Klaren. Es sei das Beste, ich nehme die Funktion des Bundeskanzlers an. Dies garantiere vor allem den legalen

H3291 - 0054

(Seite 39 des Originals, Forts.)

Ablauf, was ausserpolitisch wichtig sei und gebe die Hoffnung, das die Sache halbwegs ertraeglich von statten gehen werde. An der ersteren Sache war auch mir sehr viel besser alles gelegen - ich hatte den Juliputsch 1934 in Erinnerung - zur zweiten Sache war ich nach den Erfahrungen der letzten Tage etwas skeptisch. Ich erklaerte, die Dinge an mich heran kommen

(Seite 40 des Originals)

zu lassen. Nach wiederholten Vorstellungen seitens Schmid und Fernatto wurde beilaeufig eroertert, wen man in so ein Ministerium hineinnehmen koenne. Ich verwies von mir aus auf Strübl der als St.Sch.f.d. Sicherheitswesen bleiben solle. Keppler hatte mir den Entwurf eines Telegramms gezeigt - eine Andeutung befand sich schon im Hitlerbrief, die ich als fuer mich vollkommen gegenstandlos nicht bearbeitete - in welchem ich als "provisorische Regierung" und zwar wegen ausgebrochener oder zu erwartender inneren Unruhen um den Einmarsch deutscher Truppen bitten sollte. Ich erklaerte Keppler, dass dies genau das Entgegengesetzte meiner Ansicht und Aufgabe sei. Ich befasse mich vom Anfang an mit allen diesen Dingen, um die Einhaltung eines politischen also legalen Weges auch in der Frage des Anschlusses, die ja hiermit aufgeworfen sei, zu unterstuetzen. Eine provisorische Regierung sei niemals eine legale Regierung, und die oeffentliche Behauptung von Unruhen, die es gar nicht gebe, wuerden die Annahme zu lassen, dass gegen die Entwicklung so starke Kraefte stuenden, dass es sogar zu Unruhen komme. Keppler trat wiederholt an mich heran. Ich bat ihn, die Dinge doch abzu-

H3291 - 0055

(Seite 40 des Originals, Forts.)

warten. Eine militaerische Aktion sei politisch falsch, auch unnuetz, die Dinge seien fuer die vaterlaendische Front nicht mehr zu halten. Es duerfte etwa 6 h abends gewesen sein, ich stand gerade im Vorzimmer, da kam Keppler wieder zu mir und sagte, Berlin draenge. Ich wurde gerade zu einer Ruecksprache glaublich mit Schmid in ein Zimmer gebeten. Keppler sagte, was soll ich tun, oder was soll ich Berlin sagen. Ich antwortete, "Sie kennen meine Stellungsnahme, machen Sie, was sie wollen". Ich habe uebrigens im Laufe des Abends von diesem Telegramm nicht mehr gehoert und wurde auch von niemanden daraufhin angesprochen. Die Dinge waren ja offenbar beschlossen. Uebrigens war auch der Ruecktritt Schuschniggs eine beschlossene Sache, ebenso

(Seite 41 des Originals)

die Nichtbetrauung Enders, christlich soz. Fuehrer aus Voralberg, in dessen Ministerium nach einer Idee Miklas ich als Vizekanzler eintreten sollte. Eine unter anderen Umstaenden moegliche Idee, da ich Ender sehr schaetzte. Er wurde spaeter verhaftet, ich habe mich fuer seine Entlassung energisch eingesetzt. Entscheidend war die Erklaerung Strubls, dass er fuer einen Einsatz der Polizei gegen die Nationalsozialisten nicht mehr garantieren koenne, in Wien hatten Polizisten in groesserer Zahl bereits Hackenkreuzbinden angelegt. Auch General Schoelhasski soll erklaert haben, dass ein erfolgreicher Einsatz des Bundesheeres unsicher sei. Wie ich spaeter erfuhr, es bestaetigt aber meine Ansicht von der Ueberfluessigkeit des Einmarsches in dieser Situation, haben ebenso in den Bundeslaendern Polizei und sonstige

H3291 - 0056

(Seite 41 des Originals, Forts.)

Verwaltung sich fuer die Nationalsozialisten erklaert und ueberall waren nationalsozialistische Fuehrer in den Landesregierungen erschienen und uebernahmen tatsaechlich Funktionen. Einen Vorfall besprach ich mit Strubl, etwa um 8h abends , er meinte, dass es nirgends zu Zusammenstoessen gekommen sei, es sei,auch kaum etwas zu machen, das Einzige und Beste waere, dass ueberhaupt jemand befehle, dass die Ordnung aufrecht erhalten sei, und das geschehe. In den Abendstunden hatte man den Eindruck, Miklas und Schuschnigg warteten auf ein Ereignis, um den Ruecktritt der Regierung Schuschniggs zu motivieren und in's Rollen zu bringen. Offenbar wartete man auf den Einmarsch der deutschen Truppen. Um etwa ½8 Uhr erschien Strubl mit der Meldung eines Grenzpolizeipostens, deutsche Truppen haetten die Grenze ueberschritten. Ich hatte das Gefuehl, alles sagt "na also" und der vorbereitete Abschiedsakt kam in Gang. Tatsaechlich erfolgte der Einmarsch um ½12 Uhr nachts. Schuschnigg hielt seine bekannte Rede. Kaum hatte er geendet, kamen verschiedene Herren zu mir, darunter Schuschniggs politischer Sekretaer, ich glaube auch Schmid und drangen in mich, ans Mikrophon zu gehen und mitzuteilen , dass

(Seite 42 des Originals)

ich als Innen- und Sicherheitsminister weiterhin fuer Ruhe und Ordnung Sorge. Es waere sonst zu besorgen, dass alles drunter und drueber gehe. Ich ueberlegte, dass auch ein im Zustand der Demission befindlicher Minister fuer sein Ressort bis zur Ernennung des Nachfolgers verantwortlich sei, wenn nicht vom Staatsoberhaupt eine andere Verfuegung getroffen werde. Auch war die Demission

H3291-0057

der Gesamtregierung nicht besprochen worden. Ich habe daraufhin meine ebenfalls bekannte Rundfunkrede mit der Aufforderung zur Haltung der Ordnung gehalten. Nun ernannte mich Miklas zum Bundeskanzler, bis dahin hatte ich fuer diese Sache nicht einen Finger geruehrt. Wer sollte es auch werden? Ich erinnere an die Gespraeche mit Schmid und Fernatto. Es handelte sich jetzt noch darum, das Ministerium zu ernennen. Ich orientierte mich bei meinen Mitarbeitern. Miklas , Schuschnigg und die noch anwesenden fruehren Minister hatten sich in den kleinen Ministerratssaal begeben. Als ich hoerte, dass Nationalsozialisten mit Hackenkreuzbinden sich ebenfalls dahin begaben, ordnete ich die Raeumung des Raumes von denselben an und stellte Boten des Bundesheeres vor dem Raum auf. Ich begab mich selbst in den Raum. Bei der Ernennung des Ministeriums unterstuetzte mich Schuschnigg. Er sah meine Liste durch, fand sie brauchbar und riet Miklas, sie zu akzentieren. Dies geschah, die Vereidigung sollte am naechsten Tag stattfinden. Ich habe nun Schuschnigg eingeladen, ihn in meinem Wagen nach Hause zu bringen. Die Strassen waren mit Menschen ueberfuellt, man konnte und durfte einen Ausbruch der Leidenschaften bei Aussenseitern nicht ausseracht lassen. Schuschnigg und die Frauenschaftsleiterin der vaterlaendischen Front nahmen im Fond Platz. Ich setzte mich im geschlossenen Wagen vor beide auf den Notsitz. Ich brachte beide unbehelligt in ihre Wohnung. Um Schuschnigg habe

H3291 - 0058

(Seite 43 des Originals)

ich mich auch weiterhin gekuemmert. Gesucht habe ich ihn nicht, ich machte bald die Erfahrung, dass meine Interventionen fuer jemanden von der Sicherheitspolizei (Heidrich) mit Misstrauen aufgenommen werden. Ich habe Schuschnigg durch meinen Mitarbeiter Dr. Wimmer besuchen lassen. Uebrigens hat sich Goering um ihn gekuemmert und zur Verwirklichung seiner Heiratsplaene beigetragen. Dreimal konnte ich noch direkt eingreifen. Nach der Protektoratssache kam Hitler nach Wien. Er sprach mich auf Schuschnigg an. Ich erklaerte ihm, dass ich fuer einen Prozess gegen Schuschnigg, der geplant war, keine Grundlagen sehe, da dieser aus einer verfehlten politischen Einstellung oder sonst im Aufgabenkreis seiner Funktion gehandelt habe, die politische Einstellung an sich aber nicht den Grund fuer eine Anklage abgeben koenne. Hitler sagte damals nichts. Kurz darauf teilte mir Buerkel, nicht ohne gehaessige Bemerkung mit, das Verfahren gegen "Ihren Freund" Schuschnigg findet nicht statt. Am 1. Feber dieses Jahres (1945) befand ich mich zum Vortrag in Berlin. Ich wartete in einem Vorraum des Fuehrerbunkers. Da kam der Chef der Sicherheitspolizei Dr. Kaltenbrunner, trat auf mich zu und sagte, er muesse dem Fuehrer einen Vorschlag fuer Schuschnigg machen. Dieser sei in Sachsenhausen, das Lager muesse geraeumt werden. Ich sagte Kaltenbrunner, man solle Schuschnigg nach Sueddeutschland bringen und wenn die Amerikaner das Lager ueberrollen, solle man ihn darinlassen. Schuschnigg werde niemals etwas gegen Deutschland tun. Kaltenbrunner erklaerte, er werde diesen Vorschlag machen und sich hierbei auf mich berufen. Wie

(Seite 43 des Originals - Forts.)

ich hoere, ist es auch so geschehen. In der Nacht kam Himmler mit dem Flugzeug nach Wien, er wurde von Kaltenbrunner empfangen, den auch ich fuer eine Polizeifunktion in Aussicht genommen hatte, da er sich mir gegenueber immer loyal gezeigt hatte.

Am 12. Maerz frueh rief ich Hitler an. Ich sprach vom Einmarsch der deutschen Truppen und meinte es waere besser, dies als eine

(Seite 44 des Originals)

gemeinsame und gegenseitige Aktion zu machen, wenn sie von oesterreichischer Seite auch nur den Charakter einer Geste haben koenne, um zu zeigen, dass von jetzt ab die Deutschen beider Staaten zusammengehoeren wuerden. Hitler stimmte zu. Daraufhin sind einzelne oesterreichische Truppen in einigen deutschen Staedten marschiert. Ich hatte sodann eine Unterredung mit Miklas. Das Gespraech mit Hitler teilte ich ihm mit, auch dass letzterer mich ersucht habe, nach Linz zu kommen, er wolle mit dem Wagen heute hinfahren. In dieser Unterredung waren wir uns beide im Klaren, dass der augenblickliche Zustand ein Uebergangszustand sei, dessen endgueltige Gestaltung wohl von der Entscheidung Hitlers abhaengen werde. Die Moeglichkeit baldiger staatsrechtlicher Folgerungen wurde erwaehnt, die Vermeidung aussergesetzlicher Massnahmen im Hinblick auf aussenpolitische Schwierigkeiten als wuenschenswert bezeichnet. Nachmittags flog ich mit Himmler nach Linz und fuhr Hitler entgegen. Gegen Abend fuhr Hitler in Linz ein. Ich habe noch niemals und niemehr wieder so eine Begeisterung erlebt. Der Empfang war

H3291 - 0059

H3291 - 0060

(Seite 44 des Originals + Fortsetzung)

spontan und einzigartig. In meiner Begruessung erklaerte ich den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain fuer nicht verbindlich. Er enthielt das Anschlussverbot. Dieses war ein offener Widerspruch zu dem von Praes. Woodrow Wilson verhinderten Selbstbestimmungsrechtes als Grundlage des kuenftigen Friedens. Es war besonders fuer Oesterreich in jeder Beziehung ein Unrecht. Die Unterbindung des Anschlusses hat einen wesentlichen Anteil Schuld an der Entwicklung, wie sie Mitteleuropa seit 1918 genommen hat. Ich habe das Unrecht immer oeffentlich behauptet, als Staatsrat auch als Minister

(Seite 45 des Originals)

in der im Rundfunk uebertragenen Rede in Linz. Meine Erklaerung war: Ich sehe in der Unabhaengigkeit und Selbststaendigkeit Oesterreichs das Recht der Deutschen, selbst zu bestimmen, ob sie sich mit dem Reich zusammenschliessen wollen. Nach der Kundgebung zog sich Hitler zurueck. Er sagte mir zu, sofort nach Wien zu kommen, um die weitere Entwicklung zu besprechen. Eine Andeutung machte er nicht. Die allgemeinen, wirklich ueberwaeltigenden Kundgebungen in allen Teilen Oesterreichs und in allen Bevoelkerungsschichten erfolgten unter der Parole: Ein Volk, ein Reich, ein Fuehrer. Ich glaube, dass Hitler den Entschluss des folgenden Tages unter diesem Eindruck gefaellt hat. Ich fuhr noch in der Nacht von Linz nach Wien mit dem Wagen zurueck.

Am 13. Maerz fruehmeldete sich Strubl bei mir und bat mich, ihm den Reucktritt und das Ausscheiden aus dem aktiven Polizeidienst zu genehmigen. Ich habe Strubl vor Augen gehalten, dass er von mir mit Zustimmung des Bundespraesidenten in

H3291 - 0061

(Seite 45 des Originals - Forts.)

mein Ministerium berufen worden sei und doch er mein Vertrauen habe.-Strubl hat sich auch durchaus loyal gehalten und als Fachmann bewaehrt.- Ich sei nicht geneigt, mir meine Maenner wegnehmen zu lassen. Strubl bat eindringlich, seinem Wunsch zu willfahren. Er deutete seinen Entschluss als Ergebnis einer Aussprache mit Himmler an. Ich nehme an, dass Himmler ihm den voraussichtlichen Ablauf der Dinge angedeutet habe - Strubl sagte davon aber nichts - und die Folgen, die er als der verhasstetste Mannbei den Nazis zu erwarten habe. Ich hatte das Empfinden, dass es um das persoenliche Wohl dieses Mannes gehe und er nicht mehr die Energie zur Handhabung seiner Funktion besitze. Ich genehmigte alle seine Wuensche. In der Folge wurde ich wiederholt gedraengt, gegen Strubl ein Verfahren einzuleiten oder doch wenigstens seine Pension zu streichen. Ich habe das abgelehnt. Auf

(Seite 46 des Originals)

meine Intervention bei Himmler blieb es bei einer 25% Kuerzung, die mildeste Behandlung der prononcierten politischen Gegner. Ich habe Strubl spaeter einmal in Kassel getroffen, er erklaerte sich wohl zu fuehlen und zufrieden zu sein. Als Nachfolger Strubls kam unter den gegebenen Verhaeltnissen auch fuer mich nur Kaltenbrunner in Frage. Mein Vorschlag wurde vom Bundespraesidenten genehmigt, Kaltenbrunner als St.Sekr.f.d.Sicherwesen vereidigt. Bei diesem Anlass hatte ich wieder eine Unterredung mit Miklas. Fuer uns beide zeichnete sich das Bild immer deutlicher ab, die Ereignisse werden auch staatspolitische Folgen haben. Ich glaube es war schon in diesem Augenblick Miklas, der darauf verwies,

H3291 - 0062

(Seite 46 des Originals - Forts.)

dass die Verfassung die Moeglichkeit eines starken Ablaufes biete, er werde kein Hindernis sein. Gegen Mittag kam St.Sek. Stuchart aus Linz mit dem Flugzeug. Er brachte einen Entwurf fuer ein Wiedervereinigungsgesetz Oesterreich-Deutschland mit dem Wunsch des Fuhrers um eheste Durchfuehrung. Dies waere die richtige Klarstellung des Falles und die aussenpolitische Situation guenstig. Ribbentrop, der in London sei, haette berichtet, dass man dort die Sache sehr ruhig sehe und jeder legalen Entwicklung zustimmen werde. Ich glaube, dass mich mein Aussenminister DWolf in der gleichen Weise orientierte. Ich holte meine mir erreichbaren Freunde und Mitarbeiter heran und liess den Bundespraesident von Wolf informieren mit dem Beifuegen, dass ich ehestens zum Bericht kommen werde. Ich stelle fest, dass fuer uns alle das Bewusstsein vorherrschend war, dass der grosse von uns allen als Ziel gesehene Augenblick des Anschlusses gekommen war; die nicht abzustreitende Begeisterung in der oesterr. Bevoelkerung, mit der die deutschen Truppen und Hitler empfangen wurden, liessen erkennen, dass das Volk von dem gleichen Gedanken erfuellt war. Es konnte sich also nur darum handeln, zu pruefen, ob die gegenwaertige

(Seite 47 des Originals)

Lage Bedenken gegen die Durchfuehrung erwecken musste. Wir sahen die Dinge so: dass es zu einem engeren Verhaeltnis und einer weitgehenden Einflussnahme Deutschland-Oesterreich kommen werde war klar. Schon jetzt trafen andauernd Verbindungsmaenner der Berliner Zentralstellen ein, die sich mit den Ministerien und Aemtern in Oesterreich in Verbindung setzten. Es schien sicher besser, dass das Reich auch formal die volle

H3291 - 0063

(Seite 47 des Originals - Forts.)

Verantwortung uebernahm, wenn es auf jeden Fall den vollen Einfluss ausuebte. Wahrscheinlich werden auf diese Weise auch groessere Leistungen fuer Oesterreich zu erreichen sein - Tatsaechlich wurden die Arbeitslosen u. zw. ueber 600 000 Menschen in kuerzester Frist wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert- . Eine Weigerung, zu der ich mich falls nicht ausserordentliche Gruende z.B. Gefaehrdung des Reiches vorliegen, aus innerster Ueberzeugung nicht hatte entschliessen koennen, wuerde eine vollkommen verkrampfte Situation schaffen, die die Setzung vollendeter Tatsachen doch nicht verhindert aber allseits grösste Schwierigkeiten geschaffen haette. Auch der Hinweis des gewesenen Aussenministers Schmid vom 11., dass wir die Dinge im Interesse eines halbwegs guenstigen Ablaufes in der Hand behalten sollen, war nicht unbeachtlich. Die international Lage war gut, es drohte keine Verwicklung und die Voraussetzungen fuer eine legale Durchfuehrung ge eben. Zwar war die Sache nicht so gekommen, wie ich mir die Entwicklung vorgestellt hatte. Das haette sich alles einfacher, selbstverstaendlicher machen lassen, sozusagen als automatischer Ablauf einer ruhigen Entwicklung, aber es lagen keine Gruende vor, die uns das Recht, die Moeglichkeit und den Willen geben konnten, von der Erfuellung des innigsten nationalen Wunsches eines jeden Deutschen in Oesterreich abzugehen. Ich berief einen Ministerrat ein, nachdem mir D.Wolf mitgeteilt hatte, der Bundespraesident werde der Durchfuehrung keine Schwierigkeiten

H3291 - 0064

(Seite 48 des Originals.)

rigkeiten bereiten, er fahre inzwischen nach Hause und sehe dort meinem Besuch entgegen. Der inzwischen zusammengetretene Ministerrat genehmigt auf meinen Antrag den Gesetzentwurf, der inzwischen durch meine Rechtssetzungsabteilung einige Formulierungsaenderungen erhalten hatte. Die Abstimmung fuer 20. April war schon im 1. Entwurf vorgesehen. Nach der Verfassung vom 1. V. 1934 konnte jede auch staatsgrundgesetzliche Verfassungsaenderung vom Ministerrat mit Zustimmung des Bundespraesidenten beschlossen werden. Eine Abstimmung oder Bestaetigung durch das Volk war nirgends und in keinem Falle vorgesehen. Falls der Bundespraesident, aus welchem Anlass immer seine Funktion zurueecklegt oder dauernd nicht ausueben kann, gehen seine Befugnisse auf den Bundeskanzler ueber. Ich begab mich mit Dr Wolf zum Bundespraesidenten. Dieser erklaerte mir, dass er nicht wisse, ob die Entwicklung zum Wohl des oesterreichischen Volkes ausschlagen werde, er wolle aber dieser Entwicklung nicht entgegenstehen und zurueecktreten, worauf ja alle verfassungsmaessigen Rechte auf mich ueebergingen. Die Moeglichkeit meines Ruecktrittes oder meiner Entlassung wurden ganz kurz gestreift und der gegebenen Lage nach als in keiner Weise als zielfuehrend erkannt. - Ich bemerke in diesem Zusammenhang, dass wie ich spaeter erfuhr, auch fuer eine Militaerverwaltung insofern vorgesorgt war, als ein reichsdeutscher Chef der Zivilverwaltung bestellt war.

H3291 - 0065

(Seite 48 des Originals, Forts.)

Dieser stellte sich mir naemlich ein paar Tage spaeter mit der Bemerkung vor, er sei wohl ueberfluessig, was ich ihm bestaetigte. Er ist nicht in Funktion, kauf in Erscheinung getreten. - Ich wechselte mit dem Bundespraesidenten Schreiben, in denen unsere Absprache und sein Ruecktritt festgelegt waren. Hierauf begab ich mich im Wagen nach

(Seite 49 des Originals.)

Linz. Dort traf ich etwa um Mitternacht ein und meldete dem Fuehrer und Reichskanzler den Vollzug des Wiedervereinigungsgesetzes. Hitler war sehr bewegt. Es war lange still, Traenen rannen ihm ueber die Wangen. Schliesslich sagte er - anwesend waren Dr. Sch. Stuchart und mein Staatssekr. Dr. Wimmer - dass es ihm vor allem Genugtuung bereite, seine Heimat ohne Blutstropfen in das Reich gefuehrt zu haben. Er fuegte bei: ja richtiges politisches Handeln erspart Blut. Ich war der festen Meinung, dass dies der Grundsatz seines Handelns und seiner Staatsfuehrung sei. Nun trat ich vor und bat, da ja der Inhalt meines politischen Wollens erfuellt sei, mich zu entlassen und in den Rechtsanwaltsberuf zurueecktreten zu lassen. Hitler behielt sich die Entscheidung vor.

H3291 - 0066

DOCUMENT NO. 3254 PS.
- - - CONT'D. - - - - -

(Seite 49 des Originals,Forts.)

Der Vormittag des naechsten Tages war mit Besuchen aus dem Reich ausgefuellt. Der Fuehrer kam nachmittags nach Wien. Wie in allen Doerfern und Staedten standen die Menschen in tiefen Reihen gestaffelt und begruessten Hitler stuermisch. Stundenlang zogen sie am Hotel Imperial vorbei. Fachliches wurde nicht mehr eroertert. Am 15. war eine grosse Kundgebung am Wilhelmsplatz. Hier und auf der Ringstrasse waren sicher 500-600 000 Menschen versammelt. Die Begeisterung laesst sich nicht schildern. Ich holte den Fuehrer vom Hotel ab. Er erkundigte sich, wer sprechen werde. Als ich bemerkte, dass ich ihn begleiten werde,verlangte er das Konzept meiner Rede. Ich gab es ihm - der Wortlaut ist bekannt, er entsprach vollkommen meiner Stimmung. Hitler erklaerte sich einverstanden, gab mir das Konzept zurueck und sprach etwas zu seiner Umgebung

(Seite 50 des Originals.)

Ich glaube es waren Himmler, Frick vielleicht Lammers und andere anwesend. Nachtraeglich sagte man mir, er habe seinen Entschluss geaendert, mich zum Reichsstatthalter zu machen. Als wir auf der Rednerplattform standen, liess er durch den Sprecher aussagen: Es spricht der Reichsstatthalter von Oesterreich. Dr. Seyss Inquart. Nachmittags nach einem Vorbeimarsch der Truppen in oesterr. und deutscher Uniform.

H3291 - 0067

(Seite 50 des Originals, Forts.)

verliess der Fuehrer Wien im Flugzeug. Ich war Chef der zivilen Verwaltung.

In der Folge gingen die Einflussnahmen aus dem Reich stark ueberquer. Buerckel setzte sich immer mehr durch. Er bekam die Partei und damit die gesamte Politik, einschliesslich Presse, Propaganda, Kirchen- und Jugendfragen u.s.w. Schliesslich wurde er Reichskommissar fuer die Wiedervereinigung. Ich war ihm zwar nicht persoenlich unterstellt, aber in allen Dingen der Wiedervereinigung an seine Weisungen gebunden. Die Sache lief so, dass die Reichszentralstellen sich an Buerkel bezw. dessen Stab wandten, die sich die oesterr. Fachreferenten heranholten. Mir blieb die laufende Verwaltung als zweite Instanz. Ich musste meinen Einfluss auf die Angleichung ueber Buerckel wahrnehmen. Seine Entscheidungen waren nicht von sachlichen sondern politischen Gesichtspunkten - wie er sie verstand - bestimmt, also je nachdem ob er in Berlin oder in Oesterreich Eindruck machen wollte. Am 18. April habe ich die Dinge in Gegenwart Buerckels in Graz vor dem Fuehrer zur Sprache gebracht und verwies auf die unguenstige Ausweitung dieser Methoden. Nach laengerer Aussprache gab Hitler mir recht und sagte zu Buerckel

H3291 - 0068

(Seite 51 des Originals.)

"Auf diese Weise wuerde sich die Anschlussfreudigkeit der Oesterreicher bald in eine Reichsmuedigkeit verwandeln." Es aenderte sich aber nicht viel. An den Fuehrer kam ich immer naeher heran. Hier wirkten offenbar Buerckel und Heidrich, die sich sonst nicht so gut verstanden.

Mich bedrueckte diese Gleichschaltung nicht auf lange Sicht. Ich war ueberzeugt, dass sich die spezifierten oesterreichischen Eigenheiten und Faehigkeiten mit der Zeit durchsetzen werden. Tatsaechlich wurden im Verlauf des Krieges -obwohl doch dieses fuer eine Verwaltungsaufbauarbeit nicht geeignet war,- manches an oesterreichischen Einrichtungen, was zuerst vor der Reichsregierung zuruecktreten musste, wieder und nun im ganzen Reich eingefuehrt. Z.B. auf dem Gebiet der Sozialversicherung,im Schulwesen u.s.w.
fuer diesen Entwicklungsprozess haette es einer friedlichen Aufbauzeit bedurft. Ich glaubte dass Hitler sein Bekenntnis ausgesprochen hatte, als er am 15. Maerz auf dem Heldenplatz verkuendete, dass er mit der Heimfuehrung Oesterreichs die groesste Vollzugsmeldung seines Lebens erstatte. Offenbar wollte er spaeter noch groessere erstatten.

Die Wahl am 20. April erbrachte praktisch die Einstimmigkeit des Anschlusswillens Oesterreichs. Zu behaupten, das waere damals nicht der Wille der oesterr. Bevoelkerung ge-

H3291 - 0069

(Seite 51 des Originals, Forts.)

wesen, ist ebenso einfach und billig, wie falsch. Es waren genuegend neutrale Beobachter im Lande, um das Gegenteil zu bezeugen. Das Wahlverfahren, Listen, Kommissionen und Abstimmung waren vollkommen verfassungsmaessig, die Wahl frei und geheim. In den Kommissionen sassen nicht nur "alte Kaempfer", sondern auch staatliche und oeffentliche Beamte. Buerckel hatte am

(Seite 52 des Originals,)

18 April - ich befand mich auf der Fahrt von Innsbruck nach Graz - den Auftrag gegeben, dass die Partei die Wahlresultate sammeln solle und ihm zuerst zu melden habe. Als ich das am 19. erfuhr, habe ich den sofortigen Widerruf dieser Anordnung verlangt, da ich sonst dem Fuehrer gegenueber jede Verantwortung fuer eine ordnungsgemaesse Durchfuehrung ablehnen wuerde. Buerckel widerrief. Es mag sein, dass bei Entscheidungen ueber die Gueltigkeit eines Wahlzettels u.s.w. diese zugunsten der Partei und des Auslandes erfolgten. Dies kann kaum wenige Prozente ausmachen. Richtig ist dass jede offizielle Gegenpropaganda fehlte und die eigene Propaganda - sagen wir- ueberwaeltigend war. Auch die hoehere Geistlichkeit trat mit einem positiven Aufruf hervor. Die Deutschen Oesterreichs haben ihre Stimme weniger nach parteipolitischen

H3291 - 0070

DOCUMENT NO-3254 PS.
- - - - CONT'D. - - - -

(Seite 52 des Originals, Forts.)

Ueberlegungen abgegeben, sondern nach dem Ruf ihres Herzens. Dieser wird immer wieder laut werden. Die Wiedervereinigung ist voelkerrechtlich und international anerkannt worden, die Vorgaenge des Maerz 1938 sind daher ein abgeschlossener und anerkannter Tatbestand.

Abschliessend will ich noch einmal erwaegen, ob damals eine andere Loesung der oesterr. Frage moeglich gewesen waere. Ich komme auch heute zu dem Schluss, dass nicht im schliesslichen Endziel aber in den Methoden und Zeitmassen nur mein Plan eine Aussicht gehabt haette, wenn die oesterreichische Staatsfuehrung ueberhaupt an eine Loesung in die Richtung der nationalen Opposition gedacht hat. Das hat sie aber auf ihre Verantwortung getan.

(Seite 53 des Originals.)

Die Heranziehung meiner Person hatte gar keinen anderen Zweck. Ich selbst habe immer mit offenen Karten gespielt. Schuschnigg wird sich durch mich nie getaeuscht gefuehlt haben. Dass es zu meiner Loesung nicht kam, lag wohl daran, dass die vaterlaendische Front also der oesterreichische Klerikalismus dem unter der verhassten nat.soz. Fuehrung stehenden Reich nicht die Vorteile und Hilfen eines an der Seite des Reiches gehenden Oesterreich geben wollte und dass Hitler dem ihm verhassten oesterr. Klerikalismus nicht durch seine Zusage das politische Bestehen sichern wollte. Mich haben beide Erwaegungen nicht gestoert,

H3291 - 0071

(Seite 53 des Originals. Forts.)

ich dachte an das gesamt deutsche Interesse. Als der Anschluss vollzogen war, war ich von tiefer Dankbarkeit dem Fuehrer gegenueber erfuellt.

Mein eigenes Verhalten noch einmal pruefend, bekenne ich, dass mein Denken und Handeln von einer Grundkomponente erfuellt war, meinem gesamtdeutschen Fuehlen, das durch vernuenftiges, spannungenloesendes politisches Handeln realisiert werden sollte, um eine Streitfrage aus der Welt zu schaffen, nicht eine neue zu setzen. Dass ich einmal begonnenes Werk nicht im Stich lassen wollte, ist auch begreiflich. Dass zur Durchfuehrung Energie gehoert, lehrte mich die enttaeuschende Erfahrung aus der Behandlung dieser Frage durch die Westmaechte. Ich war von der Moeglichkeit meines Planes ueberzeugt. Die Legalitaet des Schlussaktes war gegeben.

(Seite 54 des Originals.)

Spielte auch ein Geltungsbeduerfnis mit ? Wer ist nicht doch auch ehrgeizig,? es sei denn, er kommt als Weiser auf die Welt oder hat grosse und schwere Erfahrungen hinter sich. Ich bin nicht als ein Weiser geboren worden und die Zeit der schwersten Erfahrungen stand fuer mich und jeden Deutschen erst bevor. Ich glaube aber sagen zu koennen, dass ein Geltungsbeduernis niemals das Bewusstsein meiner Verantwortung ueberwogen hat.

H3291 - 0072

DOCUMENT NO. 3254 PS.
- - - - CONT'D. - - - -

(Seite 54 des Originals, Fortsetzung.)

So habe ich die Zeit vom Juli 1934 bis Maerz 1938 geschildert, soweit sie mir bekannt ist. Ich habe diese Darlegungen ohne Zuhilfenahme schriftlicher Aufzeichnungen oder anderer Erinnerungsbehelfe aus dem Gedaechtnis machen muessen. Sie werden daher notwendigerweise luckenhaft sein, sie wurden aber nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

Nuernberg, 9.9.45 gez. Seyss-Inquart.

" A CERTIFIED TRUE COPY "
- 69 -
E N D.

Seyss Inquart

H3291 – 0073

3 z 54-55

1

Die österreichische Frage 1934-1938.

54 Seiten

Um für die Ausführungen in dieser Schrift besseres Verständnis zu finden, verweise ich vor allem auf meine unter einem vorgelegte Denkschrift „Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" im folgenden kurz Denkschrift genannt. In dieser habe ich die historischen Grundlagen der Anschlussidee (Doch S. 3-6), die psychologischen Voraussetzungen und Bereitschaften der Deutschen in Österreich für den Anschluss (Doch S. 8-15) und die Entwicklungen und Spannungen, die sich aus der Unterbindung des Anschlusswillens ergaben (Doch S. 7-9), dargelegt. Ich habe überdies die Gründe und Folgen geschildert, die zum Zusammenstoss zwischen dem autoritären Dollfussregime und der sozialdemokratischen Partei führten (Doch S. 17-18) sowie die Verhältnisse, die zum Juliputsch 1934 drängten, kurz gestreift (Doch S. 18 u. 19).

Dem Juliputsch lag – wie ich aus späteren gelegentlichen Äusserungen entnahm, man sprach über diesen Misserfolg nicht gerne – offenbar die Absicht zu grunde, sich der österreichischen Regierung während eines Ministerrates zu bemächtigen, zur Abdankung zu zwingen und eine Regierung Rintelen mit überwiegend nat.-soz. Einfluss

durch-

095360

durchzusetzen. Eine Mordabsicht gegen Dollfuß konnte in diesem Plan nicht gelegen sein. Ich hatte 8 Tage vor dem Putsch eine Unterredung mit Dollfuß. Ich kannte aber aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der wir beide als aus dem Feld zurückgekehrte Offiziere an Bestrebungen mitwirkten, die österreichischen Christlichsozialen und Nationalen auf einer Plattform zu einigen. Seither hatte ich mich um Politik nicht gekümmert; war aber Leitungsmitglied einer überparteilichen Anschlußorganisation „österr. deutscher Volksbund", dessen Obmann mein Kriegskamerad und Freund Dr Neubacher war. Die Verfechtung der Anschlußidee durch die Nationalsozialisten und der reichsfeindliche Kurs – so wurde er jedenfalls in nationalen Kreisen aufgefaßt – der österr. Regierung hielt mich auf der nat. soz. Partei sympathisieren. Ich unterstützte sie mit Geld (20 S monatlich und einmal 100 S) trat ihr aber nicht bei, weil ich die Bindung als Parteimitglied nicht auf mich nehmen wollte. Ich war niemals Mitglied einer Partei, als Staatsrat gehörte ich der vaterländischen Front an, mit 13. März 1938 wurde ich in die N.S.D.A.P. aufgenommen. Zu führenden Männern der nat. soz. politischen

A 095361

H3291 – 0074

oder Organisation hatte ich keine Beziehungen, ich
kannte von meinem Beruf (Rechtsanwalt) hier Dr Wäch-
ter u. Dr Ettinghausen u.s.w. Dollfuß hatte mich kommen
lassen, um die Frage einer Aktivierung der bürgerlichen
Nationalen offenbar als eine Art Gegengewicht gegen
die Nationalsozialisten zu besprechen. Ich mußte Doll-
fuß sagen, daß die alten nationalen Politiker keine
Anhängerschaft mehr hätten, sozusagen alles richte
sich nach den Nazis; es wäre zu empfehlen, sich mit
Hitler ins Ein vernehmen zu sehen. Ein brauchbares
Übereinkommen mit diesem biete allein Gewähr, ins
nationale oder nat soz Lager Ordnung zu bringen.
Dollfuß war bedenklich, stellte weitere Besprechun-
gen in Aussicht, doch dazu kam es nicht. Ich reiste
im Sommerurlaub in meine Heimat (Hannern bei
Iglau) und erhielt übern Rundfunk die Nachrich-
ten vom Bundeskanzlerputsch. Zwei Tage später
fuhr ich nach Wien.

Die Auswirkung des Putsches war die voll-
kommene Katastrophe im nat soz Lager. Die Parteimit-
glieder nicht nur die Führer waren, soweit sich nicht geflüchtet
waren, verhaftet worden, die Beschlagnahme des Vermögens
angekündigt, der bis zu militärischen Aktionen reichende

Aufstand

H3291 – 0075

A 095362

3264-55

Aufstand in Steiermark, Kärnten und Oberoesterreich hatte Opfer gekostet, die politische Führung durch die Nazi schwerstens kompromittiert und vor allem außenpolitisch eine höchst gefährlich scheinende Situation entstanden. Die Anschlußidee hatte jedenfalls einen gewaltigen Rückschlag erlitten. Über diese Wirkung war ich mir mit Dr Neubacher einig und wir hatten den Wunsch zur Entspannung beizutragen. Aus dieser Situation heraus fühlte ich mich gedrängt, mich über die Anschlußfrage hinaus mit Politik zu beschäftigen.

2. Damals ist Ing Rheintaller, Bauernführer in Oberoesterreich mit einer Befriedungsaktion aufgetreten. Er soll, um ~~mit~~ gegen die Partei im Reich abgedeckt zu sein, eine mittelbare Zustimmung Hess's erhalten haben. Rheintaller wurde, wie ich glaube, von Dr Schuschnigg, der inzwischen Bundeskanzler geworden war, empfangen. Mit Rheintaller arbeitete der ehemalige nationale Landtagsabgeordnete Langoth in Linz zusammen. Dr Neubacher und ich nahmen mit diesem Kreis die Fühlung auf und trafen noch einige andere Männer, deren Namen mir entfallen sind, sie spielten später keine besondere Rolle. Nach einiger Zeit stieß der Linzer Rechtsanwaltsanwärter Dr Rattenbrunner zu diesem Kreis. Von ihm hieß es, er wäre SS kann gewesen. Die Haupttätigkeit bestand darin, ein Hilfswerk für die bedürftigen Familien der verhafteten oder verurteilten

A 095363
H3291 – 0076

325485

urteilten Nazi in die Wege zu leiten. Die Regierung duldete, 5
schließlich genehmigte dieses Werk, obwohl sie wußte, daß
die Gelder hauptsächlich aus dem Reich kamen, weil
wie Fernatto, der spätere Generalsekretär der vaterl. Front
mir sagte, man hier wisse, wo die Gelder hinkommen
und eine solche Hilfsaktion psychologisch und daher
politisch außerordentlich entspannend wirke. Zu
Langolle, dem Leiter, hatte man Vertrauen, mit Recht.
Politisch handelte es sich darum, für die national-
das war in diesem Zeitpunkt schon nationalsozialistisch
eingestellte Bevölkerung Österreichs eine Betätigungs-
möglichkeit und Plattform zu schaffen. Schuschnigg
schien nicht abgeneigt, da er offenbar die schmale Basis
der vaterl. Front zwischen rot (Sozdem) und braun (Nazi)
fühlte und die Hoch- u. Spannungsmomente seit Juli 1934.
Auch begann die außenpolitische Abdeckung (Italien)
schwächer zu werden. Damals trat der Direktor des
2 Militärarchiv Oberst v. Gleise-Horstenau als Mittler in
Erscheinung. Er verhinderte die Auflösung einer Reihe natio-
2 naler Vereine z. B. Deutscher Klub - eine mehr gesellschaftliche
2 Angelegenheit unter Mlle v. Bardolff, zugleich Vorsitzender
des deutschen Volksrates, einer Dachorganisation für die
nicht parteimäßigen nationalen Vereine z. B. Schul-
vereine. Gesangsvereine etc. Das Problem bestand darin,

095364

den

H3291 – 0077

den Nationalen bzw. Nationalsozialisten in Oesterreich
eine politische Betätigungsmöglichkeit zu geben, ohne daß
dieselbe sofort in organisatorische Abhängigkeit von der
Reichspartei geriet. Daß ideenmäßige Verbindungen vor-
handen blieben, konnte eher in Kauf genommen werden,
da dies bei den Sozialdemokraten u.s.w. auch der Fall ge-
wesen war. Schuschnigg konnte sich wie auch später nicht
dazu entschließen. Vielleicht sah er als parteimäßig und poli-
? tisch Außenstehender auch die Rasanz der Reichspartei besser.
Mit entsetzender Beruhigung sammelten sich die oesterr.
Nationalsozialisten wieder in einer illegalen Partei; die Or-
ganisation wurde nach altem Muster recht und schlecht
aufgezogen, wer aus dem Reich kam wurde als besonders
wissend und autorisiert angesehen. Das Hilfswerk San-
goth blieb außerhalb der Parteiorganisation. Aber auch
in Nazikreisen gab es Männer, die die absolute Abhängigkeit
vom Reich als politisch falsch betrachteten und eine selbst-
ständige oesterr. nat. soz. Partei anstrebten. Hiezu gehörte
vor allem Dr Rainer aus Kärnten, unter dessen Einfluß der
spätere, inzwischen verstorbene Gauleiter Klausner, auch Glo-
? botschnik tat mit, ob innerlich überzeugt ist fraglich, und
andere. Dr Neubacher beschäftigte sich stärker mit Politik
und trat mit den eigentlichen Parteikreisen in Verbindung,
hier hatte sich inzwischen der frühere Gauleiter von Nieder-
oesterreich Hptm Leopold – als Oberstl im Osten gefallen –
zum Landesleiter der oest. illegalen Partei durchgesetzt.

Die

H3291 – 0078

A 095365

die oesterr. Regierung hielt mit der Zeit die wiederstandene nat. soz. Parteiführung verhaften, auch Neubacher wurde verhaftet. Ich selbst trat mit der Partei nicht in Verbindung, weil ich diesen Weg für aussichtslos und nicht richtig hielt. So wurde die Spannung wieder größer, ähnelte der Situation vor dem Juli 1934, allerdings ohne die innenpolitischen Gefahren, da die oesterr. Nazi für terroristische Aktionen nicht mehr zu haben waren, wohl auch dank des zunehmenden Einflusses der Männer wie Klausner, Rainer u.s.w. Doch hatte sich die außenpolitische Situation geändert. Schuschnigg fühlte das Bedürfnis, das Verhältnis zum Reich zu normalisieren. Hiezu mußte er auch innenpolitisch entgegenkommen. Er hatte bestimmt mit großen Schwierigkeiten bei den radikalen Führern der vaterl. Front zu tun. Dies zu verstehen, muß der oesterreichische „Klerikalismus" kurz erläutert werden. Die oesterr. Bevölkerung unterschied zwischen der religiösen Glaubensausübung in der katholischen Kirche und der Beherrschung des öffentlichen Lebens durch die Kirche. Diese Unterscheidung geht auf eine jahrhunderte alte Erfahrung zurück. Anfang des 17. Jahrhunderts war Oesterreich zu 80% protestantisch. Es wurde durch Ferdinand d. II. mit Hilfe der Jesuiten unter Anwendung äußerste staatlicher Machtmittel rekatholisiert.

095366
H3291 – 0079

3 I 5 4 1 5 8.

rekatholisiert. Tausende von Familien mußten auswandern. Um nur auf einige wichtige Episoden zu verweisen: Kaiser Josef II. 1780-1790, „entklerikalisierte" das Land - als Parallelerscheinung zur beginnenden französischen Entwicklung - und schloß hunderte von Klöstern. Im Jahre 1854 herrschte wieder ein ausgesprochen klerikales Regime. Die Ehegesetzgebung und Rechtsprechung war der Kirche überlassen. In den 70 Jahren kam die liberale Ära mit ihren modernen Schulgesetzen u.s.w. Das Zollfußregime und die vaterländische Front wurden als klerikale Reaktion empfunden, worauf auch das Konkordat rücksichtlich der Ehrechtsfragen u.s.w. hinwies. Kämpfe zwischen klerikalen Parteien und Gegenbewegungen wurden, auch wenn geistliche Würdenträger einbezogen wurden, nicht als Glaubensangelegenheiten sondern als rein politische Auseinandersetzungen betrachtet. Deshalb befanden sich auf Seite der Nazi viele gläubige Katholiken, obwohl der höhere Klerus immer schärfer Stellung gegen den Nationalsozialismus nahm. In der vaterländischen Front und auf Schuschnigg als Staatsmann übten die klerikalen Kreise zweifellos einen großen Druck aus,

um

H3291 – 0080

A 095367

H3291 – 0081

jedes Entgegenkommen gegenüber den Nazi zu verhindern. Inzwischen war H. v. Papen in Tätigkeit getreten, er versuchte sicher alles, um das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich zu normalisieren. Da er nicht das Vertrauen der radikalen nat.soz. Führer im Reich hatte, tat er sich schwer und war innenpolitisch zurückhaltend. Ich weiß nicht, ob ich mit ihm vor dem Juli 1936 zusammengekommen bin. Ich hielt im wesentlichen mit Glaise-Horstenau Verbindung. Dieser teilte mir im Juli 1936 mit, daß ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossen werde, der innenpolitisch eine Entspannung – Amnestieenbringen werde und die Heranziehung der nationalen Opposition – offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten – zur Mitarbeit ankündige. Schuschnigg rechne auch mit meiner Mitarbeit. Den Wortlaut des Vertrages vom 11. Juli 1936 setze ich als bekannt voraus.

Abgesehen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen, ferner Amnestiezusagen u.s.w. enthält er den Satz (aus dem Gedächtnis zitiert): „Der Bundeskanzler nimmt in Aussicht, die nationale Opposition zur Mitarbeit heranzuziehen". Dieser Satz war der Kardinalpunkt der österr. Innenpolitik bis zum Abkommen vom 12. Feber 1938. Bundeskanzler Schuschnigg hat in dieser Zeit verschiedener Männer aus der nationalen Opposition empfangen, radikale

Vertreter

A 095368

Vertreter z. B. Septim Leopold – man nannte sie in vaterlandischen Kreisen die „Unentwegten" und sog. „besonnene Nationale". Zu letzteren wurde ich gezählt. Über die Auslegung des oben zitierten Gakes entstand im nat. soz. Lager eine grundsätzliche Meinungsdifferenz. Die Radikalen vertraten den Standpunkt, die österr. Regierung müsse die alte N.S.D.A.P. wieder zulassen, die sich inzwischen wieder aufzubauen begann. Die „Besonnenen", zu denen ich Rainer, Klammer etc. in unterschiedlicher Einstellung zählte, waren der Meinung, daß die Organisation und Form der Betätigung mit Schuschnigg abgestimmt werden bzw. von ihm akzeptiert werden müsse, daß sie aber jedenfalls in einer vom Reich organisatorisch selbstständigen Weise zu erfolgen habe. Auch andere offizielle österr. Politiker befaßten sich mit der Frage der nat. Opposition und ich habe Gründe zur Annahme, daß einzelne z. B. Neustädter Stürmer den Radikalen gewisse Hoffnungen machten, um sich gegenüber dem Schuschnigg-Block der vaterländischen Front einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen. Der österr. Sicherheit war nach und nach bedeutungslos geworden. In meinen Unterredungen mit Schuschnigg – öfters traf ich mit dem Gen. Sekr. der vaterl. Front Jernatto zusammen, dessen lebhafte, geistreiche manchmal vielleicht sogar etwas leichte Art der Konversation Schwierigkeiten leichter überwinden hilft – habe ich mit in mir selbst zunehmender Deutlichkeit den Standpunkt vertreten.

dort

A 095360

H3291 – 0082

D 2 54 P5

daß die Losung nur darin gesucht werden könne, daß den
österr. Nationalsozialisten ihre nat. soz. Betätigung in
legalen den österr. Verhältnissen entsprechenden Formen
und Methoden auszuüben erlaubt werden und einen Anteil
an der Regierung bekommen müsse, dafür müsse
Hitler die Selbstständigkeit dieser polit. Bewegung garan-
tieren ungeachtet der ideologischen Führung durch ihn als
Gründer der Bewegung. Hingegen werde Österreich in das
engste volkswirtschaftlich möglich Verhältnis zum Reich tre-
ten. Der Anschluß war also kein aktueller Programm-
punkt und vielleicht zurückgestellt. Mir und meinem Mit-
arbeiterkreis – und ich glaube auch H. v. Papen – schien es
nämlich weder notwendig noch wichtig zu sein, den An-
schluß zum Gegenstand einer aktuellen politischen Ab-
rede zu machen. Wir waren festüberzeugt, sobald eine
Bereinigung der innenpolitischen Schwierigkeiten und eine außen-
politische Entspannung eingetreten ist, entwickelt sich der
Anschluß schrittweise von selbst, politische und staats-
rechtliche Vereinbarungen werden nachher nur mehr einen
bereits eingetretenen Zustand festzustellen haben. Nach-
richten aus dem Ausland, deuteten an, daß gegen diese
Losung kein Einwand zu erwarten sei, im Gegenteil daß man
froh sein werde, diese leidige Frage schmerzlos beseitigt
zu wissen. Allerdings rückblickend kann heute gesagt wer-

095370

den.

H3291 – 0083

3254-PS

H3291 – 0084

095371

225/19

anderte nur wenig. K. hatte den Eindruck, er wolle sich nicht festlegen, bevor er nicht die Ansicht seiner Partei gehört habe. Die Radikalen nahmen gegen meine Politik wenig Stellung. Abgesehen davon, daß sie überhaupt den Tadel wollen gemildert erscheinen lassen, verwahrten sie sich auf das Entschiedenste gegen meine Hoffnungen, mit Hilfe der Sozialisten und Demokraten eine Regierung zu bilden. Stella Matutina in Feldkirch gewesen war - doch hat Philosophie studiert - und daß er mit Philosophie wenig zu tun hatte, spricht für sich, die nationalen Interessen vertreten wollte.

Im Rahmen meiner Reise eine Besprechung einzuschalten, war nicht möglich. Nippel, den ich darauf aufmerksam machte, sollte Bedenken gegen meine Pläne äußern, meinte, daß er sich nicht in Gegensatz zu seiner Partei stellen könne und auch dem Beitritt zu einer Regierung nicht sehr abgeneigt sei. Er versprach, sich mit Dr. Seipel in Verbindung zu setzen. Ich besuchte dann den „illegalen Sender" Dr. Seipel in Wien I, Bezirk, Tempelgasse 7, wo ich mich gegen 6 Uhr nachmittags einfand. Der Empfang war ein sehr kühler, Seipel ist bekanntlich ein sehr schwer zu durchschauender Mann, der sich darauf versteht, seine Gedanken zu verbergen. Er sagte mir, daß er mit der N.S.D.A.P. kommen werde und war wenig erfreut über meine Anregungen. Im großen und ganzen ist Seipel ein Gegner der Demokratie, das ist aber nicht das Schlimme, sondern daß er nicht imstande ist, starke Persönlichkeiten hervorzubringen. Es ist typisch, daß er im Rahmen der nationalen Front bei allen Plänen, die Regierung zu stützen, nur an eine Erweiterung der Regierung durch Heranziehung der nationalen Oppositionsparteien denkt. Er wendet sich gegen jede Neuwahl und ist mit dem Vorschlag, eine Kommission zur Prüfung der Verfassungsreform einzusetzen, die Zweckmäßigkeit der Heranziehung der nationalen Oppositionsparteien zu prüfen und dem Hohen Hause Vorschläge zu machen, während ich Ihm klarmachte, daß eine Verfassungsreform nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie von einer breiten Basis der nationalen Front getragen wird. Ich betonte, daß ich mich nicht als Exponent der Heimwehr, sondern als Vertreter der nationalen Front fühle und daß ich nicht gekommen sei, um Forderungen zu stellen, sondern um mit ihm über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung zu sprechen. Seipel erklärte, daß er sich nicht in Gegensatz zu seiner Partei stellen könne und daß er mit Schober, Winkler und Hartleb sprechen müsse, um deren Ansichten zu hören. Ich bat ihn, mir Bescheid zukommen zu lassen, wann ich ihn wieder sprechen könne, und fuhr nach Hause.

H3291 – 0085

095372

3254 P5 14.

Ich hatte sofort den Eindruck gewonnen, hier selbst mit Rust zu sprechen, um durch Fühlungnahme mit maßgebenden Kammern festzustellen, wie mit meine Pläne voraussichtlich aufgenommen würden. Keppler vermittelte - unter Zustimmung Himmlers - einen Besuch bei Rust und Goering. Ich trug diesen beiden meine Absichten vor. Insbesondere betonte ich, daß es mir nicht um Parteiinteressen handeln dürfe. Den grundsätzlichen, wenigen aber ernsten, Gegensätzen zwischen Partei und Staat müsse eine wirksame Klärung für das Reich werden, wobei die Doppelspurigkeit in internationalen Fragen beseitigt werden könne. Rust bestätigte mir nochmals, daß er mich für geeignet mit dem Führer gesprochen hatte. Rust war sehr sympathisch und herzlich, sagte aber etwa wörtlich: Sie haben gewiß große Absichten, es werden Ihre Arbeit und Interessen erfordern, da Sie kein alter Kämpfer sind. Über die Bedeutung der letzten Jahre war er nun hinaus, und erübrigen es mir eine Äußerung zu tun, vielmehr sollte aber Rust zum Ausdruck bringen, daß ein alter Kämpfer nicht mit „halben Sachen" gekommen wäre. Der Besuch bei Goering war nur oberflächlich und unverbindlich, inhaltlich ist mir fast nichts in Erinnerung geblieben außer der Annahme, daß Goering für politisches Handeln grundsätzlich kein Interesse habe, daß ich aber zu wenig mitbringe. Goering hatte übrigens, wie mir gleich, damals bereits eine deutliche Abneigung zum ersten Staatsrat d. Ä. gefaßt. Nicht-wie erwähnt, aber doch ohne Ablehnung erfuhr das Reich bezüglich meiner Tätigkeit sofort Gegenstand heftiger Angriffe aus dem radikalen Flügel der Partei. Front und an seiner der radikalen Nazi, die nach meinem Besuch bei Rust und Goering mehr gegen meine Mitarbeiter Stimmung machten. Vor allem wurde mir das Plagiatsverfahren für alle Nazi, die eine Gaudiebe hatten. Hier schlachtete man das volksgenossische Referat mit zum Teil recht gehässigen Verdächtigungen in den Gauleitungen weiter, ohne

A 095373 Erfolg

H3291 – 0086

Erfolg ein. Ich gewann aber doch den Eindruck, daß die Verwaltung
und Exekutive angetrieben durch die vaterl. Front unter Ausnützung
der nach wie vor fortgesetzten illegalen nämlich ausgesprochen parteima-
Regen Betätigung der oesterr. Nazi alles was auf einer Seite erreicht wurde
mehrfach wieder durch Verbote, Verhaftungen und Entlassungen ausglich.
Versuche, durch Abhaltung der im Vertrag v. 11. VII 36 vorgesehenen
Kommissionen Entspannungen zu schaffen, hatten kaum Erfolg,
obwohl mir Schuschnigg, nachdem die Verhandlungen fast ergeb-
nislos blieben, auf eine letzte Vorsprache beachtlich entgegen-
kam. Zu dem Kreis meiner Mitarbeiter war in dieser Zeit auch
Jury gestoßen, der von der illegalen Arbeit Leopolds bestimmt
Abstand nahm. Die Situation wurde durch die obengeschilderten
Verhältnisse eher schlechter als besser. Es wurde mir klar, daß
mir eine zufriedene Absage Hitlers an die „Illegale" Gesserung brin-
gen könne, wofür die erlaubte Betätigung der Nationalsozialisten
im Rahmen, der mit Schuschnigg zu vereinbaren war, gegeben wer-
den mußte. Als Ende 1937 auch die an und für sich aussichtslose
legitimistische Bewegung offiziell stark gefördert wurde, zog ich
mich zurück und erklärte meinen Standpunkt in einem Brief
an Schuschnigg oder Fernatto. Den Staatsratssitzungen blieb
ich fern und führte auf Einladung des Reichssportführers Dr. Ham-
mer nach Garmisch, die Fahrt teilte ich Fernatto mit. In Garmisch
traf ich ohne Verabredung v. Papen. Wir klagten uns im Tauwetter gegenseitig
unser Leid. Ich setzte nochmals meinen Standpunkt auseinan-
der und meinte, daß bei dieser Gelegenheit eine entsprechende
Veränderung im Ministerium erreicht werden müßte, um den
Methoden der Verwaltungspraxis begegnen zu können. Es dürfte
vom Innenministerium gesprochen worden sein, bestimmt

nicht

H3291 – 0087

095374

nicht von meiner Person. v. Papen zeigte sich diesmal aufge-
schlossener. Ich glaube er sprach davon, über diese Dinge mit
Hitler zu reden. Ich bin 8 Tage nach dieser Besprechung, inzwischen
nach Wien zurückgekehrt, nach Fell am See gefahren. Von dort
wurde ich – wie ich glaube – von Fernatto nach Wien gerufen. Gleich-
zeitig wurde mir von nat. soz. Seite – möglicherweise durch
Keppler – mitgeteilt, daß eine Unterredung Schuschnigg-Hitler
in Berchtesgaden bevorstehe. Jedenfalls hatte ich die Nach-
richt von reichsdeutscher Seite, bevor Fernatto oder Schuschnigg sie
mir gaben. In Wien hatte ich am Tage der Abreise eine lange
Aussprache mit Fernatto, zu der später Schuschnigg kam, über
Einzelheiten einer innenpolitischen Regelung. Etwa 2/3 meiner
Vorschläge wurden akzeptiert, die wichtigsten, die auf Hitler
Eindruck machen sollten – Betätigung für Nationalsozialisten
und Beteiligung an Verwaltung und Staatsführung, aber nicht.
Ich nahm an, daß sich Schuschnigg dies für Berchtesgaden vor-
behalten wollte. Über das Ergebnis meiner Aussprache orien-
tierte ich in großen Zügen Ramsey u. Jury, möglicherweise ist
es auf diese Weise nach Berchtesgaden gekommen. Ich weiß
nicht, ob es Interesse erweckt hat. Am 12. Feber war Schuschnigg
mit Schmidt bei Hitler. An Einzelheiten ist mir nicht mehr
bekannt als inzwischen im In- u. Ausland verbreitet wurde.
Jedenfalls wurde Schuschnigg auch die Möglichkeiten militäri-
scher Aktionen demonstriert, wie er mir mitgeteilt hat. Es war
für ihn bestimmt ein harter Tag.

Am 13. Feber

H3291 – 0088

095375

3254PS 17

Am 13. Febr. orientierte mich Staatsschr. Schmidt in Gegenwart Fernattos über die Vereinbarungen von Berchtesgaden. Ich sah den Wortlaut als bekannt voraus. Mir ist er nicht mehr wörtlich gegenwärtig. Neben einer allgemeinen Amnestie und Wiedergutmachung war die Heranziehung der nationalen Opposition neuerlich und deutlicher zugesagt und gewissermaßen als Garantie meine Ernennung zum Innen- u. Sicherheitsminister vorgesehen. Ich habe sowohl mit Schuschnigg, Fernatto und v. Papen über die Notwendigkeit so einer Regelung gesprochen, aber niemals über meine Kandidatur hiefür. Allerdings, wenn sie tatsächlich erfolgen sollte, so war meine Betrauung naheliegend. Wie man mir sagte, hat meinen Namen nicht Hitler genannt, sondern Schuschnigg auf Hitlers Frage, was Schuschnigg in Aussicht für den Ministerposten nehme. Ich habe in der Folge wert darauf gelegt, daß der bisherige Staatssekr. f. d. Sicherheitsstrubl, obwohl ein rotes Tuch für die Nazi, im Amt bleibt, um eine erfahrene fachmännische Leitung zu haben. Ich habe Strubl sogar in mein Ministerium vom 11. März mitgenommen. Von ebensolcher Wichtigkeit für mich war die weitere Bestimmung, daß ich als Verbindungsmann zwischen der österr. Regierung, der nationalen Opposition und der Reichsregierung fungieren solle. Außenminister Schmidt hiezu gelt ernannt. Lehnte jedenfalls jede Befassung mit diesen Fragen ab. Ich selbst war aber durch diese Funktion in meiner Handlungsfähigkeit sehr eingeschränkt. Ich hatte, wenn etwas vorfiel, zuerst die verschiedenen Gruppen zu orientieren und konnte deren Stellungnahme

durch

H3291 - 0089

095376

durch eine eigene Festlegung nicht präjudizieren. So fühlte ich mich am 11. März tatsächlich eine Zeitlang nur als eine Art „Telefonfräulein" zwischen Berlin und Wien.

Eine Schlußbemerkung vorwegnehmend stelle ich fest: Das Abkommen vom 12. Feber und meine Ernennung zum Innenminister konnten von der „nationalen Opposition" – und das waren damals unbestritten nur noch Nationalsozialisten – nur dahin aufgefaßt werden, daß ihr nunmehr die politische Betätigung erlaubt werden würde. Die Bereinigung dieser oppositionellen Haltung war ja doch der Zweck aller dieser mehr kaum sagen langjährigen Bemühungen. Wenn gesagt werden sollte, daß ich mich bemüht habe, den Nationalsozialisten in einer anderen Form wieder die Betätigungsmöglichkeit zu geben, so ist dies richtig. Das habe ich aber immer offen und deutlich ausgesprochen und schon Wolfurt darauf aufmerksam gemacht, daß er sich mit den Nazis auseinandersetzen müsse, den Nationale im alten, bürgerlichen Sinne waren kein politischer Faktor mehr. Wenn man behaupten wollte, ich hätte die Nazipartei in ihrer spezifischen Form, Organisation und Reichsabhängigkeit wiedererstehen lassen wollen, so ist dies falsch. Gerade dies wollte ich verhindern. Dazu war nötig neue, politisch einsichtsvolle Männer als Führer zufinden und schließlich Hitler zu bewegen, daß er als Parteiführer eine entsprechende Erklärung abgibt. Ich glaubte diese Männer gefunden zu haben und bin heute noch überzeugt, daß ein Großteil derselben die Sache ehrlich gemeint haben z.B. Jury, Kamer, Ing. Pfeinstaller selbstverständlich und Neubacher. Wir alle waren sich darüber im Klaren, daß

ohne

095377
H3291 – 0090

3-54 PS

ohne eine Weisung Hitlers als Führer der Bewegung, die Sache 19.
nicht gemacht werden konnte. Zum Teil fühlten sich die Männer unwahrscheinlich auch endlich an Hitler gebunden, zum Teil erkannten sie es als aussichtslos, bei der nat. soz. Gefolgschaft Hitlers in Oesterreich ansonsten irgendeinen Erfolg haben zu können. Worauf es also bei allen Besprechungen mit Hitler ankommen mußte, war, ihm als Bewegungsführer mit entsprechenden Gegenleistungen zu veranlassen, die notwendige Erklärung über die Selbstständigkeit der österr. Nationalsozialisten abzugewinnen. Wäre dies gelungen, so glaube ich beinahe noch heute an einen Erfolg, denn die österr. Nationalsozialisten hätten sich für diesen politischen Weg gewinnen lassen. Wenn sie die Möglichkeit gehabt hätten, in legalen Formen die Ideen des Nationalsozialismus – die ja nicht nur aus dem Rassenstandpunkt, Totalitätsprinzip u.s.w. bestanden – zu verwirklichen zu versuchen, und zwar in einer für Oesterreich passenden Weise – und überdies reale Verantwortungen zu tragen gehabt hätten, dann hätte sich vor allem die einige Unsicherheit vor Verhaftungen, Entlassungen, Beklagnahmen u.s.w. gelegt, die diese Leute für radikale Parolen so empfänglich gemacht hatte. Diese Leute wären zum überwiegenden Teil wieder in eine – ich möchte sagen – oesterreichische bürgerliche Reihe zurückgekehrt, die sie nach den Erfahrungen der eben vergangenen Jahre für politische Abenteuer nicht wieder so leicht aufgegeben hätten, wenn der Einfluß der Reichspartei ausgeschaltet

gewesen

095378

H3291 – 0091

gewesen wäre. Dies zu erreichen, war mein Ziel. Ich glaube
doch gerade darüber in Berchtesgaden nicht gesprochen
worden ist. Hitler wird es begreiflich vermieden oder ver-
redet haben und Schuschnigg glaubte sich wahrscheinlich etwas
zu vergeben, wenn er mit dem reichsdeutschen also ausländi-
schen Staatsführer über österr. innenpolitische Fragen ver-
handelt hätte. Aber in dieser Situation hilft es doch nichts,
den Kopf in den Sand zu stecken. Die Lage war einmal so
im Lager der nationalen Opposition. Wenn man auf
dieser Linie eine Befriedung will, so mußte dieser Weg be-
schritten werden, sonst wäre es besser gewesen, überhaupt
nichts anzufangen und den Versuch zu machen, mit den
wieder zur Betätigung zuzulassenden Sozialdemokraten
ins Reine zu kommen. Dieser Versuch hätte allerdings nach
der damaligen innen- und außenpolitischen Lage kein lan-
ges Leben gehabt. So hat Schuschnigg nur halbe Schritte
getan, er hielt sich ohne wirkliche politische Gegenleistungen
Einzelheiten z.B. Amnestie, Wiedergutmachung, Tragen des Hacken-
kreuzes u.s.w. abringen, die in dieser Situation nur Auftrieb
für die radikale Propaganda waren. Er öffnete Schleusen,
ohne für eine entsprechende Steuerung der ablaufenden
Fluten gesorgt zu haben. Wenn zugleich mit oder in diesem
Abkommen bestimmte Betätigungsmöglichkeiten, Organisations-
formen, Beschränkungen in der Realisierung des Parteipro-
grammes, Aufhaltung des Totalitätsprinzipes und verant-

vortliche

095379
H3291 – 0092

worthende Selbstständigkeit der österr. Nationalsozial. Führung festgelegt und von Hitler bestätigt worden wären, dann wären bei Vermeidung politischer Fehler die Dinge zu meistern gewesen, — wenn Hitler gewollt hätte. Aber vor diese Entscheidung wurde Hitler durch Schuschnigg nicht gestellt. Als ich sie später anbahnte, platzte die vaterländische Front mit ihrem Abstimmungsplan dazwischen, der Hitler die Gelegenheit bot, aus den Bindungen des Übereinkommens vom 12. Feber herauszusteigen. Wenn gesagt werden sollte, daß meine politische Linie und deren teilweise Realisierung zu dem schließlichen Resultat des 11. März geführt hätten, so ist dies nur sehr bedingt richtig. Mitveranlassend war mein Handeln gewiß, aber was tatsächlich auch seitens der österr. Staatsführung gemacht wurde, war nicht die Durchführung meiner Idee. Im übrigen liegen die Gründe für die Entwicklung zum 11. März viel tiefer. Diese war unvermeidlich, wenn sich meine Ideen nicht realisieren ließen. Ich habe hierfür etwa im Jahre 1942 eine ausdrückliche Bestätigung erhalten. Ein Bekannter hielt mich in einen Bericht Einblick nehmen, den der Chef der Sicherheitspolizei und S.P. Ende 1937 verfaßt und über Himmler an Hitler vorgelegt hat. Heidrich schildert die österr. Situation und kommt zum Schluß, daß sie ausweglos zum Zusammenbruch des „österr. Systems" führen werde. Das Einzige, was den Plänen der nat.soz. Bewegung, Partei oder Reichsführung – ich weiß den Ausdruck nicht mehr – gefährlich werden könne, sei die Politik des Staatsrates Seyß-Inquart! Diese sei auf die österr. Geisteshaltung abgestellt und mit der Zeit geeignet

095380

H3291 – 0093

H3291 – 0094

095381

verboten und wird polizeilich verfolgt. Klausner, der von den
österr. Nationalsozialisten als eine Art Parteiführer betrachtet
wurde – soweit sie nicht noch auf dem radikalen Standpunkt stan-
den – sollte, wenn die organisatorischen Vorarbeiten soweit gediehen
sind – in führende Stellung kommen. Der politische Sekretär Klaus-
ners war Dr. Rainer. Die politische Führung der österr. National-
sozialisten hätte ausschließlich durch diese Männer zu erfolgen, die
für ihre Tätigkeit der österr. Staatsführung verantwortlich sind.
In geeigneter Form ist das Kräfteverhältnis der einzelnen nun
legalen politischen Gruppen festzustellen und demgemäß die
Verteilung der Funktionen im öffentl. Leben vorzunehmen. Poli-
tischer Führer und Bundeskanzler bleibt auf jeden Fall
Schuschnigg. Dieses System der Zusammenarbeit müsse eine
gewisse Zeit – ich sprach von 3–5 Jahren – durchgeführt wer-
den. Dann könne eine neuerliche Regelung nach Feststellung des
Kräfteverhältnisses getroffen werden, aber auch dann dürfe
das Totalitätsprinzip nicht zur Anwendung kommen, son-
dern jede legale politische Gruppe in Österreich sei entspre-
chend ihrem Kräfte-verhältnis an der Macht und dem öf-
fentlichen Leben zu beteiligen. Ich erklärte ganz offen, daß
ich annehme daß sich die Nationalsozialisten durch ihre
Arbeit das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes er-
ringen werden, daß inzwischen das Reich aus den Sturm-
und Drangjahren herausgekommen sein werde und
daß das Ausland die politische Entwicklung als eine inner-
österreichische Angelegenheit ohne kritischen Charakter an-
sehen werde. Ich sei der Meinung, daß dann auch der Fest-

punkt

H3291 – 0095

095382

punkt gekommen sein würde, staatsrechtliche Fragen (z.B. Anschluß) nach Maßgabe des bekundeten Willens der österreichischen Bevölkerung zu lösen. Das Ergebnis meiner Vorschläge ging allerdings darauf hinaus, die Totalität der vaterländischen Front, das war in Wirklichkeit des österreichischen Klerikalismus, abzubauen. Denn so sehr gegen die Totalität des Nazireginnes im Reich losgezogen wurde, die Totalität des Klerikalismus in Österreich war noch viel größer und unberechtigter, denn die „Klerikalen", die in Wirklichkeit die vaterländische Front führten, verfügten bestimmt über nicht mehr als 20% der österr. Bevölkerung als die Gefolgschaft, schrieben aber den übrigen 80% die politische Betätigung vor. Es ist klar, daß sich die radikalen Frontführer aufs Äußerste gegen diese „Redemokratisierung" ihrer Machtpositionen wehrten und mit allen möglichen politischen und weltanschaulichen Argumenten auf Schuschnigg einwirkten.

Bei der Darlegung der weiteren Entwicklung muß ich noch ein Ereignis aus der Zeit vor dem 12. Feber nachholen, das die von mir geplante Lösung erleichtern konnte. Eines Nachts wurde ich von Schuschnigg gebeten, sofort zu ihm zu kommen. In seinem Arbeitszimmer waren Graf Horstenau, Fernatto, Skubl und glaublich Schmid versammelt. Skubl berichtete, er hätte einen „Putschplan" der illegalen Landesleitung des Hyrtlen Leopolds in die Hände bekommen und die gesammte Landesleitung verhaftet. Der Plan selbst war nicht sehr ernst, offenbar ohne Realisierungsversuche. Ich hatte

H3291 – 0096

095383

den Eindruck, daß diese Gruppe ihre Fälle davon schwimmen
sah und nun allerlei phantastischen Gedankenspielereien
nachging. In einem Punkt wäre es bestimmt nicht gekommen.
Es wurde nun beraten, was man mit diesen Leuten machen solle.
Zu berücksichtigen war, daß diese „Landesleitung" monatelang
mit Duldung der Regierung ihre Tätigkeit in aller Öffentlich-
keit ausgeübt hatte, so daß dieser Vorfall einen Schatten auf die
Aufmerksamkeit der Regierung werfen konnte, und daß das Ver-
hältnis zum Reich wieder gespannt war und durch einen
„Maschinenverrätersprozeß" sicher eine weitere Belastung er-
fahren hätte. Da ich von allen Anwesenden die lockersten
Beziehungen zur Landesleitung hatte, beteiligte ich mich
wenig. Ich glaube daß Strahl vorschlug, zu versuchen die
Leute ins Reich abzuschieben und daß Klaus Horstmann die
bezügliche Vermittlung übernahm. Jedenfalls waren da-
mit die Führer der „Radikalen" bei guter Gelegenheit
ausgeschaltet.

Ich bin am 17. Febr. morgens in Berlin angekommen
und von H. Sch. Reppler abgeholt worden. Dieser brachte mich
zuerst zu Himmler, was in dem mir vorgelegten Programm
nicht vorgesehen war. Der Besuch dauerte etwa 15 Minuten.
Himmler versuchte polizeiliche Fachfragen auszuschneiden, die
ich mangels Orientierung – ich war am Tag vorher zum Kun-
ster ernannt worden – nicht besprechen konnte. Schließlich
riet er mir, in meine Telefonzentrale nur verläßliches Pa-
sonal zu setzen, welchen Rat ich nicht befolgte, da ich alles

beim

H3291 – 0097

095384

alten hat. Ich hatte niemals Gedanken dagegen, daß meine Telefongespräche abgehört werden. Sie wurden auch noch abgehört, als ich Minister war, das soll aber anderen Kollegen auch so gegangen sein. Ich glaube Himmler wollte mich vor allem einmal persönlich sehen. Ich fuhr daraufhin zur Reichskanzlei, wo ich mit dem üblichen Zeremoniell empfangen wurde. Während meiner 2 Stunden und 10 Minuten währenden Besprechung mit Hitler, warteten der Reichsaußenminister Ribbentrop u. SS Keppler im Vorzimmer. Hitler hat sie nicht hereinrufen. Ich grüßte Hitler mit dem deutschen Gruß und fügte sofort die Erklärung bei: Er solle sich nicht wundern, daß ich als österr. Minister ihn mit dem Hitlergruß begrüße. Er sehe in ihm den Führer des deutschen Volkes aus den Diskriminierungen der Friedensverträge. Ich sei aber auch österr. Minister und als solcher der österr. Staatsführung verantwortlich. Über die Hauptpunkte des weiteren Gesprächs habe ich eine Aktenmoli verfaßt, von der eine Abschrift in meiner bei der Verhaftung nur abgenommenen Aktenmappe liegt. Ich habe Hitler die Lage in Oesterreich seit Juli 1934 geschildert, insbesond. die verderbliche Wirkung der illegalen vom Reich aus gesteuerten Politik und zwar für die österr. Nationalsozialisten, für die außenpolitische Stellung des Reiches und schließlich für die Ausschußidee. ~~geschildert~~ Schließlich habe ich Hitler mit eindringlichen Worten gebeten, die Parteipolitik zurücktreten zu lassen und eine Losung im gesamtdeutschen Interesse zuzustimmen. Ich trug nun mein oben wiederholt dargelegtes Programm vor. Als wich-

tigsk

H3291 – 0098

095385

H3291 – 0099

095386

nem glaube – daß er zu dem Stapellauf eines Kreuzers im Sommer dieses Jahres Bundeskanzler Schuschnigg u. Reichsverweser Horty einladen wolle. Über den Namen sei er sich noch im Unklaren, Tegetthoff gehe wegen Italien nicht, besser werde wohl Prinz Eugen sein. Er sagte auch, daß es auf die 25 Punkte des Parteiprogrammes nicht ankomme, man müsse von der volksdeutschen Idee zur gesammtdeutschen kommen. Dann erzählte er sehr ausführlich über seine verschiedenen Pläne z.B. Autobahnen, Elbebrücke in Hamburg u.s.w. Ich hatte schließlich das Gefühl, daß Hitler meine Vorschläge nicht ablehne, aber die Möglichkeiten der Realisierung prüfen bzw. abwarten wollte. Es schien mir nun wichtig zu sein, so rasch als möglich die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um zum Ergebnis, der Festlegung des neuen Status, zu kommen. Über die Realisierung des Anschlusses wurde nicht anders gesprochen, als sich aus meinen obigen Ausführungen ergibt. Ich besuchte in Berlin noch Reichsminister Fritsch, Gespräche ohne Bedeutung, und Reichsminister Ribbentrop, den ich ersuchte, dafür zu sorgen, daß die zu erwartenden Reden im freundlichen Ton gehalten werden. Am nächsten Abend fuhr ich nach Wien zurück.

In Wien nahm ich Fühlung mit Fernako und begab mich zu Schuschnigg. Ich berichtete in aller Ausführlichkeit

095387

H3291 – 0100

H3291-0101

325455

lichkeit und bat mich, sich zu entschließen. In den nächsten Tagen war ich teilweise mit der Übernahme meines Ressorts beschäftigt, die Führung der polizeilichen Dinge überließ ich Skubl, der mir allabendlich berichtete und ließ durch meine nahezu Mitarbeiter in einigen Orten + 3 Gras, Lenz etc. die Nationalsozialisten zusammenrufen, um ihnen meine Pläne und das Gespräch mit Hitler mitzuteilen. Diese Aktion erfolgte im Einvernehmen mit Fernatto, die Lenzerede wurde im Rundfunk übertragen. Vorher hatte ich schon über den Rundfunk gesprochen und betont, daß sich in Österreich niemand als besserer Nationaler fühlen solle, was nationale Politik sei, bestimme in Hinkunft ich. Das politische Leben stand einerseits im Zeichen der immer mit dem Hackenkreuz auftauchenden Nazi, die nah keine durchgreifende Führung hatten, soweit nicht die frühere illegale Führung ich bemerkbar machte, und der Reaktion gegen das Berchtesgadner Übereinkommen [illegible] radikalen Kreisen der vaterländischen Front, zu deren Führer ich vor allem den Bürgermeister von Wien Schmitz rechnete. Inzwischen kamen die Reden. Hitler sprach von den unerträglichen Verfolgungen der Deutschen in den Nachbarländern ob der Betätigung ihrer deutschen Gesinnung, fand aber für die Zukunft freundlichere Worte, Schuschnigg sprach vom harten Tag in Berchtesgaden und gab vor allem die Parole: „bis hierher und nicht weiter." Ich erwähne, daß mir Schuschnigg Teile aus seinem Entwurf vorher vorgelesen hatte. Dieser Satz wurde mir nicht vorgelesen.

095385

Mit diesem Satz war eigentlich eine öffentliche Absage an mein Programm erfolgt und ich mußte der nationalen Öffentlichkeit gegenüber als Schwätzer dastehen, dessen Worte nicht mehr ernst genommen wurden. Die Nationalsozialisten hörten von da ab tatsächlich wieder auf die radikalen Leute der Illegalität, hatten aber jetzt durch das Berchtesgadener Übereinkommen die Erlaubnis der öffentlichen Betätigung ihrer Gesinnung zumindest des öffentlichen Bekenntnisses zu derselben. Diese nahm immer demonstrativere Formen an. Ich habe Schuschnigg auf diese Umstände eindringlich aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, daß ich als Sicherheitsminister wohl gegen Einzelne, die illegal handeln, vorgehen will, daß ich aber schon im Hinblick auf die mir im Übereinkommen vom 12. Feber zugewiesene Rolle, gegen Nationalsozialisten, die im übrigen jetzt ihre Gesinnung demonstrieren, nicht vorgehen könne. Ich habe in einem Falle ausdrücklich auf die Notwendigkeit meines Rücktrittes verwiesen. Schuschnigg war sich der Zuspitzung der Lage besonders nach meiner Grazer Fahrt durch in großer die Veranstaltung in diesem Bereich vollkommen bewußt. Ich sagte ihm, daß es so nicht weitergehen werde. Nach den grundsätzlichen Zusicherungen Hitlers, müßten wir schnellstens die Schritte für die Entwicklung weiter auch aufsicherheitsaktionen selbst unternommen werden. Schuschnigg verwies auf die Schwierigkeiten im eigenen Lager, von meinem Rücktritt könne keine Rede sein, er begreife auch meine Haltung als Innenminister, wir würden sehen, wie

wir

wir miteinander durchkamen. In der Richtung der Realisierung meines Planes geschah nichts, obwohl ich dauernd auch Seyss und Schmidt aufmerksam machte. Spät erfolgten die Ernennungen Jury, Friedrichs und Ing. Rinteln, die nun begannen einen Verbindungskreis aufzubauen, aber natürlich dem gesamten Widerstande aus vaterländischen Kreisen gegenüberstanden. Eines Abends wurde ich zu Schuschnigg in die vaterländische Front gerufen – ich glaube es war der 8. März, jedenfalls der Tag, an dem er nach Innsbruck fuhr, um am folgenden Tag den Abstimmungsplan für 13. März zu verkünden. Schuschnigg teilte mir den Plan mit, durch die vaterländische Front eine Abstimmung vornehmen zu lassen, wobei der Text ungefähr dem Wortlaut des § 1 der Bundesverfassung entsprach. Er ersuchte mich, bis zum nächsten Tag im [illegible] Stillschweigen zu bewahren. Ich machte diese Frage, obwohl sie gegen meine Aufgaben als Verbindungsmann war, und hielt an. Der Plan war für mich zu überraschend und [illegible], um Stellung nehmen zu können. Ich frug Schuschnigg, ob die [illegible] vorbereitet sei, [illegible] er das bejahte, äusserte ich schwere Bedenken, denn diese Abstimmung in dieser Form werde von den Nationalsozialisten als [illegible] aufgefasst werden. Schuschnigg erklärte mir bei [illegible] der Besprechungen mit den Frontführern, ich könne mir [illegible] sprechen, [illegible] meine [illegible] Bedenken [illegible]. Er wollte aber auch nicht gerade wohl [illegible] der [illegible]. In den späteren Abendstunden begab ich mich in mein Amt – oder in meine Privatwohnung – [illegible] und [illegible] auf und [illegible] nach [illegible] der [illegible] zu [illegible] den [illegible] in der Front erfahren hatte. Ich erklärte, [illegible]

H3291-0104

095391

Ich habe einen Fernschreiber dieses Lagers an Frau oder einen anderen nahen Verwandten gegeben und bitte, ihn an Reichsleiter Hitler weiterzuleiten. Der Inhalt war ungefähr folgender: Seit einem halben Jahr sind wir verheiratet. Seit einem halben Jahr hoffte ich, dich noch einmal hier wiederzusehen. Leider ist es nicht möglich. Bitte, bitte, wende dich an Hitler und versuche, dass du mich besuchen kannst. Ich habe mich freiwillig gemeldet, um dich wiedersehen zu können. Ich habe meine Meinung in mündlichen oder schriftlichen Gesuchen und Anträgen und Schreiben an meinen Lagerführer und Lagerkommandanten geäußert. Ich habe mich auch an den Reichsführer SS gewandt. Ich habe mich an den Reichsjustizminister gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister des Innern gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Arbeit gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Finanzen gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Wirtschaft gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Verkehr gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Post gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Luftfahrt gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Kolonien gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Forsten gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Jagd gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Fischerei gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Bergbau gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Handel gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Gewerbe gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Handwerk gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Industrie gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Landwirtschaft gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Forsten und Jagd gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Fischerei gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Bergbau gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Handel gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Gewerbe gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Handwerk gewandt. Ich habe mich an den Reichsminister für Industrie gewandt.

H3291-0105

095392

Er unterstrich nur, daß die österr. Polizei genügend Erfahrung und Gewandtheit habe, um Zusammenstöße zu verhindern. Ich genehmigte seine Maßnahmen und gab ihm meine Zustimmung zu seinen Plänen, erklärte aber, daß ich beim ersten Zusammenstoß zwischen Lokalbeamten(?) und Nationalsozialisten zurücktreten müßte. Er verstand das so, daß ich solche Zusammenstöße vermieden wissen möchte, daß ich vorkommendenfalls aber mich vom Sicherheitsressort zurückziehen und ihm freie Hand geben würde.

Schmidt erklärte mir die Situation für bedenklich und eine Zeitung(?) nicht zulässig(?). Ich stimmte zu. Er fragte mich, ob ich mich nicht mit dem Kanzler aussprechen wollte. Ich erklärte, auf Tagen(?) darauf zu warten. Schmidt vermittelte nun ein Gespräch mit Schuschnigg, an dem er teilnahm; ob Zernatto dabei war, weiß ich nicht. Ich trug Schuschnigg alle meine Bedenken und Vorschläge vor, sagte ihm alles was ich aus dem Reich – fast nichts – und von den österr. Nationalsozialisten – sehr wenig – erfahren hatte. Schuschnigg trug nun offenbar selbst Bedenken, außenpolitisch etwas zu [illegible]. Ich habe nachträglich – nicht amtlich – erfahren, daß der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, in Wien gewesen war und Schuschnigg in seiner Haltung bestärkt haben soll. Ich schlug Schuschnigg vor, in einer Rundfunkansprache(?) meine Vorschläge zu veröffentlichen, sofort die Ernennung einiger Nationalsozialisten in das Ministerium – ich dachte an Fischböck – obwohl er nur als Freimaurer galt – Ing. Reinthaller –, andere in die Landesregierungen u.s.w. vorzunehmen, worauf

H3291-0107

ich sich erlich mit Unterstützung der nat.soz. Führer, die Nationalsozialisten auffordern würde, sich an der Abstimmung mit „ja" zu beteiligen. Es sei denn, Schuschnigg verschiebe die Abstimmung zur Durchführung von Fällen im Sinne meiner Vorschläge. Schuschnigg zeigte sich den Erinnerungsvorschlägen zugänglich, bei den zwischenstaatlichen Fragen war er zurückhaltend, da wollte er sich mit einer allgemeinen Erklärung begnügen, bei der Zulassung der nationalsozialistischen Betätigung innerhalb der Front war er am meisten zurückhaltend. Ich schlug daher eine schwarz-braune Koalition vor. Schuschnigg hielt die Frage offen, obwohl uns die Zeit auf den Nägeln brannte. Es war schon spät geworden, als ich das Bundeskanzleramt verließ und die Einladung erhielt, ins Hotel Regina zu kommen, wo Klausner mit einigen Nationalsozialisten wäre. Etwa um 12h kam ich ins Regina. In einem Zimmer waren etwa 12 Männer darunter einige aus den Bundesländern, diejenigen, die ich kannte, gehörten zu den Anhängern der Richtung Klausner. Die Stimmung war spannungsvoll erwartend. Klausner – auch Rainer und Globotschnigg waren anwesend – wurde von mir über die letzte Aussprache mit Schuschnigg unterrichtet. Er teilte mir und den andern mit, daß nach einer Nachricht aus Berlin die Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt wäre und ein Kourier mit einem Brief Hitlers für mich unterwegs wäre, der morgen früh ankommen würde. Einzelheiten teilte er mir nicht mit, ich hatte den Eindruck, dass er die genaue Stellungnahme selbst nicht kannte, nur

dort

095391

daß Gerhn mit der Abstimmung nicht einverstanden sei. Er forderte die anwesenden Nationalsozialisten auf, für ihn am nächsten Tag erreichbar zu sein. Wir beschlossen, die Stellungnahme Berlins abzuwarten, da die Einzelheiten derselben maßgebend sein werden. Ich begab mich nachhause. In den frühen Morgenstunden wurde ich von Grubb telefonisch angerufen. In den Wr. Neuesten Nachrichten – der nationalen Zeitung – sei ein Leitaufsatz Gyrys erschienen, der eine scharfe Absage Gyrys an die Abstimmung und die Aufforderung, sich nicht zu beteiligen, enthalte. Ich liest mir den Aufsatz – von dessen Plan und Inhalt ich nichts wußte – vorlesen. Ich war mit Grubb darüber einig, daß er keinen staatsfeindlichen wohl aber stark polemischen Charakter habe. Vom Sicherheitsstandpunkt sei kein Anlaß zum Einschreiten. Grubb möge Schuschnigg verständigen; wenn dieser den Aufsatz für politisch untragbar halte, möge er die Zeitung beschlagnahmen lassen.

Es war der 11. März. Ich zog mich an, um noch einige Zeit in den stillen Straßen Fürstbachs spazieren zu gehen und mir in Ruhe die Lage zu überdenken. Etwa um 8 h begab ich mich auf den Westbahnhof. Ich hatte erfahren, daß Glaise in Gerhn gewesen wäre und mit dem Frühzug kommen werde. Ich hoffte von ihm Näheres zu erfahren. Da er mit dem Zug nicht gekommen war, fuhr ich zum Flugplatz. Glaise war mit einem Flugzeug angekommen. Man teilte mir mit, daß ein Kourier mit einem Gruß Hitlers an mich zur deutschen Gesandtschaft gefahren sei. Ich hatte erfahren, daß v. Papen nach Gerhn berufen worden wäre und wollte auch vor dem Erhalt des Grußes in dieser Situation nicht mit einer reichsdeutschen Stelle in Verbindung treten. Ich bat Schuber, dem Schwager Görings, der gleichfalls mit dem Flugzeug gekommen war, den Gruß zu holen. Er

brachte

095395

H3291-0108

3054-PS

H3291-0109

095396

erkundigte sich nach der Lage. Ich antwortete, daß ich erst zu Schuschnigg gehe. Er bat um Anruf. Schuschnigg lehnte ab. Ich gab dies nach Berlin durch. Ich habe noch öfters mit Berlin gesprochen, zumeist mit Göring. Dieser gab mir als Entscheidung der Reichsregierung durch, daß diese nunmehr den Rücktritt Schuschniggs verlange. Ich gab dies an Schuschnigg weiter mit dem ebengeschilderten [illegible], die Telefongespräche waren [illegible]. Nun wollte Schuschnigg auf die erste Forderung eingehen. Ich sprach darüber mit Schmidt und Zernatto. Ich hielt dann Schuschnigg gegenüber [illegible] die Tonfall im Telefongespräch [illegible] zu [illegible] mit Tatsachen kam aus Berlin die Meldung und die Forderung, daß ich zum Bundeskanzler zu ernennen sei. Ich habe im Beisein Glaise's [illegible] mit Schuschnigg. Er hat uns alle sehr bewegt. Wenn ich auch in diesen letzten Tagen [illegible] auseinander [illegible], die [illegible] Methode [illegible] nicht. Ich muß [illegible] bekennen, daß mich [illegible] Berlin auf die [illegible] [illegible] eines neuen [illegible] auf Schuschnigg [illegible] Miklas, den Bundespräsidenten [illegible] [illegible] unter solchen Umständen [illegible] zu werden, und gab dem auch Ausdruck. [illegible] und Staa-[illegible]. Ich selbst [illegible] an den weiteren Verhandlungen, zumal es sich um meine Person drehte, nicht beteiligen zu wollen. Ich habe dies auch [illegible] Aufforderung aus Berlin und durch die vielen Nationalsozialisten nicht getan, sondern das Bundeskanzleramt verlassen [illegible]

H3291-0111

wurden mir später schwere Vorwürfe gemacht, besonders Gürtel
nützte dies aus, um die Notwendigkeit seiner Funktion als
Reichskommissar für die Wiedervereinigung zu begründen. Ich
glaube dennoch richtig gehandelt zu haben. Ich ging durch die
Straßen Wiens. Die Agitation für die kommende Abstimmung war
im vollen Gang, auf den Gehsteigen viele Nationalsozialisten mit
Flächenkreuz. Die Polizei hatte die Ordnung in der Hand. Ich trank
in einem Cafehaus einen Kaffee und begab mich in meine Rechts-
[illegible]kanzlei. Hier wurde mir von Gerhm mitgeteilt, ich solle
ins Bundeskanzleramt gehen, die Sache betreiben. Ich lehnte
ab. Lange Zeit später wurde aus dem Bundeskanzleramt
aufgerufen, Keppler wäre im Flugzeug angekommen, ich solle
doch hinkommen. Dieser Aufforderung folgte ich, Keppler zu
orientieren. Seinen Vorschlag mit ihm zu Mihlas zu gehen, -
lehnte ich ab. Ich hielt mich im Säulensaal vor dem Arbeits-
zimmer Schuschniggs auf. Mihlas zögerte, die Demission Schusch-
niggs anzunehmen. Was die Zeit wir aber hinzufügen im Rundfunk bekannt gegeben worden. Jetzt kamen Schmid und Zernatto zu mir,
[illegible] unterhielten uns länger und wiederholt über die Lage.
Beide erklärten, es sei ganz klar, daß Gerhm Schluß machen
wolle und werde. Das „österreichische System" werde liquidiert
werden, darüber seien sich alle auch Schuschnigg im Klaren. Es
sei das Beste, ich nehme die Funktion des Bundeskanzlers an. Dies
garantiere vor allem den legalen Ablauf, was außenpolitisch
wichtig sei und gebe die Hoffnung, daß die Sache halbwegs erträglich
vonstatten gehen werde. An der ersteren Sache war auch mir sehr viel
bei mir alles gelegen - ich hatte den Juliputsch 1934 in Erinnerung - zur
zweiten Sache war ich nach den Erfahrungen der letzten Tage etwas
skeptisch. Ich erklärte, die Dinge an mich herankommen zu lassen.

A 095398

Nach

3254 PS 40

Nach wiederholten Vorstellungen seitens Schmid und Fernatto wurde beiläufig erörtert, wen man in so ein Ministerium hineinnehmen könne. Ich verwies von mir aus auf Stuhl, der als Sch. f. d. Sicherheitswesen bleiben solle. Keppler hatte mir den Entwurf eines Telegrams gezeigt – eine Andeutung befand sich schon im Hitler brief, die ich als für mich vollkommen gegenstandslos nicht beachtete – in welchem ich als „provisorische Regierung" und zwar wegen ausgebrochener oder zu erwartender innerer Unruhen um den Einmarsch deutscher Truppen bitten sollte. Ich erklärte Keppler, daß dies genau das Entgegengesetzte meiner Ansicht und Aufgabe sei. Ich befasse mich vom Anfang an mit allen diesen Fragen, um die Einhaltung eines politischen also legalen Weges auch in der Frage des Anschlusses, die ja hiermit aufgeworfen sei, zu unterstützen. Eine provisorische Regierung sei niemals eine legale Regierung, und die öffentliche Behauptung von Unruhen, die es gar nicht gebe, würden die Annahme zu lassen, daß gegen die Entwicklung so starke Kräfte ständen, daß es sogar zu Unruhen komme. Keppler trat wiederholt an mich heran. Ich bat ihn, die Dinge doch abzuwarten. Eine militärische Aktion sei politisch falsch, auch unnütz, die Dinge seien für die vaterländische Sache nicht mehr zu halten. Es dürfte etwa 6 Abends gewesen sein, ich stand gerade im Vorzimmer, da kam Keppler wieder zu mir und sagte, Berlin dränge. Ich wurde gerade zu einer Rücksprache glaublich mit Schmid in ein Zimmer gebeten. Keppler sagte, was soll ich tun. Ich antwortete, „Sie kennen meine Stellungnahme, machen Sie, was sie wollen". Ich habe übrigens im Laufe des Abends von diesem Telegram nichts mehr gehört und wurde auch von niemandem darauf hin angesprochen. Die Dinge waren ja offenbar beschlossen. Übrigens war auch der Rücktritt Schuschniggs eine beschlossene Sache, ebenso

die

A 095399

H3291-0112

H3291-0113

3254PS

die Nichtbetrauung Enders, schriftlich vor Führer aus Vorarlberg, in dessen Ministerium nach einer Idee Niklas' ich als Vizekanzler eintreten sollte. Eine unter andern Umständen mögliche Idee, da ich Enders sehr schätzte. Er wurde später verhaftet, ich habe mich für seine Entlassung energisch eingesetzt. Entscheidend war die Erklärung Skubl's, daß er für einen Einsatz der Polizei gegen die Nationalsozialisten nicht mehr garantieren könne, in Wien hatten Polizisten in größerer Zahl bereits Hakenkreuzbinden angelegt. Auch General Schilhaßki soll erklärt haben, daß ein erfolgreicher Einsatz des Bundesheeres unsicher sei. Wie ich später erfuhr, es bestätigt aber meine Ansicht von der Überflüssigkeit des Einmarsches in dieser Situation, haben ebenso in den Bundesländern Polizei und sonstige Verwaltung sich für die Nationalsozialisten erklärt und überall waren nationalsozialistische Führer in den Landesregierungen erschienen und übernahmen tatsächlich Funktionen. Einen Vorfall besprach ich mit Skubl, etwa um 8 Uhr abends, er meinte, daß es nirgends zu Zusammenstößen gekommen sei, es sei auch kaum etwas zu machen, das Einzige und Beste wäre, daß überhaupt jemand befehle, daß die Ordnung aufrechtzuerhalten sei und das geschehe. In den Abendstunden hatte man den Eindruck, Niklas und Schuschnigg warteten auf ein Ereignis, um den Rücktritt der Regierung Schuschniggs zu motivieren und ins Rollen zu bringen. Offenbar wartete man auf den Einmarsch der deutschen Truppen. Um etwa 1/2 8 Uhr erschien Skubl mit der Meldung eines Grenzpolizeipostens, deutsche Truppen hätten die Grenze überschritten. Ich hatte das Gefühl, alles sagt, wo also und der vorbereitete Abschiedsakt kam in Gang. Tatsächlich erfolgte der Einmarsch um 1/2 12 Uhr nachts. Schuschnigg hielt seine bekannte Rede. Kaum hatte er geendet, kamen verschiedene Herren zu mir, darunter Schuschniggs politischer Sekretär, ich glaube auch Schmid und drängten mich, ans Mikrophon zu gehen und mitzutreten, daß

095400

3254PS 42

ich als Innen- und Sicherheitsminister weiterhin für Ruhe und Ordnung sorge. Es wäre sonst zu besorgen, daß alles drunter und drüber gehe. Ich überlegte, daß auch ein im Zustand der Permission befindlicher Minister für sein Ressort bis zur Ernennung des Nachfolgers verantwortlich sei, wenn nicht vom Staatsoberhaupt eine andere Verfügung getroffen würde. Auch war die Permission der Gesamtregierung nicht klar besprochen worden. Ich habe daraufhin meine ebenfalls bekannte Rundfunkrede mit der Aufforderung zur Wahrung der Ordnung gehalten. Nun ernannte mich Niklas zum Bundeskanzler, bis dahin hatte ich für diese Sache nicht einen Finger gerührt. Wer sollte es auch werden? Ich erinnere an die Gespräche mit Schmid und Zernatto. Es handelte sich jetzt noch darum, das Ministerium zu ernennen. Ich orientierte mich bei meinen Mitarbeitern. Niklas, Schuschnigg und die noch anwesenden früheren Minister hatten sich in den kleinen Ministerratssaal begeben. Als ich hörte, daß Nationalsozialisten mit Hakenkreuzbinden sich ebenfalls dahin begaben, ordnete ich die Räumung des Raumes von denselben an und stellte Posten des Bundesheeres vor dem Raum auf. Ich begab mich selbst in den Raum. Bei der Ernennung des Ministeriums unterstützte mich Schuschnigg. Er sah meine Liste durch, fand sie brauchbar und riet Niklas, sie zu akzeptieren. Dies geschah, die Vereidigung sollte am nächsten Tag stattfinden. Ich habe nun Schuschnigg eingeladen, die in meinem Wagen nachhause zu bringen. Die Straßen waren mit Menschen überfüllt, man konnte und durfte einen Ausbruch der Leidenschaften bei Außenseitern nicht außerachtlassen. Schuschnigg und die Frauenschaftsleiterin der vaterländischen Front nahmen im Fond Platz. Ich setzte mich im geschlossenen Wagen vor beide auf den Notsitz. Ich brachte beide unbehelligt in ihre Wohnung. Um Schuschnigg habe ich

095401

H3291-0114

3254 B 45

ich mich auch weiterhin gekümmert. Gesucht habe ich ihn nicht, ich machte bald die Erfahrung, daß meine Interventionen für gemanden von der Sicherheitspolizei (Heidrich) mit Mißtrauen aufgenommen werden. Ich habe Schuchnigg durch meinen Mitarbeiter Zimmer besuchen lassen. Übrigens hat sich Göring um ihn gekümmert und zur Verwirklichung seiner Heiratsplane beigetragen. Zweimal konnte ich noch direkt eingreifen. Nach der Protektoratsrede kam Hitler nach Gren. Er sprach mich auf Schuchnigg an. Ich erklärte ihm, daß ich für einen Prozeß gegen Schuchnigg, der geplant war, keine Grundlagen sehe, da dieser aus einer verfehlten politischen Einstellung aber sonst im Aufgabenkreis seiner Funktion gehandelt habe, die politische Einstellung an sich aber nicht den Grund für eine Anklage abgeben könne. Hitler sagte damals nichts. Kurz darauf teilte mir Büchel nicht ohne gelässige Bemerkung mit, daß Verfahren gegen „Ihren Freund" Schuchnigg findet nicht statt. Am 1. Feber dieses Jahres (1945) befand ich mich zum Vortrag in Berlin. Ich wartete in einem Vorraum des Führerbunkers. Da kam der Chef der Sicherheitspolizei Kaltenbrunner, trat auf mich zu und sagte, er müsse dem Führer einen Vorschlag für Schuchnigg machen. Dieser sei in Sachsenhausen, das Lager müsse geräumt werden. Ich sagte Kaltenbrunner, man solle Schuchnigg nach Süddeutschland bringen und wenn die Amerikaner das Lager überrollen, solle man ihn darin lassen. Schuchnigg werde niemals etwas gegen Deutschland tun. Kaltenbrunner erklärte, er werde diesen Vorschlag machen und sich hierbei auf mich berufen. Wie ich höre, ist es auch so geschehen. In der Nacht kam Himmler mit dem Flugzeug nach Gren, er wurde von Kaltenbrunner empfangen, den auch ich für eine Polizeifunktion in Aussicht genommen hatte, da er sich nur gegenüber immer loyal gezeigt hatte.

Am 12. März früh rief ich Hitler an. Ich sprach vom Einmarsch der deutschen Truppen und meinte es wäre besser, dies als

eine

095402

H3291-0115

H3291-0116

gemeinsame und gegenseitige Aktion zu machen, wenn sie von österreichischer Seite auch nur den Charakter einer Geste haben könne, um zu zeigen, daß von jetzt ab die Deutschen beider Staaten zusammengehen würden. Hitler stimmte zu. Daraufhin sind einzelne österreichische Truppen in einigen deutschen Städten marschiert. Ich hatte sodann eine Unterredung mit Miklas. Das Gespräch mit Hitler teilte ich ihm mit, auch daß letzterer mich ersucht habe, nach Linz zu kommen, er wolle mit dem Wagen heute hinfahren. In dieser Unterredung waren wir uns beide im Klaren, daß der augenblickliche Zustand ein Übergangszustand sei, dessen endgültige Gestaltung wohl von der Entscheidung Hitlers abhängen werde. Die Möglichkeit baldiger staatsrechtlicher Folgerungen wurde erwähnt, die Vermeidung außergesetzlicher Maßnahmen im Hinblick auf außenpolitische Schwierigkeiten als wünschenswert bezeichnet. Nachmittags flog ich mit Himmler nach Linz und fuhr Hitler entgegen. Gegen Abend fuhr Hitler in Linz ein. Ich habe noch niemals und niemehr wieder so eine Begeisterung erlebt. Der Empfang war spontan und einzigartig. In meiner Begrüßung erklärte ich den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain für nicht verbindlich. Er enthielt das Anschlußverbot. Dieses war ein offener Widerspruch zu dem von Pras. Woodrow Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes als Grundlage des künftigen Friedens. Es war besonders für Österreich in jeder Beziehung ein Unrecht. Die Unterbindung des Anschlusses hat einen wesentlichen Anteil schuld an der Entwicklung, wie sie Mitteleuropa seit 1918 genommen hat. Ich habe das Unrecht immer öffentlich behauptet, als Staatsrat auch als

A 095403 Minister

H3291-0117

Minister in der im Rundfunk übertragenen Rede in Linz keine Erklärung war. Ich sehe in der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Oesterreichs das Recht der Deutschen, selbst zu bestimmen, ob sie sich mit dem Reich zusammenschließen wollen. Nach der Rundgebung zog sich Hitler zurück. Er sagte mir zu, sofort nach Wien zu kommen, um die weitere Entwicklung zu besprechen. Eine Andeutung machte er nicht. Zu allgemeinen, wirklich überwältigenden Rundgebungen in allen Teilen Oesterreichs und in allen Bevölkerungsschichten erfolgten unter der Parole: Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Ich glaube, daß Hitler den Entschluß des folgenden Tages unter diesem Eindruck gefaßt hat. Ich fuhr noch in der Nacht von Linz nach Wien mit dem Wagen zurück.

Am 13. März früh meldete sich Skubl bei mir und bat mich, ihm den Rücktritt und das Ausscheiden aus dem aktiven Polizeidienst zu genehmigen. Ich habe Skubl vor Augen gehalten, daß er von mir mit Zustimmung der Bundespräsidenten in mein Ministerium berufen worden sei und daß er mein Vertrauen habe. Skubl hatte sich auch durchaus loyal gehalten und als Fachmann bewährt. Ich sei nicht gewagt, mir meine Männer wegnehmen zu lassen. Skubl bat eindringlich, seinem Wunsch zu willfahren. Er deutete seinen Entschluß als Ergebnis einer Rücksprache mit Hummel an. Ich nahm an, daß Hummel über den voraussichtlichen Ablauf der Dinge angedeutet habe – Skubl sagte davon aber nichts – und die Folgen, die er als der verhältnißmäßig kleine bei den Nazis zu erwarten habe. Ich habe das Empfinden, daß er um das persönliche Wohl dieses Mannes gebe und er nicht mehr die Energie zur Handhabung seiner Funktion besitze. Ich genehmigte alle seine Wünsche. In der Folge mußte ich wiederholt gedrängt, gegen Skubl ein Verfahren einzuleiten oder doch wenigstens seine Pensionen zu streichen. Ich habe dies abgelehnt.

Lef

095404

H3291-0118

3254 PS 46

meiner Intervention bei Himmler blieb es bei einer 25% Kürzung, die mildeste Behandlung der pronouncierten politischen Gegner. Ich habe Skubl später einmal in Basel getroffen, er erklärte sich wohl zu fühlen und zufrieden zu sein. Als Nachfolger Skubls kam unter den gegebenen Verhältnissen auch für mich nur Kaltenbrunner in Frage. Mein Vorschlag wurde vom Bundespräsidenten genehmigt, Kaltenbrunner als St. Sekr. f. d. Sicherheitswesen vereidigt. Zu diesem Anlaß hatte ich wieder eine Unterredung mit Miklas. Für uns beide zeichnete sich das Bild immer deutlicher ab, die Ereignisse würden auch staatsrechtliche Folgen haben. Ich glaube es war schon in diesem Augenblick Miklas, der darauf verwies, daß die Verfassung die Möglichkeit eines [illegible] biete, er werde kein Hindernis sein. Gegen Mittag kam St. Sekr. Keppler aus Berlin mit dem Flugzeug. Er brachte einen Entwurf für ein Wiedervereinigungsgesetz, [illegible] Land [illegible] des Führers [illegible] Die staatliche Darstellung des Falles und die außenpolitische Situation [illegible] günstig. Ribbentrop, der in London war, hatte berichtet, daß man dort die ganze Entwicklung ruhig und [illegible] [illegible] hinnehmen werde. Ich glaube, daß auch meine [illegible] die Stelle in der gleichen Weise [illegible]. Ich hatte meine [illegible] Freunde und hatten beide [illegible] daß der Bundespräsident [illegible] zum Beschluß kommen werde. Ich stelle fest, daß für uns alle das Bewußtsein entscheidend war, daß die [illegible] als [illegible] Augenblick des [illegible] gekommen war, die nicht abzuleugnende Begeisterung in der [illegible] Bevölkerung, mit der die deutschen Truppen und Hitler empfangen wurden, lassen erkennen, daß das Volk von dem gleichen Gedanken erfüllt war. Es konnte sich also nur darum handeln, zu prüfen, ob die [illegible]

Sey

095405

095406

H3291-0119

zu arbeiten bereit war, er habe infolgedessen nachkommen und sich
dort meinem Wunsch entgegen. Bei infolgedessen Zusammenge-
tretenem Ministerrat genehmigte auf meinen Antrag den Gesetz-
entwurf, der infolgedessen durch meine Rechtsabteilung einige
Formulierungsänderungen erhalten hatte. Die Abstimmung für
10. April war schon im 1. Entwurf vorgesehen. Nach der Ver-
fassung vom 1. V. 1934 konnte jede auch staatsgrundgesetzliche
Verfassungsänderung vom Ministerrat mit Zustimmung des Bun-
despräsidenten beschlossen werden. Eine Abstimmung oder Ge-
nehmigung durch das Volk war nirgends und in keinem Falle
vorgesehen. Falls der Bundespräsident aus welchem Anlaß
immer seine Funktion zurücklegt oder dauernd nicht aus-
üben kann, gehen seine Befugnisse auf den Bundeskanzler
über. Ich begab mich mit Wolff zum Bundespräsidenten.
Dieser erklärte mir, daß er nicht wisse, ob die Entwicklung zum Heil des deut-
schen Volkes ausschlagen werde, er wolle aber dieser Entwicklung nicht
entgegenstehen und zurücktreten, worauf ja alle verfassungsmäßigen
Rechte auf mich übergingen. Die Möglichkeit meines Rücktrittes oder
meiner Entlassung wurde dabei ganz kurz gestreift und als gegeben [illegible]
[illegible] als im Zusammenhang selbstverständlich erkannt. — Ich bemerke
in diesem Zusammenhang, daß, wie ich später erfuhr, auch für eine
[illegible] vorgesorgt war, als ein [illegible]-
[illegible] auf der [illegible]verwaltung bestellt war. Dieser stellte sich
[illegible] ein paar Tage später mit der Bemerkung vor, er
sei voll überflüssig, was ich [illegible] bestätigte. Er ist nicht in
Funktion [illegible] in Erscheinung getreten. — Ich verhandelte mit dem
Bundespräsidenten [illegible], in denen unsere Ansprache und sein
Rücktritt festgelegt waren. Hierauf begab ich mich im Wagen
nach

095407

H3291-0121

3254 PS

nach Linz. Dort traf ich etwa am Mitternacht ein und meldete
dem Führer und Reichskanzler den Vollzug des Wiedervereinigungs-
gesetzes. Hitler war sehr bewegt. Er war lange still, Tränen
rannen ihm über die Wangen. Schließlich sagte er – anwesend
waren SS-Sch. Steuchart und mein Staatssek. Wimmer, – daß es ihm
vor allem Genugtuung bereite, seine Heimat ohne Blutstropfen in
das Reich geführt zu haben. Er fügte bei: ja richtiges politi-
sches Handeln erspart Blut. Ich war der festen Meinung, daß
der Grundsatz seines Handelns und seiner Staatsfüh-
rung sei. Nun trat ich vor und bat, da ja der Inhalt mei-
nes politischen Wollens erfüllt sei, mich zu entlassen und in
den Rechtsanwaltsberuf zurückkehren zu lassen. Hitler be-
hielt sich die Entscheidung vor.

Der Vormittag des nächsten Tages war mit Gesuchen
aus dem Reich ausgefüllt. Der Führer kam nachmittags nach
Wien. Wie in allen Dörfern und Städten standen die Menschen
in tiefen Reihen gestaffelt und begrüßten Hitler stürmisch.
Stundenlang zogen sie am Hotel Imperial vorbei. Sachliches
wurde nicht mehr erörtert. Am 15. war eine große Kundgebung
am Heldenplatz. Hier und auf der Ringstraße waren sicher
500–600 000 Menschen versammelt. Die Begeisterung läßt sich
nicht schildern. Ich holte den Führer vom Hotel ab. Er er-
kundigte sich, wer sprechen werde. Als ich bemerkte, daß ich
ihn begrüßen werde, verlangte er das Konzept meiner Rede.
Ich gab es ihm – der Wortlaut ist bekannt, er entsprach voll-
kommen meiner Stimmung. Hitler erklärte sich einverstanden,
gab mir das Konzept zurück und sprach etwas zu seiner
Umgebung.

A 095408

H3291-0123

Bürckel: „Auf diese Weise wurde sich die Anschlußfreudigkeit der Ostmärker bald in eine Reichsmüdigkeit verwandeln". Es änderte sich aber nicht viel. An den Führer kam ich immer schwerer heran. Hier wirkten offenbar Bürckel und Heidrich, die sich sonst nicht so gut verstanden.

Mich bedrückte diese Gleichschaltung nicht auf lange Sicht. Ich war überzeugt, daß sich die spezifischen österreichischen Eigenheiten und Fähigkeiten mit der Zeit durchsehen werden. Tatsächlich wurden im Verlauf des Krieges – obwohl doch dieser für eine Verwaltungsaufbauarbeit nicht geeignet war – manches an österreichischen Einrichtungen, was zuerst vor der Reichsregelung zurücktreten mußte, wieder und nun im ganzen Reich eingeführt. Z.B. auf dem Gebiet der Sozialversicherung, im Schulwesen u. s. w. Freilich für diesen Entwicklungsprozeß hätte es einer friedlichen Aufbauzeit bedurft. Ich glaubte dort Hitler sein Gelenntnis ausgesprochen hatte, als er am 15. März auf dem Heldenplatz verkündete, daß er mit der Heimführung Österreichs die größte Vollzugsmeldung seines Lebens erstatte. Offenbar wollte er später noch größere erstatten.

Die Wahl am 20. April erbrachte praktisch die Einstimmigkeit des Anschlußwillens Österreichs. Zu behaupten, das wäre damals nicht der Wille der österr. Bevölkerung gewesen, ist ebenso einfach und billig, wie falsch. Es waren genügend neutrale Beobachter im Lande, um das Gegenteil zu bezeugen. Das Wahlverfahren, Listen, Kommissionen und Abstimmung waren vollkommen verfassungsmäßig, die Wahl frei und geheim. In den Kommissionen saßen nicht nur „alte Kämpfer" sondern auch staatliche und öffentliche Beamte. Bürckel hatte

am

095410

am 18. April – ich befand mich auf der Fahrt von Innsbruck nach Graz – den Auftrag gegeben, daß die Partei die Wahlresultate sammeln und ihm zuerst zu melden habe. Als ich dies am 19. erfuhr, habe ich den sofortigen Widerruf dieser Anordnung verlangt, da ich sonst dem Führer gegenüber jede Verantwortung für eine ordnungsgemäße Durchführung ablehnen würde. Bürckel widerrief. Es mag sein, daß bei Entscheidungen über die Gültigkeit eines Wahlzettels, u. s. w., diese zugunsten der Partei und des Deutschlands erfolgten. Dies kann kaum wenige Prozente ausmachen. Richtig ist daß jede offizielle Gegenpropaganda fehlte und die eigene Propaganda – sagen wir – überwältigend war. Auch die höhere Geistlichkeit trat mit einem positiven Aufruf hervor. Die Deutschen Oesterreichs haben ihre Stimme weniger nach parteipolitischen Überlegungen abgegeben, sondern nach dem Ruf ihres Herzens. Dieser wird immer wieder laut werden. Die Wiedervereinigung ist völkerrechtlich und international anerkannt worden, die Vorgänge des März 1938 sind daher ein abgeschlossener und anerkannter Tatbestand.

Abschließend will ich noch einmal erwägen, ob damals eine andere Lösung der österr. Frage möglich gewesen wäre. Ich komme auch heute zu dem Schluß, daß nicht im schließlichen Endziel aber in der Methoden und Zeitmaßen nur mein Plan eine Aussicht gehabt hätte, wenn die österreichische Lautführung überhaupt an eine Lösung in die Richtung der nationalen Opposition gedacht hat. Dies hat sie aber auf die Verantwor-

tung

H3291-0124

095411

getan. Die Heranziehung meiner Person hatte gar keinen andern Zweck. Ich selbst habe immer mit offenen Karten gespielt. Schuschnigg wird sich durch mich nie getäuscht gefühlt haben. Daß es zu meiner Lösung nicht kam, lag wohl daran, daß die vaterländische Front also der österr. Klerikalismus dem unter der verhaßten nat. soz. Führung stehenden Reich nicht die Vorteile und Hilfen eines an der Seite des Reiches gehenden Oesterreich geben wollte und daß Hitler dem ihm verhaßten österr. Klerikalismus nicht durch eine Zusage das politische Gestehen sichern wollte. Mich haben beide Erwägungen nicht gestört, ich dachte an das gesammtdeutsche Interesse. Als der Anschluß vollzogen war, war ich von tiefer Dankbarkeit dem Führer gegenüber erfüllt.

Mein eigenes Verhalten noch einmal prüfend, bekenne ich, daß mein Denken und Handeln von einer Grundkomponente erfüllt war, meinem gesammtdeutschen Willen, das durch vernünftiges, spannungslösendes politisches Handeln realisiert werden sollte, um eine Streitfrage aus der Welt zu schaffen, nicht eine neue zu sehen. Daß ich ein einmal begonnenes Werk nicht im Stich lassen wollte, ist auch begreiflich. Daß zur Durchführung Energie gehört, lehrte mich die enttäuschende Erfahrung aus der Behandlung dieser Frage durch die Westmächte. Ich war von der Möglichkeit meines Planes überzeugt. Die Legalität des Schlußaktes war gegeben.

H3291-0125

095412

3254PS 59

geben. Spielte auch ein Geltungsbedürfnis mit? Wer ist nicht doch auch ehrgeizig? Es sei denn, er kommt als ein Weiser auf die Welt oder hat große und schwere Erfahrungen hinter sich. Ich bin nicht als ein Weiser geboren worden und die Zeit der schwersten Erfahrungen standen für mich und jeden Deutschen erst bevor. Ich glaube aber sagen zu können, daß ein Geltungsbedürfnis niemals das Gewicht seiner Verantwortung überwogen hat.

So habe ich die Zeit vom Juli 1934 bis März 1938 geschildert, soweit sie mir bekannt ist. Ich habe diese Darlegungen ohne Zuhilfenahme schriftlicher Aufzeichnungen oder anderer Erinnerungsbehelfe aus dem Gedächtnis machen müssen. Sie werden daher notwendiger weise lückenhaft sein, sie wurden aber nach bestem Wissen und Gewissen gemacht.

Nürnberg, 9.9.45

[signature]

095413

H3291-0126

Seyss Inquart

H3291-0127

3254 PS

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.

Seite 1-26

Als der Präsident der Ver. Staaten v. Nordamerika Woodrow Wilson im Laufe des 1. Weltkrieges die These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aufstellte, sprach er die auf die Kriegsfestigkeit der Deutschen im Reich und der oest. ung. Monarchie wirksamste Parole aus. Auf sie gründete sich nämlich die Hoffnung, daß allen schon erlittenen Schäden und gegebenenfalls zu erwartenden Nachteilen dieses Krieges im Falle seiner Beendigung nach der verkündeten These vom Selbstbestimmungsrecht die Wiederverwirklichung des in der deutschen Geschichte zu jeder Zeit, mit besonderem Nachdruck von der Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt im Jahre 1848 – vertretenen Grundsatzes der deutschen Einheit gegenüberstehen werde. Die Erfüllung dieser These bedeutet nämlich für das deutsche Volk den Zusammenschluß aller im geschlossenen Siedlungsgebiet im mitteleuropäischen Raum wohnenden deutschen Volksangehörigen. Das Streben nach diesem staatlichen und wirtschaftlichen Zusammenschluß zu einer größeren Raumordnung und die Auswirkung der Unterbindung seiner Verwirklichung zum Nachteil des deutschen Volkes und in Begünstigung

095414

der übrigen.

übrigen nationalen Nachfolgestaaten bestimmten wesentlich die Entwicklungen und Ereignisse in Mitteleuropa vom Jahre 1918 an. Es handelte sich hiebei um die Deutschen der nach dem 1. Weltkrieg geschaffenen Republik Oesterreich, im Saargebiet, in der Tschechoslowakei, in Danzig, allerdings auch in Südtirol, wobei die über diesen Raum von der Reichsführung später getroffene Regelung im deutschen Volk geteilte Aufnahme gefunden hat. Dazu kamen noch die Deutschen, die im unmittelbaren Siedlungsverband an den neugeschaffenen Grenzen außerhalb des Reiches wohnten. Insgesammt sind durch die Verträge, die den 1. Weltkrieg beendeten, mehr als 8 Millionen Deutsche und zwar innerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes außerhalb des Reiches und der Republik Oesterreich einer nicht deutschen Staatshoheit unterstellt worden. Mit den Deutschen Oesterreichs blieben also mehr als 14 Millionen Deutsche des geschlossenen Siedlungsgebietes also gut ein Fünftel der Nation außerhalb der Reichseinheit. Die Bewohner von Elsaß-Lothringen sind in dieser Zahl nicht einbegriffen. Soweit sich die abgesplitterten Volksteile in den Nachfolgestaaten im Osten und Süden des Reiches befanden, waren sie einem zunehmenden Entnationalisierungs- und Verdrängungsprozeß ausgesetzt.

Politisch ist das Streben nach dem Zusammenschluß

aller

H3291-0128

A 095415

H3291-0129

3254PS

aller Deutschen in der jüngsten Geschichte als großdeutsche Frage in Erscheinung getreten. Sie fußt sowohl auf einer Ordnungsidee für den mitteleuropäischen Raum als auch auf der Volkstumsidee. Als Ordnungsidee hat sie die Aufgabe, einen und vielleicht den wesentlichen Beitrag zur Wohlfahrtsgestaltung eines Raumes zu leisten, der in einer ausgeglichenen wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft leben kann. Sie verlangt daher die Sicherung der eigenständigen Entfaltungsmöglichkeit für alle Raumbeteiligten, orientiert und gefördert durch die gemeinsamen Interessen. Die Volkstumsidee verlangt die staatspolitische Einheit zumindest volkspolitische Gemeinschaft des gleichen im geschlossenen Siedlungsverbande lebenden Volkstums. Die Rücksichtnahme auf diese Ziele erfordert eine entsprechende Gestaltung der Verwirklichung beider Prinzipien und Abstimmung aufeinander. Wird dieser Forderung entsprochen, so kann ein gerechter Einwand gegen die Erfüllung der sich aus diesen Prinzipien ergebenden Folgerungen nicht erhoben werden.

Die Volkstumsfrage ist im besonderen eine deutsche Frage, weil vor allem Deutsche in größerer Zahl im geschlossenen Siedlungsgebiet aber nicht in einer staatlichen Einheit und überdies in Gruppensiedlungen in den anschließenden Räumen leben. Der Ausgangspunkt jedenfalls der Zeitpunkt des Bewußtwerdens der volksdeutschen Idee ist – anschließend an die unter der schwarz-rot-goldenen Fahne vorsichgehenden Rundgebungen des Jahres 1848 – das Jahr 1866. Bis dahin waren die Alpen- und Donauländer, die vom Reich her besiedelt worden waren, also seit dem Beginn ihres völkischen und staatlichen Bestehens Teile des Reiches und eigentliches Reichsgebiet. Mit dem Frieden von Nikolsburg im Jahre 1866 schied das Habsburgerreich mit seinen Reichsteilen aus dem deutschen

Bunde

A 095416

3254 PS

Bunde aus. Die Deutschen dieser ehemaligen Reichsteile fühlten sich nach wie vor als Deutsche, aber sie waren fortan nicht mehr Reichsdeutsche sondern Volksdeutsche. Für sie schieden sich diese beiden Begriffe und die Merkmale ihrer Feststellung. Deutscher ist nicht oder nicht nur mehr derjenige, der in einer Reichsdeutschen Bevölkerungsurkunde als Bürger des Reiches eingetragen ist, sondern auch derjenige, der nach seiner Abstammung dem deutschen Volk zugerechnet werden kann. Hiemit ist gegenüber dem etatistischen Prinzip des 19. Jahrhunderts das völkische Prinzip in Erscheinung getreten. Nur bei genauer Kenntnis dieser Tatsachen und der Volkstumsverhältnisse und -geschichte des mitteleuropäischen Raumes ist die großdeutsche Frage in Sonderheit die Frage des Anschlusses der Donau- und Alpenländer an das Reich auch als eine Volkstumsfrage zu verstehen. Sie erlaubt keine schematische Lösung durch Außenbetrachter, sollen in diesem Teile Europas nicht immer wieder neue Störungen entstehen.

Nur in der Zeit vom Jahre 1866 bis zum Jahre 1938 sind diese Länder nicht Bestandteile des deutschen Reiches gewesen, sondern gehörten bis zum Jahre 1918 ausschließlich zur Festung. Monarchie also nicht mehr auch zum Reich und bildeten vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1938 die Republik Oesterreich. Es ist gewiß von Interesse, daß es vor dem Jahre 1917 den Begriff Oesterreich als territoriale Zusammenfassung und staatsrechtliche Bezeichnung nicht gegeben hat, auch nicht zur Unterscheidung von den Ländern der ungarischen Krone. Der Namen „Oesterreich" ist ein dynastischer Begriff gewesen. Lediglich die 1. Ostmark, die Karl der Große gegen die Avaren

gegründet

H3291-0130

A 095417

gegründet hatte, wurde in Urkunden als „Ostarichi" genannt. Sie ging im Magyarensturm unter. Die Markgrafschaft später das Herzogtum der Babenberger war die 26 Ostmark. Sie bestand mit der seit aus verschiedenen Ländern. Stammland war Österreich ob der Enns, von der aus - in groben Zügen gezeichnet - Österreich unter der Enns besiedelt wurde, bevor die Ostmark und später Habsburgerbesitz. Die Enns ist die derzeitige Demarkationslinie zwischen der russischen und amerikanischen Besatzungszone. Als „Haus Österreich" wurde das Herrscherhaus der Habsburger in Bezug auf seinen Gegensatz zum spanischen - in Mitteleuropa liegenden Besitz bezeichnet, das in einem eigenen Hausgesetz, der pragmatischen Sanktion, per Regelung und Sicherung der Erbfolge nach dem ohne männliche Leben verstorbenen Kaiser Karl VI. besonders festgestellt wurde. Als in Auswirkung des Ausgleiches der Jahre 1848 und 1866 Ungarn eine verhältnismäßige Absonderung und Selbstständigkeit gegenüber dem übrigen Länderbestand erhielt, wurde das ungarische Königreich als „die Länder der heiligen Stephanskrone" zusammengefaßt, der verbleibende Teil aber staatsrechtlich nicht mit „Österreich" bezeichnet. Sie vermieden die Habsburger schon deshalb, um an der Tradition oder Einheit des gesamten damaligen Habsburgerbesitzes unter dem Begriff „Österreich" festzuhalten. Die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder wurden nach der Einführung der Konstitution staatsrechtlich z.B. in der Promulgationsklausel der Gesetze etwas umständlich als „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder" bezeichnet. Erst

A 095418

H3291-0131

net. Erst im Jahre 1917 erhielt dieser Komplex durch einen Erlaß Kaiser Karls die Bezeichnung „Deutschösterreich", gewissermaßen nicht als ein Gegengewicht gegenüber Ungarn, denn als einen für die übrigen Länder gemeinsamen politischen Akt. Dieser fand auch sofort heftigen Widerspruch bei den Tschechen aber auch bei den Polen.

Vom Jahre 1866 bis zum Jahre 1918 sahen die Deutschen im deutschösterreichischen Teil der Donaumonarchie ihre Aufgabe darin, diesen Staat zusammenzuhalten, um sie den deutschen Gebieten zu erhalten. In dem Augenblick, in dem mit dem Zusammenbruch der Monarchie diese Aufgabe, für die die Deutschen jahrhundertelang ununterbrochen Opfer aller Art gebracht hatten, beendet war, erwachte sofort der Selbstbestimmungsgedanke. Schon im November 1918 beschloß die Nationalversammlung den Anschluß. Diese Nationalversammlung benannte ohne Zweifel Deutschösterreich. Als es klar war, daß diese Bezeichnung nicht geduldet werden würde, versuchte man den Namen „Österreich, deutsche Alpenlande" einzuführen. Im Vertrag von St. Germain wurde der Namen „Republik Österreich" festgesetzt. In der Folge haben die Deutschen Österreichs diesen Wünschen wiederholt dadurch Ausdruck, daß sie in freien Landtagswahlen über den Anschluß an das Reich abstimmten und mit rund 98 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung – alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen über 21 Jahren – die Einstimmigkeit der Bevölkerung selbst in dieser Frage bewiesen. Auch diese Kundgebungen wurden in der Folge unterbunden. Die Anschlußbewegung in Deutschösterreich war überparteilich. Christlichsoziale, Sozialdemokraten und

H3291-0132

A 095419

ten und natürlich Deutschnationale beteiligten sich mit ausdrücklicher Zustimmung ja auf Anregung ihrer Parteileitungen an den Anschlussorganisationen und bezüglichen Kundgebungen. Unter den überzeugten Anschlussanhängern befanden sich auch zahlreiche Juden.

Es wurden viele Versuche unternommen, durch eine wirtschaftliche Verbindung den Raum der eben zerschlagenen Donaumonarchie wiederherzustellen. Die Donaukonföderationspläne z.B. der Tardieuplan geben hievon Zeugnis. Deutschland kam nicht dazu, zu diesen Versuchen Stellung zu nehmen, da die in Aussicht genommenen Teilhaber diese Pläne ablehnten. Alle Fragen wurden und zwar in positiver Absicht eingehend geprüft. Das bezügliche Material mit gleichwohl negativem Ergebnis liegt vor. Es war schließlich klar, daß ohne Deutschland der Donauraum niemals jene wirtschaftliche Ausgeglichenheit erhalten kann, die auf eine befriedigende Entwicklung hoffen läßt. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Harmonie der Donaumonarchie ging fehl, da sich das Wirtschaftsgebiet derselben mit den nun notwendigerweise einzubeziehenden Gebieten der sogenannten Nachfolgestaaten nicht dichte und sich die Wirtschaft in diesen Staaten inzwischen geändert nämlich entwickelt hatte. Übrigens liegt einer der tieferen Gründe für den Zerfall der Monarchie und in gewisser Beziehung für den Ausbruch des 1. Weltkrieges gerade in den zunehmenden wirtschaftlichen Spannungen sowohl im östl. ung. Raum als auch z.B. in den unbefriedigenden Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Mit dem Plan einer Zollunion, der ohnedies ein wenigstens vorläufiges

H3291-0133
095420

3254-15

stens vorläufiges Zurückstellen den Anschlußplan bedeutete, war den westlichen Demokratien die letzte Gelegenheit gegeben gewesen, eine gesunde evolutionäre Entwicklung einzuleiten. Sie wurde versäumt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Niederlage, die die demokratischen Mächte gerade ihren Parteigängern im Reich und in Oesterreich beigebracht haben, die Autorität der letzteren in den Augen der Bevölkerung empfindlich geschmälert hat. Wäre den politischen Führern der demokratischen Parteien dieser Erfolg und damit die Gelegenheit einer evolutionären nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung gegeben worden, so hätte der Nationalsozialismus bzw. die N.S.D.A.P. kaum den Erfolgsweg in seiner besonderen Weise genommen. Die Bewegung hätte sich wahrscheinlich sowohl in der geistigen Grundhaltung jedenfalls in der Methode stärker in den damaligen Gegebenheiten gehalten. Bestimmt trifft dies für Oesterreich zu.

Der Nationalsozialismus als Bewegung und als politische Idee ist in Oesterreich zuerst durch das Parteiprogramm bekannt geworden, nachdem die Ereignisse vom 9. November 1923 in München die Aufmerksamkeit auf Adolf Hitler gelenkt hatten. Diese Bewegung wurde in erster Linie als eine Reaktion auf die in jeder Beziehung unbefriedigend lassenden Verhältnisse gewertet, die durch die Friedensverträge und deren Auswirkungen entstanden waren. Doch hielt die Idee des Nationalsozialismus, wie sie im Parteiprogramm festgelegt war, erwarten, daß mit ihr ein Ausgangspunkt und eine Grundlage für die Neugestaltung einer gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen

A 095421

H3291-0134

wirtschaftlichen Ordnung gegeben ist, die seit der französischen Revolution in Kurs geraten war und über die kapitalistischen und kollektivistischen Entwicklungserscheinungen noch nicht zu einem harmonischen Ausgleich zwischen den Einzel- und Gemeinschaftsinteressen gefunden hatte. Als die Partei in Oesterreich in Erscheinung trat, erweckte ihr Auftreten durch die Uniformierung, die als eine Art Militarisierung des politischen Lebens empfunden wurde, einiges Erstaunen, doch war eine psychologische Vorbereitung schon insoferne gegeben gewesen, als wohl in Ermanglung einer echten soldatischen Organisation in Form eines Heeres der republikanische Schutzbund der Marxisten und die Heimatschutzbewegung die einheitliche paramilitärische Uniformierung in das politische Leben eingeführt hatten. Die N.S.D.A.P. in Oesterreich bot in der Folge kein eigenständiges Bild, sie war vom Reich her geformt und geistig bestimmt, ihre Wertung erfolgte im Hinblick auf ihre Entwicklung und Bedeutung im Reich. Hier war die nat. soz. Bewegung in ihrer zeitlich bedingten Erscheinungsform der N.S.D.A.P. vor allem eine Gegenbewegung gegen die kommunistische Partei. Da die bürgerlichen Parteien und das parlamentarisch-demokratische System den seitens der Kommunisten damals angewandten Methoden nicht gewachsen waren, entstanden in der N.S.D.A.P. neue Formen politischer Willensäußerungen, die durch ihre Fielsetzung, Zurückdrängung des Kommunismus, organisatorisch bestimmt wurden.

Es muß daran festgehalten werden, daß alle geistigen, politischen ja auch wirtschaftlichen Erscheinungen im Reich auf die österreichische Situation ihre Rückwirkungen gehabt haben. Nach

einiger

H3291-0135

A 095422

einiger Zeit traten sie auch in Oesterreich auf, manchmal z.B. die Inflation begannen sie in Oesterreich. Für die Bekämpfung der Kommunisten allerdings bestand in Oesterreich keine Notwendigkeit. Die oesterreichische Sozialdemokratie war eine radikale Variante des Marxismus – ähnlich der unabhängigen Sozialdemokratie im Reich –, die möglicherweise die kommunistischen Tendenzen aufgefangen hatte. Die Arbeit der Sozialdemokratie war zumindest auf lange Sicht kollektivistisch ausgerichtet, in ihren Methoden seit dem Jahre 1927 aber evolutionär. Im Juli 1927 hatte die revolutionäre Epoche einen gewissen Höhepunkt erreicht, der zur bekannten Demonstration mit dem Niederbrennen des Justizpalastes geführt hatte. In Reaktion auf diesen Vorfall war der oesterreichische Heimatschutz groß und von Bedeutung geworden. Der Sozialdemokratie gegenüber hatten sich die bürgerlichen Parteien zur antimarxistischen Front zusammengeschlossen. Beide Gruppen standen sich im schroffen Gegensatz auf allen Gebieten des öffentlichen z.T. auch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gegenüber. Das politische Leben, das den Tagesnotwendigkeiten schlecht und recht nachkam, hatte den Charakter eines Stellungs- und Grabenkampfes angenommen. Es gab nur wenig überparteilich behandelte Fragen so z.B. die Anschlußfrage, die trotz dieser innenpolitischen Gegensätze in gemeinsamen überparteilichen Organisationen und Kundgebungen vertreten wurde. Die Sozialdemokraten aber auch die Christlichsozialen sahen in den korrespondierenden Reichsparteien mächtige Bundesgenossen, mit denen sie enge Verbindung hielten.

H3291-0136

A 095423

dung hielten. Die Stellungnahme der Deutschnationalen war selbstverständlich. In dieser Situation wurde in bürgerlichen Kreisen dem betont antikommunistischen Charakter der NSDAP. nicht mit Unverständnis begegnet, wenn er auch für Österreich nicht vordringlich erschien. Er wurde aus der Sorge über die Entwicklung im Reich akzeptiert, da man sich darüber im Klaren war, daß ein kommunistischer Durchbruch jenseits der Grenzen mit der fast ähnliche Erscheinungen diesseits derselben zur Folge haben würde.

Die antisemitische Parole im Parteiprogramm der NSDAP. fand bei den Deutschen Österreichs Verständnis. Die Erörterung der Voraussetzungen und Bedingungen der politischen Entwicklung im Reich und in Österreich erfordert auch eine offene und leidenschaftslose Prüfung des Judenproblems im mittel- und osteuropäischen Raum. Daß ein solches Problem besteht, ergibt sich aus der Tatsache, daß in diesem Raum – etwa östlich der Linie Berlin-Frankfurt einschließlich bis weit in den polnischen und ukrainischen Siedlungsraum und den Balkan – über alle Staatsformen, Systeme und Parteien hinweg eine antisemitische Bereitschaft entstanden ist, die fallweise in einen aktiven und radikalen Antisemitismus ausgebrochen ist, sobald und solange das jüdische Element in diesem Teil in Europa in Erscheinung trat. Über diese Tatsache hilft kein Verreden oder konfessioneller oder humanistischer Vorhalt hinweg. Es ist besser, die Ursache dieser Erscheinung zu prüfen und Entwicklungen einzuleiten, die dieses allen Teilen größten Kummer bereitenden Tatsache abhelfen. Die Ursache mag darin zu suchen sein, daß die Führungsschichten in diesem Raum möglicherweise

H3291-0137

095424

H3291-0138

beispielsweise aus geopolitischen Gründen den Beruf im Soldatentum oder der Staatsverwaltung gestützt auf den eigenen Grundbesitz sahen. Das Judentum, das unter den ungünstigsten Bedingungen in seiner Masse noch immer in gesonderten Stadtvierteln wohnte, fand vorerst durch initiative Einzelpersonen in den gesellschaftlich minder bewerteten Wirtschaftsberufen Eingang. In diesen wurden ihnen gewisse Zweige z.B. das Geld- und Kreditwesen, der Handel daneben noch eine Reihe sog. freier Berufe z.B. das Pressewesen, die Advokatur aber auch die Vergnügungsbetriebe nahezu ausschließlich überlassen. Mit der wachsenden Bedeutung dieser Berufe entwickelte sich ein direkter Gegensatz zwischen den alten und den neuaufgekommenen Berufsgruppen, denn aus seinen minderbewerteten Positionen heraus nahm das Judentum Stellung gegen die traditionellen Autoritätsträger, um zugleich mit der vorhandenen Ordnung die Mehr- oder Überbewertung der ihm aus welchen Gründen immer nicht zugänglichen Führungsschichten zu beseitigen. Dieser Vorgang hat keine Parallele im Westen Deutschlands oder Europas, wo zumal im kalvinistisch-puritanischen Raum der Wirtschaftsstand als erster Stand gilt und die in diesen aufgenommenen Juden zu den überzeugtesten Verfechtern der bestehenden Ordnung wurden. Im kontinentalen Raum wurde das Problem dadurch offengehalten, daß fortgesetzt zu den sich mit der Zeit in die bestehende Ordnung einlebenden Juden neuer Zuzug aus den sozial gedrückt lebenden Siedlungen kam, der sich schon aus diesem Grunde im Gegensatz zur bestehenden Ordnung fühlte und auch stand. Deshalb haben verschiedenste Kreise die zionistischen Bemühungen positiv bewertet, nämlich diese mit besonderer Initiative und Intelligenz ausgestatteten Menschen, die sich mit ihren Fa-

milien in

095425

mitten in sozial gedrückten Stellungen befanden, durch grobzügige Betreibung der jüdisch-nationalstaatlichen Siedlungsideen zu unterstützen. So liegt das Problem. Jedenfalls war in der christlichsozialen Partei noch von ihrem Gründer her eine antisemitische Tendenz vorhanden und selbst geistliche bewiesen eine solche Einstellung. Sogar in sozialdemokratischen Kreisen konnte man die Ansicht hören, man dürfe nicht zuviel Juden in prominenten Stellungen in Erscheinung treten lassen, da das Volk dies nicht gern sehe.

So war ein Großteil des nat. soz. Parteiprogramms wenn auch nach Schichtung verschieden der Bevölkerung in Oesterreich nicht unsympathisch. Die nicht gewohnten und befremdend wirkenden Methoden wurden aber vor allem deshalb in Kauf genommen, weil die nationalen Fiele mit aller Energie nach vorne getrieben wurden. Die geschichtlichen und völkischen Voraussetzungen für diese Einstellung wurden bereits auseinandergesetzt. Dazu kam, daß die Deutschen Oesterreichs nicht gewohnt waren, in den engen Raum eines 6½ Millionenstaates sondern als Kraftraumzentrum eines 56 Millionenreiches zu leben. Diese Lage wirkte sich auch wirtschaftlich aus, denn die für ein so kleines Wirtschaftsgebiet notwendig vorsichtige und daher deflationistische Notenbankpolitik wurde als Ursache der erschütternd hohen Arbeitslosenzahl - über 600000 Menschen d.s. etwa 10% der Bevölkerung - angesehen. Während das Erscheinungsbild des Nationalsozialismus im Ausland in seinen negativen Auswirkungen (Rassenstandpunkt und dessen

Durchsetzung.

H3291-0139

095426

Durchsetzung, Auf- eigentlich Nachrüstung, einseitige Durchsetzung des Lebensraums, außenpolitische Überraschungen) das Bild formten, scheint das Bild im deutschen Raum anders. Hier - vorzüglich im Reich - bedeutet der Nationalsozialismus vor allem die Beendigung einer völlig unfruchtbar gewordenen politischen Ordnung und Beseitigung der Arbeitslosen. Die aus der Steigerung der Produktion und Erhöhung der Konsumfähigkeit sich ergebende wirtschaftliche Entwicklung wechselte im Zusammenhang mit dem durch das nat. soz. Programm erfolgenden Aufruf zur Familie und zum Kinde im deutschen Volk gesunde moralische Kräfte. Allenthalben entstand Zuversicht in die Zukunft, was sich in der Steigerung der Zahl der Eheschließungen und Geburten ausdrückte. Das wachsende Bewußtsein der völkischen Zusammengehörigkeit brachte die deutschen Menschen einander näher und bereicherte ihre soziale Empfindungsfähigkeit. Schließlich gewann Deutschland und damit das deutsche Volk in der Welt wieder Geltung. Die Differenzierungen aus dem Versailler Vertrag fielen fort. Nicht zuletzt verfolgte und erreichte der Nationalsozialismus im wesentlichen den Zusammenschluß der im geschlossenen Siedlungsgebiet wohnenden Deutschen, ein Ziel das seit dem Jahre 1918 alle deutschen Parteien zur Beseitigung der besonders auch in Oesterreich schmerzlich berührenden Verhältnisse der deutschen Minderheiten vor allem in den Nachfolgestaaten angestrebt aber nicht erreicht hatten.

Nur so ist es zu erklären, daß der in Oesterreich auch politisch mächtige Katholizismus in so eine Bedrängnis kam,

daß er die

095427

H3291-0140

H3291-0141

daß er die immer noch besser als im Reich funktionierende demokratische Basis verließ, um sich mit Hilfe eines autoritären Regimes zu halten, ohne dieses Ziel aber erreichen zu können. Die weitaus überwiegend katholische Bevölkerung Österreichs war vor allem in den ländlichen Bezirken und den mittleren und kleineren Städten auch politisch katholisch orientiert. In den großen Städten und Wien wurden die wirklich noch praktizierenden Katholiken von Sachkundigen auf etwa 20 % der Bevölkerung geschätzt. Soweit hier die Arbeiterschaft nicht sozialdemokratisch also freidenkerisch eingestellt war, war das Bürgertum aus der liberalen Zeit her noch freisinnig. Für die Masse der katholisch gesinnten Bevölkerung war der Katholizismus eine Glaubenssache, der ihre Lebensweise zumeist im Wege des Brauchtums weitgehend beeinflußte. Die Überzeugung, daß auch das politische Leben von der Glaubensseite her geleitet werden müsse, war nicht unbedingt vorhanden, wenn nur der Glaubensbereich unangetastet blieb. In dieser Beziehung schien das Parteiprogramm der N.S.D.A.P. Beruhigung zu geben, zumal Adolf Hitler selbst den Kirchenkampf schönerers kritisiert hatte. Die ersten praktischen Erfahrungen, Einführung des Schulgebetes in Thüringen, widerlegten diese Meinung nicht. Die nat. soz. Parteigenossen gingen auch in Uniform zur Kirche, Fahnen der Bewegung wurden eingesegnet. Anders war natürlich die Einstellung der Politiker. Die höhere Geistlichkeit sah über diese Dinge hinaus. Sie sah nämlich im Nationalsozialismus eine Weltanschauung – nicht so sehr in den Äußerungen des Führers als der Männer, die als die Interpreten der Idee galten – die in ihrer unausweichlichen Totalität dem Totalitätsanspruch der katholischen Kirche entgegentreten würde. Aber nicht das Verhalten der wenig bedeutsamen nat. soz.

095428

einen nat. soz. Führer in Oesterreich war für die Stellungnahme des Episkopats maßgebend, sondern die Beobachtung der Vorgänge im Reich. So ist die zeitweise Zurückhaltung aus der jahrhundertealten Erfahrung und Übung der Kirche solchen Erscheinungen gegenüber zu erklären, ebenso das Auftreten gegen die Partei z. B. im Hirtenbrief des Jahres 1930. Immer war die Haltung des höheren Klerus mehr eine Hilfestellung für die Kirche in Deutschland, auch wenn die Wege nicht parallel gingen als eine Reaktion auf die Erscheinungen in Oesterreich. Es gab im Katholizismus Oesterreichs auch geistige Richtungen mit positiver Einstellung zum Nationalsozialismus so z. B. in dem Kreise der „Neuländer" um die „schönere Zukunft". Diese hofften aus einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf eine geistige Erneuerung des katholischen Lebens.

In dieser Situation führte vor allem die Reaktion auf das zunehmend als antideutsch empfundene Verhalten der österreichischen Regierung – die Bevölkerung sah nach dem 30. Jänner 1933 in der antinationalsozialistischen Haltung besonders auf außenpolitischem Gebiet auch eine gegen das Reich gerichtete Stellungnahme – schließlich den Großteil der Intelligenz und Jugend in das Lager der N.S.D.A.P. mit den radikalen und mit aller Energie vorgetriebenen Anschlußpropaganda. Die Arbeiter ließen sich nicht als entschiedene Gegner der Anschlußparole gewinnen, da sie die gründliche Bereinigung der Arbeitslosenfrage im Reich erlebt hatten, die Bauern beobachteten die Entschuldung und Erbhofgesetzgebung und hofften im übrigen auf eine Erhöhung und Verbesserung ihrer

Produktions-

095429
H3291-0142

H3291-0143

Produktions- und Absatzverhältnisse durch den Reichsmarkt. Vor allem aber waren bis vor kurzem die eigenen christlichsozialen und sozialdemokratischen Politiker für den Anschluß eingetreten. Die politische Entwicklung in Oesterreich nahm ihren geradezu zwangsläufigen Weg, sobald die außenpolitische Abdeckung des „oesterreichischen Regimes" schwächer und das Reich stärker geworden war und die oesterreichische Regierung, um den innenpolitischen Auswirkungen dieser Entwicklung auszuweichen, die in Oesterreich bisher besser als im Reich funktionierende demokratische Basis verlassen hatte. Diese Auswirkungen bestanden unter andern darin, daß bei verhältnismäßig geringen Einbußen der Sozialdemokraten die bürgerliche Wählerschaft unter dem Eindruck der oben geschilderten Lage aus dem christlichsozialen in das nat. soz. Lager hinüberwechselte. Dies zeigte sich besonders bei den Wahlen in die Gemeindevertretungen zuletzt in Innsbruck. Die Regierung sahe nunmehr unter Benützung eines an sich bedeutungslosen Geschäftsordnungsfalles die Volksvertretung außer Funktion und glaubte ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917 benützen zu können, um im Notverordnungsweg zu regieren. Weitere Wahlen wurden sistiert. Um einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, der von den Nationalsozialisten angerufen worden war, zu entgehen, wurde auch dieser auf dem gleichen Wege ausgeschaltet. Die zur Stützung des autoritären Kurses gegründete „vaterländische Front", die ihren gerade für ein autoritäres Regime wichtigen

militanten

095430

militanten Teil im Heimatschutz hatte, soweit er mitgegangen war, war vorerst nichts anderes als ein abgesplitterter Teil der „antimarxistischen Front". Infolgedessen mußte die offizielle politische Führung in Oesterreich, wollte sie sich ihre Gefolgschaft erhalten und nicht schon aus diesem Grunde der nat.-soz. Propaganda erliegen, einen scharfen antimarxistischen Kurs halten, wobei sie gerade durch ihre autoritären Methoden, die sich im wesentlichen ja doch nur auf die staatlichen Exekutivmittel stützten, in einen immer schärferen Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei geriet. Der Zusammenstoß war unvermeidlich. Als die Exekutive im Jahre 1934 die sozialdemokratischen Organisationen und deren Beteiligung in der Vertretungskörperschaften aufgelöst hatte, war die vaterländische Front auf eine radikal kleinhalbe Basis beschränkt, die auf diese Weise allerdings die Gelegenheitsverschwörer konnte, in die öffentlichen Verwaltungen ihre Leute zu entsenden. Das Gros der marxistisch eingestellten Wählerschaft blieb nach dem Tiberereignis ablehnend. Die große Zahl der der vaterländischen Front formal zugehörenden Mitgliederläuchte niemanden außer vielleicht die Frontführung selbst. Auf diese Weise zur Lösung auch nur eines der andrängenden Probleme zu kommen, war unmöglich. So wurde z. B. versucht eine Neuordnung durch Einführung einer ständischen Verfassung zu schaffen. Ein solcher Versuch wird immer fehlschlagen. Ein ständischer Aufbau kann auf Teilgebieten eine nützliche, autonome Geschäftsführung bringen, als Verfassungsgrundlage führt sie durch Ausschaltung der politischen Bewegungselemente notwendigerweise zu einer Erstarrung und Materialisierung

des öffentlichen

H3291-0144

09543

des öffentlichen Lebens. Auch das mit dem Vatikan abgeschlossene Konkordat wurde von der Mehrheit des Volkes als zumindest nicht mehr zeitgemäß abgelehnt und schmälerte die Autorität der Regierung. Als ein Gegengewicht gegen den Nationalsozialismus wurde der Legitimismus gefördert. Wenn überhaupt so ist in Oesterreich nur an eine Rückkehr der Habsburger zu denken gewesen. Außer einigen Offizieren der alten Armee und älteren Staatsbeamten mit starkem bewiesenen Anhang vielleicht auch einigen katholischen Würdenträgern konnte sich die Bevölkerung Oesterreichs eine solche Restauration der Habsburger schon territorial nicht vorstellen. Das arme kleine Oesterreich konnte so ein Herrscherhaus nicht ausstatten, die Ungarn wollten von einer neuen Verbindung mit Oesterreich nichts wissen und über die Einstellung der Nachfolgestaaten braucht nicht gesprochen zu werden. Es wirkte eine Förderung des Legitimismus nur kompromittierend.

Die Nationalsozialisten Oesterreichs standen unter dem Eindruck, durch ein verfassungswidriges Vorgehen der Regierung an der legalen Durchsetzung ihres politischen Wollens verhindert worden zu sein. Sie wurden selbst illegal. Vom Reich her kräftig unterstützt kam es zum Juliputsch des Jahres 1934. Die außenpolitische Lage wurde hierdurch äußerst gespannt. Oesterreich, allerdings im Sinne einer evolutionären Entwicklung zum Reich, zu erhalten, wäre nur möglich gewesen, wenn durch Vorgabe der politischen Betätigung für die Nationalsozialisten und Durchführung von Wahlen zur Klarstellung der tatsächlichen Stärkeverhältnisse eine gewisse Rückbildung aus dem autoritären und demokratischen Regime etwa zu einem zwei Parteiensystem und eine Übernahme sachlicher Verantwortung durch die

nationalsozialistische

H3291-0145

095432

H3291-0146

095433

H3291-0147

verhinderte. Dies war möglich. Jedenfalls aber wurde die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung, wie oben ausgeführt, nicht gefunden. Vielleicht war die innere Bereitwilligkeit hiezu auf beiden Seiten, der vaterländischen Front und der Reichsführung nicht vorhanden gewesen. Die am 10. April 1938 vorgenommene Abstimmung über die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem deutschen Reich erbrachte mit mehr als 99 % der abgegebenen Stimmen die Einmütigkeit des Anschlusswillens der Donau- und Alpenländer. Die Abstimmung erfolgte auf Grund der verfassungsrechtlich vorbereiteten zur allgemeinen Einsicht aufliegenden Wählerlisten, die Stimmabgabe war geheim, als Wahlkommissionen fungierten nicht die Partei sondern die nach den Wahlgesetzen vorgesehenen Organe unter Teilnahme der zuständigen öffentlichen Beamten. Gewiss hat die außerordentliche Propaganda ihren Anteil an diesem Ergebnis - auch die hohe Geistlichkeit trat mit einem positiven Aufruf hervor. Eine Gegenagitation fehlte, doch muss festgehalten werden, dass die Deutschen Oesterreichs wenn auch in einzelnen politischen Gruppen mit einigen Hemmungen der Vereinigung mit dem Reich erwartungsvoll entgegensahen. Die Anschlusskundgebungen waren überwältigend. An der Kundgebung am 15. März 1938 nahmen von 1.8 Millionen Einwohner der Stadt Wien 5-600 000 teil. Diesem als geschichtlich aufgefassten Ereignis gegenüber traten alle parteipolitischen Erwägungen zurück.

Die Auswirkungen des Anschlusses im Donauraum waren vorerst nicht ungünstig. Sicherlich standen die Donaustaaten der zu erwartenden Bildung eines Großwirtschafts-

raumes positiv

095434

raumes positiv gegenüber. Daß es hier später mehr als nur Rückschläge gab, lag abgesehen von dem allgemeinen Ablauf der Dinge darin, daß die Hast der Durchführung das ruhige Reifen verhinderte. Diese mehr neben der Wirtschaftspolitik der zuständigen Reichsführungsstelle vor sich gehenden Einwirkungen kühlten in der Folge die Begeisterung ab. Auch Versuche im politischen Raum mögen eine Rolle gespielt haben. Vor allem aber konnte die deutsche Industrie infolge ihrer Inanspruchnahme durch die weltpolitische Entwicklung nicht jene Güter in der gewünschten Menge zur Verfügung stellen, auf die zur Hebung des materiellen Wohlstandes gehofft worden war und die die Steigerung von Produktion und Konsum bringen sollten.

In diesem Zusammenhang soll auch die Frage der deutschen Volksgruppen im Donauraum erörtert werden. Die Intensität und Zähigkeit des nationalen Wollens der Volksgruppendeutschen steht außer Frage. Die deutschen Volksgruppen wie überhaupt die nationalen Minderheiten können eine vermittelnde und aufschließende Rolle bei der Gestaltung einer Großraumordnung übernehmen, sie können auch zu Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den Staaten und insbesondere für die Reichspolitik führen. Positiv erfüllten ihre Aufgabe zweifellos die deutschen Volksgruppen im Rahmen der oesterr.-ungar. Monarchie. Ob als Bauern in Südungarn, der Bukowina oder Galizien, als Städter in Siebenbürgen oder als Bergleute in Nordungarn, überall geht der technische und kulturelle Aufstieg auf diese Menschen zurück. Das Verhältnis zur nationalen Bevölkerung blieb klaglos, da diese Deutschen nirgendwo als Exponenten einer Germanisierungspolitik auftraten und daher sowohl

mittelbar

H3291-0148

095435

nützliche als auch verlässliche Bürger ihres staatlichen Gemeinwesens überdies aber ein bereitwilliges Verbindungsglied zur europäischen Zentralmacht waren. Sobald das Nationalbewusstsein und Souveränitätsbedürfnis der Wirtsvölker erwacht war, fühlten sich die verschiedenen Volksgruppen in dem völkisch versehrten Siedlungsraum des Donaubeckens darunter natürlich auch die Deutschen durch den erwachenden Nationalismus des „Staatsvolkes" bedrückt. Die nationalen Auseinandersetzungen im Rahmen der Monarchie, die immer wieder und zwar durch die recht objektiven „kaiserlich" denkenden Verwaltungsbeamten zumeist deutscher Abstammung ausgeglichen worden waren, wurden in den Nachfolgestaaten trotz aller prinzipieller Niederlegungen in den Pariser Vorortsverträgen zur Quelle ununterbrochener Nationalitätenkämpfe zwischen den einzelnen Staatsführungen und den andersnationalen Minderheiten, die natürlich auf das Verhältnis zu den Nachbarstaaten wirkten, da diese ihre Konnationalen bedrückt sahen oder glaubten. Zur Durchsetzung eines Nationalitätenrechtes unter Wahrung bestimmter völkischer Grundrechte im Schulwesen, Vereinsrecht, Presse u.s.w. und auf Grund der Gegenseitigkeit kam es nicht, schon deshalb nicht, weil eine gemeinsame Verhandlungsgelegenheit fehlte und die Interessen der Großmächte verschieden gerichtet waren.

Als nun das Reich immer mehr Geltung und wirtschaftlichen Einfluß gewann, war es selbstverständlich, daß die deutschen Volksgruppen in ihrem Selbstbewusstsein erstarkten und Unterstützung beim Reich zumindest bei bestimmten Reichsstellen

suchten und

H3291-0149

095436

H3291-0150

suchten und fanden. Es ist klar, daß diese Unterstützung die Nationalstaaten wieder nur mißtrauisch machen mußte und zwar sowohl gegen die zu ihren Staatsbürgern zählenden Volksgruppen deutschen als auch gegen das Reich. In Extremfällen sah man in diesen Volksdeutschen die Exponenten einer imperialen Reichspolitik, die die politische und wirtschaftliche Existenz der Nationalstaaten in Frage stellen könnte. Die Zurückhaltung seitens der Nationalstaaten des Donauraumes gegenüber der Anschlußidee mag in dieser Überlegung ihren wichtigsten Grund haben, soweit nicht das Reich überhaupt grundsätzlich bekämpft wird. Das Beispiel, das die Deutschen in der oestlichen Monarchie gegeben haben, sollte beruhigend wirken. Durch diese wurde kein fremdes Volkstum germanisiert aber jedem eine kulturelle und wirtschaftliche Förderung zuteil und die Teilnahme an den Nützlichkeiten eines Großraumes ermöglicht. Daß einzelne Angehörige eines andern Volkstums sich vom deutschen Kulturkreis angezogen fühlten und in demselben aufgegangen sind, ist eine natürliche Erscheinung. Mindestens ebenso oft gingen übrigens deutsche Volkszugehörige den umgekehrten Weg. Die endgültige Anerkennung und Sicherung der Nationalstaaten rücksichtlich ihrer völkischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit ist die Leistung, die das deutsche Volk dafür zu erbringen hat, daß es seine nationale Einigung im Herzen Europas vollziehen kann. Auf diese wird es nie verzichten.

Für die Zukunft Oesterreichs wird auch der Vorschlag gemacht, aus diesem eine Art Schweiz werden zu lassen. Die Unkenntnis des tatsächlichen Entwicklungsvorganges und Sachverhalt hält vielleicht eine oder die andere Parallele sehen, aber sie übersieht die grundsätzlich andere Lagerung des Problems. Die vorwiegend alemannische Schweiz befindet sich zwischen Deutschland, Frankreich und Italien in einem Kräftedreieck, das in einer gewissen Kräftepolarität selbst zu einem völkischen und politischen

Ruhezustand

095437

H3291-0151

Ruhezustand gekommen ist. Die oesterreichischen Länder, vorwiegend durch die Bajuvaren unter Beteiligung auch anderer deutscher Stämme besiedelt, liegen auf dem Landweg zwischen Westen und Osten, dem unausweichlichen und diesen Charakter nie verlierenden Spannungs- und Ausgleichsraum ohne dauernd gleichwertige, sich also gleichsam neutralisierende Schwerpunkte. Der oesterreichische Raum bleibt daher bei der Mitte und dem Westen Europas oder er wird vom Osten aufgenommen. Ähnliches gilt ja für den gesammten Donauraum mit seinen nationalen Kleinstaaten. Seit der Ordnungsraum der oest.-ung. Monarchie, die ihre Aufgabe nur als zur Mitte des Abendlandes ausgerichtete Macht erfüllen konnte, zerfallen ist, wirken hier die Schwerkräfte der Welt unmittelbar ein und trachten diesen Raum und seine Länder in ihren Interessenbereich zu ziehen. Zur Ruhe ist er seither nicht gekommen. Soll also Oesterreich im mittel- und westeuropäischen Bereich bleiben, so muß er und zwar entsprechend der völkischen Zugehörigkeit seiner Bewohner an und durch sein Mutterland mit der europäischen Mitte verbunden bleiben. Wie sich übrigens die Bewohner dieses Landes zu einer anderen Lösung - sofern sie nicht vom gesammten deutschen Volk mitgemacht würde - verhalten würden, bleibt offen.

Wenn die Schockwirkung der Katastrophe des 2. Weltkrieges vorbei sein wird, dann wird das gerade durch diesen Krieg gewiß nur verstärkte Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit im deutschen Volk wieder wach werden, und so wie im Jahre 1933 und 1938 werden die Deutschen, vor allem außerhalb der Reichsgrenzen, schließlich nur jener politischen Parole folgen, von der sie die unbedingte und radikale Durchsetzung ihrer völkischen Lebensnotwendigkeiten und vor allem ihres Zusammenschlusses erwarten können, ohne Rücksicht auf das sonstige politische Programm einer Partei oder Bewegung. Die Deutschen in Oesterreich würden in so einem

Falle

095438

3754PS

Falle auch die Erfahrungen, die sie im Jahre 1938 und 1939 gemacht haben, übergehen und die sie in ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit einer evolutionären Reichsentwicklung unter Wahrung der landsmannschaftlichen Gegebenheiten bestärkt haben. Ein rechtzeitiger Zusammenschluß, der nicht gegen die kleinen Völker der europäischen Mitte gerichtet ist, jedenfalls – entsprechend der heutigen Ausgangssituation – das Unterbleiben jeder autoritativen Unterdrückung einer sich in die Richtung des Zusammenschlusses entwickelnden Initiative – die notwendig erscheinenden Sicherungen zu geben, gehört heute in den Verantwortungsbereich der Weltmächte – ist die Voraussetzung für eine organische Entwicklung der europäischen Mitte und die Erfüllung des von Präsident Woodrow Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Im Juli 1945

31.G 350001

[signature]

H3291-0152

095439

H3291-0152A

USA - 704

9x7

H-3291

EXHIBIT U.S.A. 704 (3254-PS)

Filed Jan. 16, 1946
Notary Public
Reg.

EXHIBIT U.S.A.

704

(3254-PS)

A 095358

H3291-0153

H3291-0154

79 Page